

31. Jahrgang

**Nr. 3**

September 2020

# Sozialimpulse

**Rundbrief**

**Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus**

**Zwischen den Stühlen:  
Zu den Corona-Protesten**

**Der Rätegedanke  
und sein Zukunftspotential**

**Grundeinkommen:  
Was sofort möglich ist**

**Tausch-, Geld- und  
Fähigkeitswirtschaft**

**Verschwörungen**

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

**Aus gegebenem Anlass** (Erklärung von André Bleicher, Udo Herrmannstorfer, Stefan Padberg und Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 3

**Offener Brief** von 4 NGOs an den Bundestag \_\_ 3

**Zwischen den Stühlen – Zu den Corona-Protesten** (Stefan Padberg) \_\_\_\_\_ 5

**Der Rätegedanke und sein Zukunftspotential** (André Bleicher, Zsf. Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 14

**Verschwörungen** (Karl-Dieter Bodack / Markus Hornik) \_\_\_\_\_ 18

**Zwei Stellungnahmen der Arbeiterwohlfahrt zu Corona und BGE** \_\_\_\_\_ 22

**Bedingungsloses Grundeinkommen: Womit beginnen?** (Christoph Strawe / Harald Spehl) \_ 23

## Betachtungen

**Gemeinwohl in Länderverfassungen** (Klaus Rohrbach) \_\_\_\_\_ 30

**Tausch-, Geld- und Fähigkeitswirtschaft II** (Hans-Florian Hoyer) \_\_\_\_\_ 33

**Drei Wege** (Michael Wilhelmi) \_\_\_\_\_ 38

## Initiativen, Termine, Literatur

**Gesundheit aktiv** \_\_\_\_\_ 39

**Netzwerktreffen 2020: Freies Geistesleben?** \_\_ 40

**2021: 50 Jahre Achberg** \_\_\_\_\_ 41

**Kolloquium zur Corona-Krise, Berlin** \_\_\_\_\_ 41

Vorträge im **Forum 3**, Stuttgart \_\_\_\_\_ 42

Matthias Wiesmann: **Mit Vorsorgekapital anders umgehen** \_\_\_\_\_ 43

Kolloquium: **Demokratie im Krisenmodus** \_\_\_\_\_ 44

# Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: [netzwerk@sozialimpulse.de](mailto:netzwerk@sozialimpulse.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de). ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe, Dipl.-Ing. Stefan Padberg, Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 30,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

# Editorial

„Mehr Mut“ forderte der Virologe Dr. Hendrik Streek verschiedentlich im Umgang mit der Pandemie, und Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Vereinigung, rät: „Man kann den Panikmodus ausschalten“. Die Debatte um eine Exit-Strategie aus der Pandemie nimmt Fahrt auf. Die Medien scheinen langsam zu erkennen, dass es nicht nur ihre Aufgabe ist, die staatlichen Maßnahmen zu erklären, sondern auch, sie zu hinterfragen.

Aber kommt bei der Politik etwas davon an? Irgendwie scheint ihr bis jetzt der Mut, den sie zu Beginn der Krise so beherzt gezeigt hatte, wieder abhanden gekommen zu sein. Mehr Mut beweisen dagegen die verschiedenen Gerichte, welche im Übereifer erlassene behördliche Anordnungen aufheben.

Mut zeigen die Menschen in Belarus, die seit Wochen fast täglich auf die Straße gehen und ihr Menschenrecht auf freie Wahlen einfordern. Ihre Beharrlichkeit ist beeindruckend. Auch in Bulgarien protestieren junge Bürgerinnen und Bürger mit beispielloser Hartnäckigkeit gegen die Korruption in ihrem Land. Mut zeigte auch der russische Rechtsanwalt Alexei Nawalny, der sich einer konsequenten Korruptionsbekämpfung in seinem Land verschrieben hat und dafür beinahe mit dem Leben bezahlen musste. Weitere mutige Initiativen ließen sich problemlos anführen.

Welche Art von Mut ist hier gefordert? Können und wollen wir jede Äußerung von Unmut (!) als Mut in diesem Sinne gelten lassen? Vielleicht könnte man diese Initiativen so verstehen, dass sie einen wichtigen Impuls im sozialen Ganzen setzen und versuchen, „dem Dasein immer wieder die Richtung zum Sozialen“ (Rudolf Steiner) zu geben.

Einseitigkeiten müssen überwunden werden, immer wieder neu, und vor allem dann, wenn sie stark verkrustet und vermachtet sind, erfordert es Mut, dies anzusprechen und einzufordern. Der Mut hat hier die Geste, ein Gespräch im sozialen Organismus anzustoßen. Er erwartet eine Antwort. Es ist nicht der Mut von Revolutionären, die die Antwort kennen und sie der Gesellschaft aufzwingen wollen.

Das Erlebnis der Selbstwirksamkeit aus der „Liebe zum Handeln“ (Rudolf Steiner), das der emanzipatorische 68er-Impuls in die Welt gebracht hat, wenn auch oftmals mehr in der Form des unreflektierten „Willens zum Handeln“, muss sich nun erweitern um das liebevolle „Verständnis des fremden Wollens“ (Rudolf Steiner). Kann es heute noch eine für das soziale Ganze heilsame Selbstwirksamkeit geben, ohne dass das „fremde Wollen“ in das eigene Handeln einbezogen wird?

Ihr *Stefan Padberg*

## Aus gegebenem Anlass

Das Institut für soziale Gegenwartsfragen in Stuttgart hat es sich seit seiner Gründung 1991 zur Aufgabe gemacht, aktuelle soziale und gesellschaftliche Debatten zu untersuchen und die mit dem Begriff der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ verbundenen Erneuerungsimpulse fortzuschreiben. Die Ergebnisse wurden und werden der interessierten Öffentlichkeit immer frei zur Verfügung gestellt. Das Institut erhält in letzter Zeit vermehrt Anfragen, in der sogenannten „Corona-Protestbewegung“ beratend aktiv zu werden. In den letzten Tagen ging es vor allem um eine „verfassungsgebende Versammlung“, die vom Institut beratend unterstützt werden soll.

Wir halten ein solches Verfahren für nicht legitim, auch scheint bis jetzt (3.9.2020) ein Aufruf dazu nicht in einer Form veröffentlicht zu sein, die eine Auseinandersetzung überhaupt möglich macht. Grundsätzlich haben Gerüchte, die in verschiedenen sozialen Medien im Umfeld der Corona-Protestbewegung verbreitet werden, für uns keine Relevanz.

Wir raten zu äußerster Vorsicht im Umgang mit diesen „Meldungen“, da sich in der Corona-Protestbewegung rechtsextreme Kräfte betätigen, welche den Protesten regressive und umstürzlerische Inhalte überstülpen wollen. Wir können nicht ausschließen, halten es im Gegenteil sogar für sehr wahrscheinlich, dass das Projekt „Verfassungsgebende Versammlung“ Teil einer solchen inszenierten „Volksbewegung“ sein soll.

Wir sehen keinen Anlass, einen „Verfassungsgebungsprozess“ zu starten oder den „sofortigen Rücktritt der gesamten Regierung“ zu fordern. Wir sind auch nicht der Ansicht, dass „alle Corona-Maßnahmen sofort beendet werden“ müssen. Wir befürworten stattdessen eine differenzierte Debatte mit allen relevanten Gruppen und Personen über die gegenwärtige Situation und wie wir als Gesellschaft weiter damit umgehen können. Der unten verlinkte Offene Brief aus der Zivilgesellschaft\*) ist für uns ein Beispiel einer Initiative, die der Gesellschaft insgesamt zu einer neuen Sprechfähigkeit über die Corona-Politik verhelfen könnte.

Solange die diversen Grüppchen und Menschen in und um diese neuartige Protestbewegung sich nicht proaktiv und deutlich erkennbar von Rechtsextremisten abgrenzen und diese stattdessen dadurch aufwerten, dass sie ihnen eine Bühne für ihre Hassparolen bieten wie zuletzt in Berlin am 29. August 2020, werden wir uns in keinerlei Weise an einer Beratung oder gar Mitarbeit bei dieser Art von Projekten beteiligen.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Bewegung, so wie sie sich gegenwärtig zeigt, große Gefahren mit sich bringt. Zu glauben, man könne durch eine Teilnahme sozialer Erneuerung im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus oder der Anthroposophie zu öffentlicher Anerkennung verhel-

fen, erscheint uns als Wunschdenken. Eine äußerst wachsame Haltung gegenüber dieser Bewegung einzunehmen und Rechtsextremismus konsequent entgegenzutreten, legen wir deshalb denen nahe, die sich wie wir den Ideen Rudolf Steiners im Allgemeinen und der Dreigliederung des sozialen Organismus im Besonderen verbunden fühlen.

Würden wir an einer solchen Bewegung teilnehmen, drohte noch die zusätzliche Gefahr, dass in der öffentlichen Wahrnehmung der gesamte Ansatz zur sozialen Erneuerung, der mit Rudolf Steiners Lebenswerk verbunden ist, verstärkt mit rechtsesoterischem Gedankengut in Verbindung gebracht würde. Dies wäre eine äußerst schwere Hypothek für die Zukunft dieses wichtigen Erneuerungsimpulses.

Stuttgart, 3.9.2020

**André Bleicher Udo Herrmannstorfer  
Stefan Padberg Christoph Strawe**

\*) Offener Brief von Mehr Demokratie, BUND, Bund der Steuerzahler und Foodwatch: „Corona-Krise muss aufgearbeitet werden“: <https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/news/vier-ngos-veroeffentlichen-offenen-brief/> – Wortlaut siehe unten

**„We’re together in this“:**

**Öffentliche Debatte in der Coronazeit**

Wir haben im Netz ohne Anspruch auf Vollständigkeit Artikel, Podcasts und Videos zu Corona zusammengestellt. Es geht uns damit ausdrücklich nicht um „die Wahrheit über Corona“, sondern darum, den vorhandenen Debattenraum aufzuzeigen und Mut zu machen, sich in ihn einzubringen. Die Frage ist, wie wir es als Gesellschaft schaffen, trotz unterschiedlicher Auffassungen miteinander im Gespräch zu bleiben. Die Internet-Adressen finden Sie unter <https://www.sozialimpulse.de/corona-debatte/>

**Vier NGOS schreiben  
an den Deutschen Bundestag**

**Offener Brief**

**Corona-Krise aufarbeiten  
und für die Zukunft lernen**

An die Vorsitzenden der Fraktionen  
im Deutschen Bundestag

August 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,  
das Corona-Virus hat eine Krise mit Superlativen ausgelöst. Im weltweiten Vergleich hat Deutschland die direkten gesundheitlichen Folgen vergleichsweise gut gemeistert. Dafür wurden in kurzer Zeit Grundrechte eingeschränkt. Selten war die Unsicherheit, politische Entscheidungen zu fällen und zu begründen, so spürbar wie in diesen Wochen. Wir sehen es als

selbstverständlich an, dass nach der Bewältigung einer solchen Krise Bilanz gezogen wird. Demokratien sind in der Lage, ihre Entscheidungen selbst zu überprüfen. Das stärkt die Demokratie.

Es gilt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern auszuloten, was aus dieser Krise zu lernen ist. Wie werden wir zu einer krisenresilienteren Gesellschaft?

Zur konstruktiven Überprüfung der politischen Entscheidungen in der Corona-Krise schlagen wir vor,

1. die Entscheidungen der Bundesregierung und des Bundestages in der Corona-Krise durch eine **Parlamentskommission** des Bundestages überprüfen zu lassen. Diese soll hälftig mit Abgeordneten und mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft besetzt sein. Sie analysiert die Maßnahmen, die während der Pandemie ergriffen wurden, überprüft deren Verhältnismäßig- und Wirksamkeit, das Zustandekommen sowie die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und zieht Rückschlüsse für zukünftiges Krisenmanagement.
2. dass Ergebnisse einem **losbasierten Bürgerrat** vorgelegt werden, der diese bewertet und daraus Empfehlungen für die Zukunft entwickelt und diese dem Bundestag übermittelt. Dem Bundestag dienen der Bericht der Parlamentskommission und das Bürgergutachten des Bürgerrates als Beratungsgrundlage.

Alternativ könnte ein Viertel der Abgeordneten des deutschen Bundestages zu dieser Frage eine **Enquete-Kommission** oder einen **Untersuchungsausschuss** einsetzen.

### Begründung:

- Die Corona-Krise, ebenso wie die getroffenen Maßnahmen, hat alle Ebenen unseres Lebens in existentieller Weise beeinflusst. Deswegen brauchen wir eine konstruktiv-kritische Bilanz.
- Demokratie ist ein lernfähiges System. Eine Fehlerkultur, wie wir als Gesellschaft mit tatsächlichen oder scheinbaren Fehlern und Risiken umgehen, unterscheidet uns von totalitären Systemen.
- Demokratie lebt vom Diskurs sowie dem konstruktiven Aufarbeiten vergangener Geschehnisse und Krisen. Hier kann Deutschland auch Vorbildfunktion für andere Länder übernehmen.
- Die Corona-Krise macht gesellschaftliche Spannungen sichtbar. Gräben können überwunden werden, wenn alle Positionen gehört werden und echte Begegnung stattfindet.

Die richtige Zeit für eine systematische Aufarbeitung ist möglicherweise erst in der nächsten Legislaturperiode, wobei Vorbereitungen für eine Auswertung bereits jetzt getroffen werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf-Uwe Beck  
Mehr Demokratie e.V.

Olaf Bandt  
BUND

Martin Rucker  
foodwatch

Reiner Holznagel  
Bund der Steuerzahler

### Kontakt:

Mehr Demokratie: Anselm Renn, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 030/420 823 72, Mobil: 0176/47368890, E-Mail: [anselm.renn@mehr-demokratie.de](mailto:anselm.renn@mehr-demokratie.de)

BUND: Sigrid Wolff, Pressesprecherin, Tel.: 030-27586 425 (auch Mobil), E-Mail: [Sigrid.Wolff@bund.net](mailto:Sigrid.Wolff@bund.net)

Bund der Steuerzahler: Hildegard Filz, Pressesprecherin, Tel.: 030/259396-37; E-Mail: [h.filz@steuerzahler.de](mailto:h.filz@steuerzahler.de)

Foodwatch: Andreas Winkler, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, E-Mail: [aw@foodwatch.de](mailto:aw@foodwatch.de)

Siehe auch: <https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/an-den-deutschen-bundestag-corona-krise-muss-aufgearbeitet-werden/>

# Zwischen den Stühlen

## Zu den Corona-Protesten

Stefan Padberg

*„In Angesicht einer solchen Katastrophe ist es dem Menschen nicht gegeben, die Schuld bei anderen zu suchen.“*

Dr. Karl König über die Contergan-Katastrophe

Seit Beginn der Corona-Krise stellten Freundinnen und Freunde aus unserem Netzwerk sich und uns vermehrt die Frage, was man jetzt tun könne. „Wir müssen jetzt handeln!“ – „Wann, wenn nicht jetzt?“ Eine große Dringlichkeit war und ist in vielen Äußerungen erlebbar. Das Gefühl, an einer Zeitenwende zu stehen, ist in diesen Äußerungen spürbar, aber auch die Sorge, eine historische Chance zu verpassen.

Die einen möchten einer Partei beitreten, andere sogar eine neue Partei gründen, wieder andere rufen dazu auf, die „Erarbeitung einer neuen Lebens- und Wirtschaftskultur“ jetzt in Angriff zu nehmen.

Viele Menschen in unserem Umfeld suchten sich mithilfe von verschwörungsartigen Erklärungsmustern eine Orientierung zu geben, die sie in den Verlautbarungen der Regierungen und der Wissenschaftler nicht mehr fanden. Eine raunende Kritik am „System“ ist vielfach in Umlauf, die die menscheitsprägende Schicksalsdynamik des Kapitalismus zurückführt auf die verschwörerischen Aktivitäten einzelner reicher und machtvoller böser Menschen.

Weiter im Hintergrund steht die Erzählung von der „Neuen Weltordnung“, eine Art Hightech-Diktatur mit KI, 5G, Gentech und Impfwang, auf die von einigen bösen Mächten im Hintergrund (Bill Gates!) hingearbeitet würde.<sup>1</sup> Viele sehen mittlerweile Donald Trump quasi als Widerstandskämpfer, der die Errichtung der NWO bis jetzt verzögert hat.

So unnütz für die praktische Orientierung von zukunftsweisenden Initiativen diese Mythologeme oder Ideologeme sind, so wirksam sind sie bei der Zementierung dualistischer Schwarz-weiß-Gut-gegen-Böse-Weltbilder bis in sich spirituell wöhnende Kreise

<sup>1</sup> Eine „sehr gute“ Darstellung dieses „Erklärungsansatzes“ findet sich z.B. in diesem Video der „Wissensmanufaktur“ von Andreas Popp und Eva Herman: <https://www.youtube.com/watch?v=N7haTs9rbXw>, in dem genau die von mir beschriebenen Motivstränge alle miteinander verrührt und pseudo-seriös dargestellt werden.

hinein. Ein neues soziales Denken und Handeln kann damit schwerlich erreicht werden, vor allem, wenn diese Verschwörungsnarrative die Türen weit auf machen für rechtsextremes, rechtsexotisches, und rassistisches Gedankengut.

Auch im anthroposophischen Umfeld kursieren oft ähnliche Narrative, erweitert um esoterische Aussagen Rudolf Steiners, insbesondere zu modernen technischen Entwicklungen und Impfungen.<sup>2</sup> Dies alles ist Grund genug dafür, einmal etwas genauer hinzuschauen.

## Parteiprogramm oder Handlungsethos

Schauen wir uns zunächst mal das Thema „Neue Partei“ an: Eine Dreigliederungspartei müsse jetzt unterstützt oder gegründet werden. An passenden Parteien, in deren Programmen Themen aus dem Bereich soziale Dreigliederung eine Rolle spielen, wurden mir öfters genannt: die „Partei für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ (PFFGB), die „Deutsche Mitte“ (DM) und ihre Abspaltung „Neue Mitte“ (NM).

Ich möchte an dieser Stelle nicht in eine tiefer gehende Analyse der jeweiligen Parteiprogramme eintreten, sondern die grundsätzliche Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass gegenwärtig Parteien bei der Stärkung der Bewegung für soziale Dreigliederung eher keine Bedeutung haben werden. Parteien geben sich Programme und versuchen, politische Macht im Staat zu gewinnen, um ihre Parteiforderungen – soweit es eben geht – umzusetzen. Aber **soziale Dreigliederung ist kein Programm**, das irgendein Parlament beschließen kann und das dann umgesetzt wird wie jedes andere beliebige Regierungsprogramm.

Eine Partei zu gründen, die „Dreigliederungsforderungen“ im Programm stehen hat, macht deshalb in meinen Augen wenig Sinn. Soziale Dreigliederung ist heute vor allem ein **Ethos**, das im Hintergrund unserer vielfältigen jeweiligen sozialen Interaktionen steht. Dieses muss von einer genügend großen Anzahl von Menschen verinnerlicht und an den verschiedensten Punkten der Gesellschaft eingebracht werden, bevor es einen größeren Einfluss auf „die“ Gesellschaft im allgemeinen und die Politik im Besonderen gewinnen kann.

<sup>2</sup> Es ist hier nicht der Ort, Rudolf Steiners Stellung zu Impfungen kritisch zu durchleuchten. Nur ein Kontrapunkt sei mir gestattet. In einer Besprechung mit praktizierenden Ärzten (22.4.1924, GA 314, S. 287ff.) wird ihm die Frage gestellt, wie man mit dem Impfen umgehen soll. Seine Antwort lautete: „[...] das fanatische Sichstellen gegen diese Dinge ist dasjenige, was ich, nicht aus medizinischen, aber aus allgemein anthroposophischen Gründen, ganz und gar nicht empfehlen würde. Die fanatische Stellungnahme gegen diese Dinge ist nicht das, was wir anstreben, sondern wir wollen **durch Einsicht die Dinge im Großen anders machen**. [Fettsetzung S.P.] Ich habe das immer, wenn ich mit Ärzten befreundet war, als etwas zu Bekämpfendes angesehen, zum Beispiel bei Dr. Asch, der absolut nicht geimpft hat. Ich habe das immer bekämpft. Denn wenn er nicht impft, so impft eben ein anderer. Es ist ein völliges Unding, so im einzelnen fanatisch vorzugehen.“

## Dreigliederungsforderungen und Urbegriffe

Ich bestreite keineswegs, dass aus der Arbeit für die soziale Dreigliederung politische Vorschläge erwachsen, wie man dieses oder jenes besser regeln könnte. Aber nicht alles davon muss unbedingt Gesetzesform annehmen und in den politischen Prozess eingespeist werden. Vieles davon wird sich im eigenen beruflichen Tätigkeitsfeld unterhalb der Schwelle zur Politik umsetzen lassen. Sicherlich wird ein mehr oder weniger großer Rest bleiben, den man dann als politische „Dreigliederungsforderungen“ ansehen könnte. Wie ist nun das Verhältnis zwischen diesen Tagesforderungen und den Urbegriffen der sozialen Dreigliederung?

„Freiheit im Geistesleben“ oder „Trennung von Arbeit und Einkommen“ beispielsweise sind keine tagespolitisch umsetzbaren „Forderungen“, sondern **Grundideen, soziale Urbilder oder Leuchtturmideen**, die Orientierung bieten sollen bei dem, was das soziale Leben an Entscheidungen an uns heranträgt. Diese sozialen **Urbegriffe** müssen erst durch **soziale Fantasiekräfte** in politische Forderungen auf die konkrete Situation bezogen und durch **politisches und juristisches Know-How** gesellschaftlich anschlussfähig gemacht werden. Diese Forderungen sind dann nicht allgemeingültig, sondern jeweils bezogen auf eine konkrete soziale Situation, in der eine konkrete Gruppe von Menschen an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit diese konkrete Forderung vorgetragen und in eine Form gebracht hat, die in der jeweiligen gesetzlichen, politischen und sozialen Lage **anschlussfähig** ist. Man kann die Trennung von Arbeit und Einkommen konkretisieren durch die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, genauso gut aber auch durch die Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns und der Hartz IV-Sätze oder aber vielleicht auch durch eine auf Ertragsteilung beruhende Einkommensordnung in einem Unternehmen.

Was von wem in welcher Situation „gefordert“ wird, kann nicht aus den Grundbegriffen der sozialen Dreigliederung abgeleitet werden. Das Institut für soziale Gegenwartsfragen (Stuttgart) hat dies immer vertreten und plädiert weiterhin dafür, diese multiperspektivische Dynamik zwischen Grundbegriffen und konkreten Handlungsansätzen von sozialen Initiativen zu beherrsigen. Mit aller beobachtbaren sozialen Erfahrung der letzten Jahrzehnte im Rücken raten wir dazu, soziale Impulse in Form von **zivilgesellschaftlichen Initiativen** zu ergreifen. Damit kann man einzelne Themen gesellschaftlich gut ins Bewusstsein rücken, flexibel auf die Situation reagieren und muss keine ewig langen und spaltenden „Programmdebatten“ führen.

## Zivilgesellschaftliche Initiativen, Transformationsarbeit und Kippunkte

Um es in ein Bild zu bringen: Vor einiger Zeit hatte ich Gelegenheit, einen „Jahrhundertregen“ zu beobachten. Dicke Wassertropfen prasselten etwa eine halbe Stunde lang auf die Erde ein, u.a. auch

auf eine Anhöhe hinter unserem Haus. In einer ersten Phase wurde die Erdoberfläche durchnässt, in einer zweiten Phase bildeten sich an ganz vielen verschiedenen Punkten kleine Pfützen, die erst langsam, dann immer schneller, anwuchsen. Dabei stand das Wasser noch still. Ganz plötzlich dann setzte es sich in Bewegung, die verschiedenen Pfützen verbanden sich miteinander, und es entstand von einer Sekunde auf die andere eine Strömung, die sehr schnell immer stärker wurde und schließlich als reißender Bach bergab stürzte.

Bezogen auf soziale Transformationsprozesse könnte man die erste Phase mit der **Bildung** von neuen Ideen vergleichen, die zweite Phase mit deren langsamer **Verbreitung** und die dritte Phase mit deren durchgreifender **Wirkung** im Sozialen. Sind es am Anfang nur wenige Menschen, die eine Idee entwickeln und in die Gesellschaft einzubringen versuchen, indem sie andere Menschen individuell dafür gewinnen, beginnt die nächste Phase dann, wenn die Gruppe von der Öffentlichkeit, also von Journalisten, Politikern, Wissenschaftlern, wahrgenommen wird, in der öffentlichen Debatte Rede und Antwort stehen muss und dabei lernt, ihren Impuls in das soziale Ganze sinnvoll einzupassen. Diese Phase kann sehr lange dauern, u.U. Jahrzehnte, bis die Zeit plötzlich reif ist und in einer bestimmten, meist krisenartigen Situation auf die neuen Ideen zurückgegriffen wird, die alle schon aus den vorherigen Debatten kennen, aber bisher nicht umzusetzen wagten. Die Krise kann dabei vielleicht eine externe oder auch eine durch eine soziale Bewegung hervorgerufene sein. Die erste Phase könnte man als „Initiativphase“ bezeichnen, die zweite als „Deliberationsphase“ und die dritte vielleicht als „Umsetzungsphase“. Insbesondere die zweite Phase der gesellschaftlichen Deliberation ist ausgesprochen wichtig, damit sich der Impuls gut in das soziale Ganze einleben kann.

Ich möchte dies als erste Annäherung an das verstandene wissen, was man einen **Transformationsbegriff** nennen könnte. Wir sozialen Dreigliederer haben möglicherweise einen etwas veralteten Begriff davon, wie sich große soziale Veränderungen in Tat und Wahrheit in der Gesellschaft vollziehen. Wir kennen vor allem das Beispiel des „Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus“ 1919 – 1922. Damals hatte eine Gruppe von einsatzfreudigen Menschen Rudolf Steiner gebeten, ihnen in einer beispiellosen Situation einer Zivilisations-Katastrophe eine Orientierung für eine soziale Intervention zu geben. Vielleicht hat dies zu der verbreiteten Erwartung beigetragen, dass die Dreigliederung des sozialen Organismus vor allem in **katastrophischen Zusammenbruchs-Situationen** quasi über Nacht eingeführt werden kann. Mir scheint dies aber eher ein Ausnahmefall zu sein. Wie ein entsprechender evolutiver sozialer Prozess aussehen könnte, haben bisher nur wenige durchdacht.

Ich vermute, dass dieses 1919er-Bild dem Gefühl der Dringlichkeit zu Grunde liegt, das viele von uns angesichts der gegenwärtigen Lage empfinden. Die „kommende Katastrophe“ möge uns diesmal endlich vorbereitet treffen! Natürlich spricht nichts

gegen Vorbereitung, und ein katastrophischer Zusammenbruch der gegenwärtigen Kultur ist nicht auszuschließen. Aber dennoch gilt meinem Empfinden nach, dass eine soziale Transformation, wie wir sie anstreben, die zugleich weltweit und in ganz vielen verschiedenen Bereichen der Gesellschaft stattfinden muss und die auch eine enorme Bewusstseinsveränderung mit sich bringen wird, nicht auf einem „disruptiven“ Wege zustande kommen wird. Die Grundideen müssen sich in einem jahrzehntelangen Prozess in die Gesellschaft einleben. Dabei muss sich erst noch zeigen, ob und in welcher Form sie von den Menschen als Werkzeuge für die Zukunftsgestaltung angenommen werden können. Dadurch bekommen sie die nötige soziale Verankerung, wenn ein nächster großer Kipppunkt kommt. Das *Institut für soziale Gegenwartsfragen (Stuttgart)* wird deshalb im kommenden Jahr **drei Forschungskolloquien zu Transformationsfragen durchführen**, um den Transformationsbegriff für uns weiter zu erschließen.

### Corona-Protestparteien

Deshalb stehe ich gegenwärtig dem Thema „Arbeit mit und in Parteien“ sehr skeptisch gegenüber. Nicht nur, dass ich persönlich mir einen anderen Schwerpunkt gewählt habe. Sondern dieser Weg bietet meiner Ansicht nach gegenwärtig nicht genügend Ansatzpunkte für Transformation in der nötigen Tiefe und Breite.

Dies betrifft auch die Parteien, die sich aus der Corona-Protestszene heraus gebildet haben: „Widerstand 2020“ (bzw. die Nachfolgepartei „Basisdemokratische Partei Deutschland“) und „WIR2020“. Eine Partei benötigt ein Programm, das ihre Existenz rechtfertigt. Wollte man „Dreigliederungsforderungen“ (in dem oben beschriebenen Sinne) in diese Programme einbringen, würde man den zur Aktion schreiten wollenden neuen Parteifreundinnen und -freunden Debatten aufzwingen, die sie zweifellos als theoretisch empfinden würden. Am Ende landen dann bestenfalls verwässerte „Dreigliederungsforderungen“ aus reiner Sympathie im Programm und fliegen womöglich bei nächster Gelegenheit wieder raus, weil sich die Mehrheit nicht mit ihnen verbinden kann oder sie bei der Gewinnung von Wahlunterstützung stören. Die Gefahr ist sehr groß, dass hier viel Energie in eine eher aussichtslose Sache gesteckt wird.

Die Auseinandersetzung mit den Grundideen der Dreigliederung des sozialen Organismus brauchen Zeit und einen machtfreien Diskursraum, der in Parteien sehr schwer zu erlangen und aufrechtzuhalten ist.

### Corona-Protestbewegungen

Wie aber sieht es mit dem aus, was in den letzten Wochen als „Corona-Protestbewegung“ bezeichnet worden ist? Diese Bewegung versammelt ein bunt gemischtes Spektrum von Menschen, mit völlig verschiedenen beruflichen und weltanschaulichen

Hintergründen und wohl auch Zielen, die sie mit und in dieser Bewegung erreichen wollen. Die Organisationsform ist sehr locker, einigermaßen verbindliche schriftliche Inhalte, Manifeste oder Erklärungen, die über die gemeinsame Zielsetzung Auskunft geben würden, gibt es so gut wie gar nicht. Letztendlich steht jeder in dieser Bewegung für sich selber. Es ist quasi das Gegenteil einer parteiförmigen Struktur und schließt somit an das heutige Lebensgefühl, dem es schwer fällt sich organisationsmäßig zu binden, besser an als das Mitmachen bei einer Partei. Das zeigt sich auch äußerst sprechend daran, dass die Corona-Protestparteien gegenwärtig eher einschlafen, während die Protestbewegung auflebt.

Hier haben sich viele Menschen in relativ kurzer Zeit in eine politische Bewegung hineingestellt und machen völlig neue Erfahrungen. Alte Denkmuster brechen auf, und die Menschen öffnen sich schnell für ungewöhnliche Denkansätze und Gesellschaftsvorstellungen. Deshalb bekam ich mehrfach von Freundinnen und Freunden aus unserem Umfeld sinngemäß zu hören: „Da sind gute Leute in diesen Protestbewegungen. Die muss man doch erreichen und ihnen etwas von sozialer Dreigliederung erzählen! Die sind total offen und kämpfen für die Freiheit.“ Ich habe das von Anfang an nicht so erlebt und musste mir deshalb die Frage stellen: Was ist davon zu halten?

### Ziele

Wie oben schon erwähnt, ist es schwer, eine klare inhaltliche Kontur der Protestbewegung auszumachen. Zu vielfältig sind die verschiedenen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten, die sich hier zusammengefunden haben. Die Bewegung begann Mitte April mit dem Ende des harten Lockdowns und rieb sich zuerst an den Demonstrations- und Versammlungsverboten. Sie hat aber sehr schnell den Rahmen einer Detailkritik an einzelnen Maßnahmen der Regierung verlassen und sich auf den Standpunkt gestellt, die Freiheit hier im Land verteidigen zu wollen und zu müssen.

### Freiheit

Dabei wird Freiheit absolut gesetzt und jede Einschränkung der Freiheit rigoros abgelehnt. Das in dieser Krise eigentlich geforderte Abwägen zwischen Freiheit und Gesundheitsschutz fehlt auffallend oft in den Äußerungen von Teilnehmer/innen, aber auch von „führenden“<sup>3</sup> Organisatoren.

*„Ich hätte nie gedacht, dass so etwas zu meinen Lebzeiten möglich wäre. (...) Ich habe mich dann (...) aufgemacht nach Deutschland und habe gesagt, mein Platz ist hier, ich muss hier für unsere Freiheit kämpfen. Ich möchte gleich eins sagen: Ich selber bin kein Arzt, bin kein Virologe, und ich bin auch kein Epidemiologe. Ich kann nicht einschätzen, ob ein Virus gefährlich*

<sup>3</sup> In Anführungszeichen deshalb, weil es ja im Selbstbild der Bewegung keine Führer gibt

*ist oder nicht. Ich kann nicht einschätzen, ob eine Krankheit gefährlich ist. Ich bin aber ein Mensch, der an die Freiheit und der an die Selbstverantwortung der Menschen glaubt.*<sup>4</sup>

### Keine Impfpflicht

Ein zweites Motiv, das auffallend oft in Gesprächen und Interviews Erwähnung findet, ist die Impfpflicht, die angeblich von der Regierung jetzt durchgesetzt werden soll. Viele Demoteilnehmer sind in schwerer Sorge deswegen und lassen sich auch durch die wiederholten Verlautbarungen der Regierung, dass eine Impfpflicht nicht geplant ist, nicht davon abbringen.

Im Hintergrund steht bei vielen Teilnehmer/innen ein grundsätzliches Misstrauen in die Schulmedizin und die sie „protezierende“ Politik. Eine große Bereitschaft, Geldgier, Lobbyismus und Manipulation zu vermuten, war schon seit Langem vorhanden. Zuletzt war es vor allem die auch in Fachkreisen nicht ganz unumstrittene Masern-Impfpflicht in Kindergärten und Schulen, die hier für großen Unmut gesorgt hatte, der mit Sicherheit die Coronaproteste mitspeist.

### Verrat durch die Regierung

Von „der“ Regierung fühlen sich viele Teilnehmer/innen „verraten“. Das wäre sozusagen der dritte gemeinsame Motivstrang, der sich herausfiltern lässt. Sie habe die Krise ausgenutzt, um diese „völlig unnötigen“ oder auch „übertriebenen“ Maßnahmen durchzusetzen. Deshalb fordert die Protestbewegung auch die „Rücknahme aller Corona-Zwangsmaßnahmen“ und neuerdings auch den „Rücktritt der Regierung und Neuwahlen“.<sup>5</sup>

Diese Forderungen wirken seltsam widersprüchlich. Was sollen Neuwahlen bringen, wenn völlig klar ist, dass 80 Prozent der Menschen in diesem Land in dieser Frage hinter der Regierung stehen – zumal die Regierung in dieser Frage eher moderierend tätig geworden ist, weil es letzten Endes die Landesregierungen sind, die in diesen Gesundheitsfragen bei uns das Sagen haben. Politische Unerfahrenheit ist sicherlich ein Grund hierfür, irgendwie spüre ich auch den Wunsch, sich in eine frontale Auseinandersetzung zu begeben.

### Verharmlosung der Nazi-Diktatur

Deutlich spürbar ist die Angst: Angst vor Impfungen, Angst vor Freiheitseinschränkungen, Angst vor einer Diktatur. Sie spiegelt damit jedoch genau die Angst der Corona-Maßnahmen-Befürworter, die ja übertriebene Angst vor dem Virus und vor Menschen

haben, die die Schutzmaßnahmen nicht beachten und sogar abschaffen wollen.

Diese Ängste sind sicherlich verständlich und teilweise auch typisch in so einer Krise. Aber für mich ist es schwer auszuhalten, wenn dann vom Mundschutz als dem „neuen Judenstern“ geredet wird und die gegenwärtigen Ereignisse mit Weimar 1933 verglichen werden. Dieses Narrativ kommt mir einen Tick zu häufig vor, als dass ich es ignorieren mag. Der Wunsch, die aktuelle Krise zu dramatisieren, führt so in der Umkehrung zu einer Verharmlosung der Nazi-Diktatur.

### Eine neue spirituelle und Friedensbewegung

Nun würde man bei dieser Stoßrichtung der Forderungen erwarten, dass sich da eine Truppe „Wutbürger“ zusammenrottet und auf die Barrikaden geht. Aber weit gefehlt! Eine neue Freiheits- und Friedensbewegung soll entstehen. Friedlich soll es zugehen auf den Demos und Kundgebungen. Michael Ballweg betont in vielen Reden und Interviews<sup>6</sup>, dass es ihm um Freiheit, Frieden, Glück und letztendlich Liebe geht. Die Querdenker-Bewegung soll diese Botschaft so eindrucksvoll in der Öffentlichkeit artikulieren, dass sich immer mehr Menschen ihr anschließen und am Ende die Regierung gar nicht mehr anders kann als nachzugeben.

Auf den Kundgebungen trifft man fast immer auf Symbole vergangener Friedensbewegungen: die Friedenstaube, das Peace-Zeichen, die PACE-Fahne, Gandhi-Portraits usw. Dementsprechend fühlen sich viele Menschen mit einem Hippie- oder esoterischen Background angesprochen, natürlich auch viele Heilpraktiker und Alternativmediziner und ihre Patient/innen sowie Anthroposophen<sup>7</sup>, Yogis<sup>8</sup> und Buddhisten. Der in der Pandemie „angeordnete“ Ansteckungsgedanke beißt sich mit ihrer Weltsicht, in der es auf welchen Wegen auch immer um die Stärkung des Immunsystems geht. Sie fühlten sich ja sowieso schon durch die staatliche Gesundheitspolitik marginalisiert, und erleben die Corona-Maßnahmen als Durchmarsch der ausschließlich auf Ansteckungsbekämpfung setzenden Medizinströmung.<sup>9</sup> Das scheint in dieser Szene gewaltige Ängste auszulösen, die bei Leuten, die sich in diesem Bereich eine berufliche Existenz geschaffen haben, sicher existenziell werden können.

Dieses breite Spektrum muss sich für die Teilnehmer/innen sehr begeisternd angefühlt haben. Die Hoffnung ist, dass aus dieser Dynamik eine Kraft entsteht, die die Gesellschaft zum Besseren verän-

4 O-Ton RA Ralf Ludwig auf dem Cannstadter Wasen am 2.5.2020. Er hat mit dem Lungenfacharzt Bodo Schiffmann zusammen die Partei „WIDERSTAND 2020“ gegründet und mindestens bei der Organisation der Berliner Demo am 29.8.2020 eine maßgebliche Rolle gespielt.

5 So zuletzt auf der Demo in Berlin am 29.8.2020 in vielen Redebeiträgen auf der Kundgebung und auf großen Demo-Plakaten, auf denen einige Angela Merkel, Markus Söder, Christian Drosten usw. in Häftlingskleidung abgebildet wurden, die nicht von ungefähr an KZ-Kleidung erinnerte.

6 Siehe exemplarisch z.B. hier: <https://www.youtube.com/watch?v=1ZGWwGi28E>

7 Vgl. die Zeitschrift „KERNPUNKTE“ ([www.kernpunkte.com](http://www.kernpunkte.com)), die den Querdenkern ein ganzes Heft gewidmet hat (Heft 10/2020). Auch der Futurum-Verlag verbreitet Informationen und Videos aus der Szene auf seiner Website und äußert sich positiv in seinen Newslettern. Die Zeitschrift „Der Europäer“ bewertet die Proteste positiv als „Freiheits-Aufbruch“ (<https://perseus.ch/archive/9202>).

8 Vgl. „TAGESLICHT – Das neohumanistische Magazin“ ([www.tageslicht-magazin.de](http://www.tageslicht-magazin.de)) um Dada Madhuvidyananda, der eine Kurzbotschaft auf der Kundgebung am 29.8. verlas.

9 Siehe Stefan Padberg, „Gesundheitssystem, Coronakrise und soziale Dreigliederung“, Sozialimpulse 2/2010, [https://www.sozialimpulse.de/fileadmin/pdf/StefanPadberg\\_Gesundheitswesen-Corona-Krise-und-soziale-Dreigliederung.pdf](https://www.sozialimpulse.de/fileadmin/pdf/StefanPadberg_Gesundheitswesen-Corona-Krise-und-soziale-Dreigliederung.pdf)



dern kann. In einem Interview ein paar Tage vor der zweiten Berliner Großdemo äußerte Michael Ballweg sich so:

*„Natürlich ist ja auch die positive Energie von uns, die zieht ja auch Menschen an, und natürlich wird das dann viel, viel größer, wenn wir so viel gute Laune mitbringen und Frieden und Freiheit und einfach letztendlich das System in 'nem positiven Sinne verändern.“*

Und der Interviewer fasst es mit seinen Worten zusammen: *„Diese positive Energie macht uns letztendlich unaufhaltsam, denn wo Liebe ist, kann keine Angst sein, und kann kein Hass sein.“<sup>10</sup>*

## Die Kehrseite der Medaille

Die Bewegung arbeitet also mit der „strategischen Annahme“, dass die Freiheit-und-Friede-Botschaft in Gegensatz zu den Coronamaßnahmen stehen. Wer wirklich Freiheit und Liebe leben würde, der könne nicht solche Maßnahmen „gegen“ seine Mitmenschen verhängen. Völlig undenkbar ist es für die Corona-Protestler, dass die Regierungen, die sie beratenden Wissenschaftler, die sie unterstützenden Unternehmer und Philanthropen und die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aus genau denselben Gründen diese Maßnahmen **unterstützen** könnten! Um die Freiheit von uns allen zu wahren und die Risikogruppen zu schützen (Nächstenliebe!), sind ja im Regierungsnarrativ die Maßnahmen beschlossen worden. Also auch hier ist ein Freiheit-und-Liebe-Motiv im Hintergrund. Ich sehe keinen Grund, diese Motive anzuzweifeln, weder bei den Politikerinnen und Politikern noch bei den Coronaprotestlerinnen und -protestlern. Die Frage muss aber erlaubt sein: Leben diese Motive in den Handlungen weiter?

### Ein dualistisches Weltbild

In der Protestbewegung lebt ein dualistisches und ganz und gar unspirituelles Schattenbild, demzufolge die Regierung und ihre Anhänger und Unterstützer bewusst Un-Freiheit, Un-Friede, Un-Glück und Hass verbreiten wollten.

Das äußert sich in den diversen Reden, die man im Internet abrufen kann, aber vor allem in den Telegram-Gruppen, wo ein wüstes Geschimpfe auf „das faschistische Merkel-Regime“ usw. im Minutentakt abgesondert wird. Hier bringe ich stellvertretend einen symptomatischen Ausschnitt aus einem Interview mit Bodo Schiffmann, dem bekannten Lungenspezialisten, der zuerst die Partei „Widerstand2020“ mitgründete, dann wieder austrat und aktuell die Partei „WIR2020“ mitgründet. Er ist auch im Verein „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie“ tätig. Nachdem er in dem Interview eine Zeit lang sehr gut nachvollziehbar und kompetent über den „Unsinn“ der Corona-Maßnahmen gesprochen hat, endet das Interview mit den Worten:

<sup>10</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=y1ZGWwGi28E>

*„... und ich glaube, Donald Trump wird uns wirklich die nächsten Wochen überraschen und, äh, träume immer noch davon, eines Morgens wach zu werden und zu sehen, wie Bill Gates nach Guantanamo gefahren wird zur Vernehmung. Das wäre doch sicherlich mal eine interessante Nachricht.“<sup>11</sup>*

Von Liebe ist hier absolut nichts mehr zu spüren. Stattdessen hofft er auf Donald Trump, der den bösen Bill Gates endlich mal ordentlich bestrafen soll. Wohlgemerkt: Es ist keine Rede vor einer johlenden Menge, wo ihm vielleicht die Gefühle durchgegangen sein könnten, es ist ein Interview, das in aller Ruhe geführt wurde. Michael Ballweg äußert sich etwas „feinfühlicher“ in dem oben verlinkten Interview in Richtung des Berliner Oberbürgermeisters Michael Müller:

*„Ich kann natürlich mir schon vorstellen, dass ihm [Michael Müller] das nicht gefällt, wenn so viele Menschen friedlich in der Stadt sind und so 'ne positive Energie mitbringen, weil wie ich's halt rausgehört hab' aus seinen Interviews, ist er ja eher ein energie-negativer Mensch. Von daher wird er da eher ein bisschen – ähm, wie sagt man, ähm – nicht so auf unsere positive Energie – mit der kann er natürlich wahrscheinlich nicht gut umgehen.“<sup>12</sup>*

Eine verblüffend simple Sicht auf politische Vorgänge! Als ob der Oberbürgermeister einer Millionenstadt wie Berlin solche Vorgänge danach beurteilen würde, ob sie ihm gefallen oder nicht, mal abgesehen davon, dass die Unterstellung, dass ihm friedliche Demonstranten nicht gefallen würden, schlicht falsch ist!

Wie dem auch sei: Auch Michael Ballweg teilt die Welt offenbar in zwei Lager: eher „energie-positive“ und eher „energie-negative“ Menschen. Letztere sind „eher nicht“ in der Lage die Liebesbotschaft zu vernehmen, mit der können sie „wahrscheinlich nicht so gut umgehen“. Aber was soll mit diesen „eher energie-negativen“ Menschen geschehen? Diese Frage lässt Michael Ballweg offen, sie wird aber von den Rechten in der Bewegung sehr deutlich beantwortet.

### Ein ultra-liberales Politik- und Gesellschaftsverständnis

Neben diesem schwarz-weißen Weltbild fällt mir äußerst unangenehm auf, was für ein einfaches Politikverständnis viele Menschen in dieser Bewegung haben. Wie Regierungen, Parteien, Parlamente, Gesetze, Medien und Bürgerinnen und Bürger zusammenspielen und ein System erzeugen, dass sich nicht einfach durch ein paar Demonstrationen mit meditativem Charakter außer Kraft setzen lässt, interessiert sie gar nicht. Ein Stück weit ist dies richtig, denn eine Bewegung, die etwas verändern will, muss nicht in dem Rahmen agieren, den das Bestehende setzt. Aber wahrnehmen, wie und warum der Staat

<sup>11</sup> 19.7.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=6AvCv7X6BSs>

<sup>12</sup> 23.8.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=y1ZGWwGi28E>

und die Politikerinnen und Politiker agieren, sollte man meiner Ansicht nach schon.

Ein Staat ist hier nur noch als Rumpfstaat geduldet. Basisdemokratisch soll es zugehen, sodass staatliches Handeln immer an die Entscheidungen der Basis gekoppelt ist. Das ist vermutlich auch das, was von Seiten der Querdenker an Vorstellungen hinter dem Projekt „Verfassungsgebende Versammlung“ steht.

In der Protestbewegung begegnet einem ungewöhnlich oft der Gedanke, dass jede/r für sich und sein Handeln selbst verantwortlich ist. Das Problem, wie eine moderne, funktional stark gegliederte Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger mit höchst divergenten Weltanschauungen und Wertvorstellungen ihr Zusammenleben organisieren müssen, lässt sich auf diese Weise nicht lösen. Es handelt sich letztendlich um eine spirituell verbrämte ultra-liberale Gesellschaftsvorstellung, wie sie in radikalen Kreisen in den USA immer gelebt hat und auch heute noch lebt. Für diese Sichtweise ist Staat etwas grundsätzlich Schlechtes und muss, so weit es geht, zurückgedrängt werden. „Freiheit“ ist dabei der alles durchziehende Leitfaden in den Debatten in den USA. Aber ist das der richtige Generalbass für Europa? Hier haben die Menschen immer Wert auf Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich gelegt. Dafür wird Europa gegenwärtig in vielen Ländern gelobt und beneidet.

Dass diese Gesellschaften in der Praxis eine komplette Entsolidarisierung und einen brutalen Kampf von Reich gegen Arm hervorriefen, wird entweder ignoriert oder man hofft, dass die spirituelle Orientierung dafür sorgen wird, dass die Entsolidarisierung nicht in dem Maße stattfindet. Und außerdem hat ja jeder letztendlich sein Schicksal selbst gewählt...

### Rechtsextreme schalten sich ein

Solche Narrative ziehen naturgemäß rechtsextreme Kräfte an wie das Licht die Motten. Dafür hatten die Querdenker bis jetzt überhaupt kein Gespür. Dafür freuten sie sich wohl zu sehr über den Zuwachs an Aufmerksamkeit, der ihnen da beschert wurde. Nach dem Motto „Jeder ist willkommen!“ lehnten sie eine stringentere Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut ab. „Wir wollen keine Spaltung“, hieß es vor der jüngsten Berliner Groß-Demo immer wieder in den Telegram-Gruppen.

Nach der Erfahrung der Berliner Demos muss man konstatieren: Ein Querdenker ist ohne weiteres in der Lage, stundenlang auf einer Demo neben Reichsbürgern oder Rechtsextremisten zu laufen und sich einzubilden, dass er ja nur für seine eigenen Ziele und Ideale demonstriert, während der andere eben nur für seine anderen Ziele geradesteht. Dass er dann vielleicht Reichsbürgerfahnen geschenkt bekommt und lustig im Wind schwenkt, macht ihn nicht stutzig. Und wenn er vor der Russischen Botschaft das von den Reichsbürgern abgewandelte Demo-Motto

„Freiheit, Friede, Friedensvertrag“ mitruft, denkt er sich vielleicht auch nichts dabei.<sup>13</sup>

Hier werden riesengroße Scheunentore nach rechts aufgemacht. Und zwar ohne Notwendigkeit, und wahrscheinlich sogar zum Nachteil der Protestbewegung. Hätte man nämlich die Reichsbürger und die anderen rechtsextremen Gruppen von Anfang an herausgehalten, wäre es der Bewegung ja viel leichter gefallen, Denkanstöße in die Mitte der Gesellschaft zu senden. Aber man will ja niemanden verurteilen...

### Kein Zufall

Dieser Kurs ist aus meiner Sicht mittlerweile kein Zufall mehr. Auf der Rednerbühne am Kundgebungsplatz am 29.8.20 gab es genügend offiziell bestellte Redner, die Propagandafloskeln aus dem Reichsbürger-, Querfront- oder NWO-Vokabular etablieren konnten. Dazu gehört eindeutig die Erzählung vom „Volk“, das von der Regierung „verraten“ worden sei und dass sich jetzt erheben müsse. Dazu gehörte die maßlose Übertreibung der Teilnehmerzahlen: Zwischendurch fiel immer wieder die Formulierung „wahrscheinlich 1-2 Mio. Teilnehmer“. Dazu gehörte auch die Aufforderung, jetzt – natürlich „auf dem Boden des Grundgesetzes“, wie auch immer man das bewerkstelligen will – eine neue Verfassung zu erarbeiten, damit man nicht mit leeren Händen dasteht, wenn die Regierung „in den nächsten Tagen“ stürzt.

Hier versuchen extremistische Kräfte eine „Volksbewegung“ zu inszenieren, um ihre anti-freiheitlichen Ziele durchzusetzen. Sie nutzen geschickt das Vokabular in der Protestszene und spinnen ihre Narrative darin ein. Ich befürchte sogar, dass mittlerweile viele von den Organisatoren der Protestdemos in diese Richtung abgedriftet sind.

Die Gefahr ist dabei, dass unzufriedene und verunsicherte Bürgerinnen und Bürger in eine massive Konfrontation mit dem Staat hineingetrieben werden, mit der die Rechten Märtyrer produzieren und eine emotionale Bindung an ihr Gedankengut erzeugen wollen. Eine verantwortungsvolle politische Führung sollte demgegenüber versuchen, eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse zu haben, schon allein, um die eigenen Leute nicht zu verheizen und um nicht unnötig Erwartungen zu wecken, die nur enttäuscht werden können.

### Spirituelle oder Protestbewegung?

Nach diesem letzten August-Wochenende in Berlin sehe ich es so, dass die Querdenker-Bewegung spätestens jetzt ihr Konzept überdenken muss. Die

<sup>13</sup> Laut Michael Ballweg seien die Reichsbürgerfahnen „wohl irgendwo verteilt“ worden, und die Teilnehmer wussten „teilweise gar nicht [...], was das für eine Fahne sei“. (Deutschlandfunk, 2.9.2020, [https://www.deutschlandfunk.de/querdenken-initiator-ballweg-die-eine-oder-andere.694.de.html?dram:article\\_id=483435](https://www.deutschlandfunk.de/querdenken-initiator-ballweg-die-eine-oder-andere.694.de.html?dram:article_id=483435)). Das wäre zumindest eine Erklärung für die ungewöhnlich große Anzahl an Fahnen, die in den Demozügen zu erkennen waren. Aber gleichzeitig offenbart sich hier eine selbstentlarvende Naivität.

halbherzige Distanzierung von der rechten Gewalt kam für mich eindeutig zu spät, und ich erlebe keinen ernsthaften Willen, die Rechtsextremisten, Reichsbürger, Neue Weltordnungs-Ideologen, Querfrontler und Nationalrevolutionäre aus den eigenen Zusammenhängen und von den eigenen Aktionen wirklich fernzuhalten. Dazu müsste sich die Corona-Protestbewegung in eine politische Bewegung mit klar formulierten politischen Zielen transformieren, was sie dann überhaupt erst in die Lage versetzen würde, Menschen und Gruppen mit deutlich anderen, sprich: rechtsextremen politischen Zielen fernzuhalten. Die Strategie „Jeder, der behauptet, unsere Ziele zu unterstützen, freundlich lächelt und verspricht friedlich zu sein, gehört zu uns“, müsste ad acta gelegt werden. Gleichzeitig müsste die Bewegung versuchen, sich konstruktiv in die laufende Debatte über die Corona-Maßnahmen einzuschalten.

Man muss positiv anerkennen, dass nach den Berliner August-Demos die Berichterstattung zu Corona insgesamt etwas liberaler geworden ist. Es ist, als müssten die Journalisten nun beweisen, dass man „selbstverständlich bei uns die Corona-Maßnahmen kritisieren kann, aber eben nicht so“. Das ist auf paradoxe Weise ein positives Ergebnis der Demo und Kundgebung und eine Referenz gegenüber den vielen unzufriedenen, aber friedlichen Bürgerinnen und Bürgern. Es deutet darauf hin, dass man noch viel mehr bewirken könnte, wenn man sich stärker auf die aktuellen Fragestellungen und Mentalitäten der Diskutanten einstellen würde und die Hass- und Vorwurfsebene verlassen würde.

Eine andere Option wäre, den **spirituellen Charakter der Bewegung** stärker herauszustellen. Hierzu müsste die Bewegung aber ihre politischen Forderungen sehr stark in den Hintergrund stellen. Eine Bewegung, die sich **für eine gesunde Gesellschaft ohne Angst und respektvolle Debatten ohne Ausgrenzung** einsetzen und versuchen würde, **Teilnehmer/innen aus allen Lagern** zu mobilisieren, hätte bestimmt eine Chance, vor allem wenn sie stärker eine **kulturell-künstlerische Prägung** annehmen würde. Sie würde das Friedens- und Freiheitsmotiv auf eine ganz neue und dabei äußerst glaubwürdige Weise verkörpern, wenn bei ihren Aktionen z.B. auch Maskenträger/innen uneingeschränkt willkommen wären und nicht respektlos angepöbelt würden. Die Verlagerung der nächsten Großkundgebung am 3. Oktober an den Bodensee, der in der Esoterikszene als ein starker spiritueller Ort bezeichnet wird, könnte vielleicht darauf hindeuten, dass man in Zukunft stärker auf diese Option setzen möchte.

Wie auch immer die Bewegung sich weiterentwickeln wird: Ohne eine Aufarbeitung und Abgrenzung gegenüber rechtsextremem Gedankengut und Verschwörungsnarrativen wird sich so schnell in der breiten Öffentlichkeit keine Glaubwürdigkeit mehr einstellen. Ich vermute allerdings, dass es dazu nicht kommen wird, weil der Kern der Bewegung sehr stark mit Verschwörungsnarrativen aus dem Umfeld der „Neuen Weltordnung“ verbunden ist. Jeder Mensch, der sich überlegt, bei diesen Akti-

vitäten mitzumachen, sollte deshalb sehr wachsam sein und genau überlegen, welche Inhalte und Tendenzen er oder sie damit unterstützt.

## „Neue Weltordnung“ oder Große Transformation?

Mit dem Narrativ der „Neuen Weltordnung“ findet eine eigenartige Verschiebung der Debatte statt, nämlich weg von den konkreten Problemen, die der immer weiter fortrollende Profit-Kapitalismus bei Mensch, Gesellschaft und Planet erzeugt, hin zu den „verbrecherischen Machenschaften“ dunkler Gestalten, die mit Lug und Trug die Staaten dieser Welt, vor allem die liberalen Demokratien, gekapert haben und die rechtschaffenen Bürger weltweit um den Ertrag ihrer Arbeit bringen. Wenn nur endlich diese „Agenten der Dunkelheit“ vertrieben würden, dann wäre die Welt wieder in Ordnung und endlich könnten wir wieder „freie Luft“ atmen.

Die Auseinandersetzung mit den realen Problemen kapitalistischer Akkumulation findet nur am Rande statt.

Auch die realen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Bekämpfung spielen kaum mehr eine Rolle, obwohl die ersten Kundgebungen von Querdenken 711 zusammen mit einem Verband von Busunternehmen organisiert worden waren, die besonders stark unter den Bekämpfungsmaßnahmen zu leiden haben. Hier verschenkt die Führung der Bewegung Bündnispotenzial. Dies zeigt meiner Ansicht nach, dass sie lieber mit nach rechts offenen Parolen von Verrätern und Drahtziehern spielt, als sich realpolitisch in die Politik einzumischen.

Womit wir es zu tun haben, sind ja nicht Machenschaften einzelner mächtiger Menschen, sondern kulturelle Prozesse, die letztendlich – um jetzt einmal ein Gegen-Narrativ zu setzen – mit der Entfaltung des materialistischen Denkens zu tun haben. Diese Prozesse verlaufen über Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte, und lassen sich nicht einfach durch „Aufklärung“, Sturz der Regierung oder gemeinsame Meditationen umkehren.

Wenn die Biologen Recht haben, werden weitere Epidemien kommen, solange wir unsere Umgangsweise mit der Natur nicht radikal ändern. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass die westliche und industrialisierte Welt immer weiter in eine hygienisierte digitalisierte Rundum-Überwachungs- und Versorgungsgesellschaft hineinrutscht, wie sie in manchen Science fiction-Romanen oder -filmen ausgemalt worden ist.<sup>14</sup> Aber mitdenken muss man dann auch, dass es Widerstand gegen eine solche Tendenz geben wird. Dass sich ein totalitäres Regime in dieser Art über die ganze Welt etablieren könnte, halte ich für äußerst unwahrscheinlich.

<sup>14</sup> Z.B. „Demolition Man“, 1993, mit Sylvester Stallone und Sandra Bullock.

Genauso gut ist denkbar, dass antiliberaler, nationalistischer, faschistischer oder fundamentalistischer Kräfte in immer mehr Ländern an die Macht kommen und der liberalen Weltgesellschaft, wie sie vor einigen Jahren noch das vorherrschende Leitbild war, ein Ende bereiten werden. Aber auch hiergegen wird es dann Widerstand geben.

Dystopien sind selten Wirklichkeit geworden, genauso wenig wie die diversen Utopien. Falls es aber wirklich in der einen oder anderen Weise zu einer neuen totalitären Entwicklung in der Weltgesellschaft käme, wäre dies für den Impuls zur Dreigliederung des sozialen Organismus äußerst schwierig. Ohne die Möglichkeit zum offenen Gespräch ist eine selbstverwaltete Gesellschaftsordnung eigentlich nicht vorstellbar. Wie ich oben schon sagte: Der Impuls für die Dreigliederung des sozialen Organismus ist heute vor allem ein Ethos, das im Hintergrund unseres sozialen Handelns steht. Er steht für

- Vielfalt, Neugierde und offene Debatte in der Wissenschaft,
- Transparenz und breite Teilhabe der Bürger/innen an den politischen Entscheidungen,
- Nachhaltiges Zusammenwirken im wirtschaftlichen Bereich,
- bei gleichzeitiger Zurückweisung regressiver Tendenzen im Geistesleben (Elitedenken, naive Wissenschaftsgläubigkeit), politischen Leben (Autoritarismus) oder Wirtschaftsleben (Ultra-Liberalismus, Staatsdirigismus)

Wir sollten verstärkt darüber nachdenken, welchen spezifischen Beitrag wir als „Dreigliederer“ zu den vor uns stehenden gesellschaftlichen Herausforderungen leisten können. Dies wird uns in den Forschungskolloquien des kommenden Jahres schwerpunktmäßig beschäftigen.

## Sozialer Sinn von Distanzregeln

Zurück zur Corona-Debatte. Durch die staatliche Verordnung von Distanzregeln erscheint die Angst vor dem Virus nicht mehr als individuelle Angst einzelner Menschen, sondern sie ist, durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse begründet, in behördliche Anordnungen und deren Befolgung psychologisch rationalisiert und verschoben. So taucht sie im Verhältnis zwischen den Menschen nicht mehr auf. Sie hat somit auch eine gesellschaftliche Schutzfunktion im tagtäglichen Umgang, denn wer will und kann schon ständig über die Angst reden.

Wären wir denn überhaupt bereit und fähig dazu, uns mit unseren Mitmenschen jederzeit und an jedem Ort in diese komplexen Auseinandersetzungen über die jeweilige Gefühlslage zu begeben? Die Distanzregeln des Staates sorgen auch dafür, dass der gesellschaftliche Verkehr nach einigermaßen einheitlichen und vorhersehbaren Umgangsregeln

verläuft. Mir persönlich macht es nichts aus, eine Schutzmaske aufzusetzen, wenn ich den Bus benutze oder in einen Laden gehe. Da dies jetzt Vorschrift ist, kann ich mich darauf einstellen. Lästig fände ich, wenn ich mich ständig umstellen und immer abklären müsste, ob ich eine Maske aufsetzen muss oder nicht, ob ich die Hand geben darf oder nicht usw.

Was wäre also gewonnen, wenn der Staat plötzlich ein Einsehen hätte und alle Corona-Regeln wie in Schweden in bloße Empfehlungen umwandeln würde? Hätte dann die große Mehrheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger auf einmal keine Angst mehr vor einer Ansteckung? Wären sie dann auf einmal auf wunderbare Weise so spirituell gestimmt, dass sie „Krankheit als Weg“ und „Schicksal als Chance“ begreifen könnten?

Mit Sicherheit nicht. Stattdessen würde die **Aushandlung von Distanzregeln** in jedes Unternehmen, jedes Geschäft, jeden Verein, jede Schulklasse, jede Kneipe und jede Familie verschoben.<sup>15</sup> Genauso wie früher die Nichtraucher/innen darauf bestehen konnten, dass in ihrer Anwesenheit nicht geraucht wird, würden Menschen mit hohem Distanzbedarf darauf bestehen, dass in ihrer Wohnung, ihrem Laden oder ihrem Unternehmen Distanzregeln einzuhalten sind.

### „Warum darf der das und ich nicht?“

Kommt noch dazu, dass viele Menschen in Deutschland eine Ungleichheit bei staatlichen Regeln nur schwer aushalten, jedenfalls ein bestimmtes Segment in unserer Bevölkerung. In der Politik wirkt sich das dann so aus, dass in einigen östlichen Bundesländern, die gegenwärtig kaum noch Infektionsgeschehen haben, die gleichen Distanzregeln gelten müssen wie in den westlichen. Dieses Dogma der gleichen Lebensbedingungen in ganz Deutschland kennen wir auch aus anderen Debatten wie z.B. bei der Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse. Dieser **Konformitätsdruck**, der von einem großen Bevölkerungssegment ausgeht, ist natürlich nicht mehr zeitgemäß, aber lässt sich leider auch nicht von heute auf morgen wegwünschen.

### Schutz der weniger Durchsetzungsfähigen

Die Distanzregeln dienen zumindest der Intention nach auch dem **Schutz der durchsetzungsschwachen Gesellschaftsmitglieder**. Nicht jeder hat das entsprechende Selbstbewusstsein, sein Schutzbedürfnis von seinen Mitmenschen einzufordern. Und nicht jede/r hat die Fähigkeit erworben, das eigene Verhältnis zum Virus so zu klären, dass er damit angstfrei umgehen kann. Hier zeigt sich eine **egoistische Schattenseite des esoterischen**

<sup>15</sup> Vgl. ganz aktuell „Schulen in NRW: Keine Maskenpflicht, dafür Druck und Ausgrenzung“ (15.9.2020), <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/corona-maskenpflicht-schule-100.html>. Druck und Ausgrenzung können natürlich in beide Richtungen erfolgen, je nachdem, wer gerade in der Mehrheit ist.

**Gesundheitsbewusstseins**, bei dem jeder für seine Gesundheit selbst verantwortlich **zu sein hat**. Selbst-regulative Denk- und Verhaltensweisen lassen sich nicht zur Norm erheben. Sie auszuprobieren und zu erwerben, ist vollkommen in die individuelle Sphäre gestellt. Menschen, die diesen Weg gehen, sollten eigentlich die spirituelle Reife besitzen, andere Menschen, die diesen Weg noch nicht gehen können, zu respektieren. Alles andere empfinde ich als Lieblosigkeit und spirituellen Egoismus.

### Abwägungsprozesse bei zurückgehender Welle neu justieren

Die Corona-Erfahrung lehrt uns aber auch, dass die Distanzregeln **schwere Schattenseiten** haben. Wir sprechen hier über die oft schon thematisierte Zunahme häuslicher Gewalt, von Depressionen und Aggressionen, aber auch über die wirtschaftlichen Folgen, die eben vor allem die sozial schlechter gestellten und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen treffen. Was sie in den Seelen unserer Kinder verursachen, ist sicherlich nicht gut und nur bei einem hochflorierenden Ansteckungsgeschehen zu rechtfertigen.

Eine umfassende Evaluierung dieser Maßnahmen ist also **dringend geboten**. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Abwägungsprozesse bei niedrigem Infektionsgeschehen andere Ergebnisse haben müssen als bei hohem Infektionsniveau. Ich könnte jetzt hier erzählen, was ich mir wünsche, aber es ist irrelevant. Wichtig ist, dass eine gesellschaftliche Debatte über den weiteren Weg stattfindet. Mir scheint, dass der Virologe Hendrik Streeck hier sehr gute Ideen entwickelt hat.<sup>16</sup>

## Zwischen den Stühlen

Irgendwie stehen wir zwischen einem sich gegenseitig anheizenden Angst-Kartell aus einem Teil der Politik, der Medien und der Wissenschaft, das mit einem einseitigen, weil den Menschen auf seine krankheitsanfällige Physis und die damit verbundene Angst reduzierenden, Menschenbild operiert, und der naiven Unklarheit der Corona-Protestler. Mit beidem werde ich nicht recht warm. Zwischen den Stühlen zu sitzen ist anstrengend, aber es ist gegenwärtig letztendlich kein schlechter Platz.

„Freiheit im Geistesleben“ steht nicht für sich alleine und absolut. Das konkrete Geistesleben ist in der realen Gesellschaft immer eingebettet in ein Rechtsleben, dass dieses Geistesleben erst ermöglicht. Daran erinnert uns die Coronakrise.

Sie erinnert uns auch daran, dass wir alle miteinander verbunden sind, auch in einem freiheitlichen Geistesleben. Dazu gehört eben nicht nur, dass man in Wissenschaft, Kunst, Religion und Gesundheits-

vorsorge seinen eigenen Weg gehen kann, sondern dass man auch Interesse für die Wege der anderen und ein aktives Interesse am gegenseitigen Austausch hat. An dieser Gesprächsfähigkeit mangelt es gegenwärtig sehr, und zwar nicht nur bei den Corona-Protestlern. Ein großer Teil des Geisteslebens hat sich gegenwärtig ins Internet verschoben und wird dort in virtuellen Blasen gepflegt, die untereinander praktisch keinen Austausch mehr haben.

Es fehlt uns gegenwärtig ein anerkanntes Forum, wo die Verunsicherung und die Unzufriedenheit einen angemessenen Platz haben können, ohne gleich in eine gefährliche ideologische Richtung gedrängt zu werden. Die Sorgen und Ängste vor der COVID-19-Erkrankung sollten darin genauso Platz haben wie die Sorgen und Ängste der Corona-Kritiker.<sup>17</sup> WIR müssen lernen, uns in unseren unterschiedlichen Ängsten neu wahr und ernst zu nehmen. Sonst erleben wir die Besorgnis der Anderen weiterhin als Begrenzung für die eigenen Ziele. Nur auf dieser Basis wird sich das Gesundheitssystem nach der Krise so reformieren lassen, dass die Ziele der Solidarität und der individuellen Verantwortung gleichermaßen verfolgt werden können.

### Dipl.-Ing. Stefan Padberg (Wuppertal)

\* 31. Oktober 1959 in Neuenburg. In den 1970er und 1980er Jahren politisches Engagement in Freiburg/Brsg. im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung und anderer sog. Basisbewegungen. In Hamburg Studium der Nachrichten-, Regelungs- und Informationstechnik 1982-87, Entwicklungsingenieur in der Schiffsanlagenautomatisierung. Berufliche Umorientierung, in Wuppertal Ausbildung zum Sozialtherapeuten und Arbeit in der psychiatrischen Nachsorge 1993-2012. Waldorfpädagogische Zusatzqualifikation und Informatikunterricht 2002-2007. Freiberuflicher Internetprogrammierer seit 2012. – Seit 1998 tätig für Mehr Demokratie e.V., Moderator des AK Europa und Welt. Seit 2019 Redakteur der Zeitschrift „Sozialimpulse“ und engagiert im Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, seit 2020 Co-Geschäftsführer des Instituts. Kontakt: stefan.padberg@sozialimpulse.de

<sup>16</sup> <https://www.n-tv.de/wissen/Keine-Angst-vor-den-Infektionszahlen-article21993529.html> und [https://www.focus.de/gesundheit/news/im-interview-virologe-streeck-haelt-bisherige-teststrategie-fuer-ueberholt-wir-brauchen-die-covid-ampel\\_id\\_12407565.html](https://www.focus.de/gesundheit/news/im-interview-virologe-streeck-haelt-bisherige-teststrategie-fuer-ueberholt-wir-brauchen-die-covid-ampel_id_12407565.html)

<sup>17</sup> Auf unsere Website sammeln wir gegenwärtig Beiträge zu so einer Debatte. (<https://www.sozialimpulse.de/corona-debatte/>) Siehe auch auf S. 3 in diesem Heft: „We're together in this“: Öffentliche Debatte in der Coronazeit

# Der Rätegedanke

## und sein Zukunftspotential<sup>1</sup>

**André Bleicher**  
(freie Zusammenfassung  
Christoph Strawe)

Der Rätegedanke wurde erstmals in der Pariser Kommune von 1871 umgesetzt. Zehn Wochen widersetzten sich die Kommunarden der Regierung Thiers und den Siegern von Sedan im deutsch-französischen Krieg. Der Volksaufstand wurde schließlich blutig niedergeschlagen, der Rätegedanke jedoch überlebte und wirkte weiter.

Einer der späteren Kommunarden, Jean-Baptiste Clément, schrieb 1866 ein Liebesgedicht, das dann eine Art Revolutionshymne und bis heute berühmter Chançon wurde: *Le Temps des cerises* (Kirschenzeit). Es beginnt mit den Zeilen:

*Quand nous en serons au temps des cerises  
Et gai rossignol et merle Maquis  
Seront tous en fête  
Les belles auront la folie en tête  
Et les amoureux du soleil au cur  
Quand nous chanterons le temps des cerises  
Sifflera bien mieux le merle moqueur*

*O Kirschen, so rot, ich sing euch ein Lied  
wie Nachtigall hell, wie Amselgesang  
klingt es den Sommer lang.  
So rund und so schön im dichten Geäste,  
gestreichelt von Sonne, mit Süße gefüllt.  
O Kirschen, so rot, ich sing euch ein Lied  
doch tönt noch viel besser der Vögel Konzert.*

Jean-Baptiste Clément widmet das Lied der Revolutionärin und Anarchistin Louise Michel, die sich 1871 nicht nur um Verwundete kümmerte, sondern sich auch am bewaffneten Kampf der Nationalgarde beteiligte und als moderne Jeanne d'Arc galt. Als uneheliches Kind eines Adligen und eines Kammermädchens hatte sie früh die Klassengegensätze erfahren. Nach der Niederschlagung der Kommune wurde sie in ein Straflager verbannt.

<sup>1</sup> Es handelt sich um eine von C. Strawe erstellte freie Zusammenfassung eines Vortrags, den André Bleicher am 21.6.2019 bei einer Werkstatt „Selbstverwaltungsimpuls, Rätegedanke, Mitbestimmung“ im Forum 3 in Stuttgart gehalten hat.

### 1. Tage der Kommune

Mit der Pariser Kommune haben wir uns der ersten historischen Station des Räte- bzw. Selbstverwaltungsgedankens zugewendet. Nach der Betrachtung dieser Station (1.) werden wir Weiteres exemplarisch behandeln: 2. Blicken wir auf die Ideen Hannah Arendts und Rosa Luxemburgs zu unserem Thema. (Hannah Arendt, was wenig bekannt ist, spricht sich hinsichtlich der Alternative Räte oder Parlamentarismus klar für die Ersteren aus.) Ein reintypisches Rätemodell liefert der besonders in Berlin wirksame Richard Müller. 3. Danach kommen wir zu der Stuttgarter „Rätebewegung“ im Kontext der Kampagne für eine Dreigliederung des sozialen Organismus. 4. Danach versuchen wir den Spagat zu dem Sozialdemokraten Hugo Sinzheimer zu vollziehen, der – so unsere These – alles weiß und trotzdem alles falsch macht. Bei den Sozialdemokraten dürfen die Austromarxisten nicht übergangen werden, kommt doch der Ansatz des Austromarxisten Otto Bauer dem Rudolf Steiners am nächsten. Danach versuchen wir, das Modell der Montanmitbestimmung im Hinblick auf Räte und Selbstverwaltung einzuordnen. Dem folgt die Untersuchung des nach dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien entstandenen Modells der Arbeiterselbstverwaltung (5.). Am Schluss steht ein kurzer Blick in die Zukunft.

Was war die Pariser Kommune? 1870 hatte Napoleon III. den Krieg mit den Preußen vom Zaun gebrochen, ein Angebot, das diese dankend annehmen: Sie obsiegen. Napoleon flüchtet, die bürgerliche Regierung Thiers kommt ans Ruder und führt Friedensverhandlungen. In dieser unsicheren Situation geschieht das Unerwartete: die Volkserhebung in Paris. Am 18.3.1871 wird die Kommune ausgerufen. Wir geben uns in Paris unsere soziale Verfassung selbst, das ist der Kerngedanke. Es entsteht kein absolut gesetztes konventionelles parlamentarisches System, sondern ein geschichtetes System von Kommunalräten, das bottom up funktioniert, ausgehend von Selbstverwaltungseinheiten an der Basis. Es ist ein System, in dem Verantwortung nicht abgegeben wird, sondern die Bürger für ihre soziale und natürliche Umwelt verantwortlich bleiben sollen. Dies soll gewährleistet werden durch das sogenannte imperative Mandat: Die Gewählten sind jederzeit abrufbar, rechenschaftspflichtig, an Aufträge ihrer Wähler gebunden, müssen sich jeglicher Kritik stellen usw.

Dass in Russland aus der Macht der Räte die Diktatur der Partei bzw. ihrer Führung über die arbeitenden Massen wurde, kann man nicht schlicht der Pariser Kommune anlasten. Doch das Argument, bei den vorherrschenden Räte-Modellen fehle die Teilung der Gewalten und ganz generell der Gesichtspunkt nicht nur der vertikalen, sondern auch der horizontalen Gliederung, ist nicht einfach von der Hand zu weisen, bedarf aber einer eingehenderen Erörterung und wird in dieser Darstellung weitgehend ausgeklammert.

Ein Fehler der Kommune, der ihr Scheitern begünstigte, war die Beschränkung auf Paris, ein anderer, dass man die Thiers-Regierung, die in Versailles saß, in Ruhe ließ und so deren Geheimverhandlungen mit

Preußen ermöglichte – ebenfalls ein Fehler war, dass man die Staatsbank nicht antastete. So konnte die Regierung ihre Gegenmacht ausbauen. Wichtiger als die Fehler ist jedoch, was die Kommune gewollt und richtig gemacht hat. So wurden Betriebe, deren Kapitaleigner geflohen waren, von „kooperativen Arbeiterassoziationen“ geleitet. (Man sieht hier nebenbei, dass das Wort „Assoziation“ von R. Steiner zwar verwendet, aber nicht geprägt worden ist.) Zu würdigen sind auch die Maßnahmen der Kommune im Hinblick auf ein freies geistig-kulturelles Leben. So wurde eine Kommission zur Gründung freier Universitäten gebildet – die allerdings am Widerstand einer Phalanx von Medizinprofessoren scheiterte. Das kommunale Bildungswesen war kostenfrei zugänglich. Die Trennung von Kirche und Staat wurde vollzogen. Die Emanzipation der Frauen kam voran.

Durch die Kommune erlangte der Rätegedanke auf diese Weise weltweite Strahlkraft. Bertold Brecht brachte es auf den Punkt in der „Resolution der Kommunarden“, deren 1. Strophe lautet: In Erwägung unserer Schwäche machtet | ihr Gesetze, die uns knechten soll'n. | Die Gesetze seien künftig nicht beachtet, | in Erwägung, dass wir nicht mehr Knecht sein woll'n. Refrain: In Erwägung, dass ihr uns dann eben | mit Gewehren und Kanonen droht, | haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben | mehr zu fürchten als den Tod.

Ende Mai wird die Kommune niedergeschlagen, viele Tausende Kommunarden werden erschossen. Wenige Tage später erscheint Karl Marx' Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation“. Die Kommune ist für Marx, wie er sagt, die endlich entdeckte Form, in der sich die Befreiung der Arbeiter vollziehen kann. Das Kommunistische Manifest von 1848 sei jetzt teilweise veraltet, die wesentliche Lehre aus der Kommune sei die, dass die Arbeiterklasse die fertige Staatsmaschine nicht einfach übernehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen könne. Das war die Begründung – ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt – für die Notwendigkeit einer „Diktatur des Proletariats“, die man in der Kommune realisiert sah. Die Niederschlagung der Kommune rüttelte bei Marx und Engels nicht an der Überzeugung ihrer Zukunftsfähigkeit. Beide unterstützten die ins Exil geflüchteten Kommunarden.

## 2. Exkurs: Hannah Arendt, Rosa Luxemburg, Richard Müller

Mancher würde es ihr nicht zutrauen, aber in der Tat legt Hannah Arendt in ihrem Aufsatz „On Revolution“ ein eindeutiges Bekenntnis zum Rätegedanken ab, während sie die repräsentative Demokratie sehr kritisch sieht. Sie schaut dabei allerdings ausschließlich nach Westen: Nur dort ist die Revolution gut. Die Kommunalräte in Amerika gelten ihr als modellhaft. Sie denkt Räte im kommunalen Setting: Kristallisationspunkt sind die Kreise, dann kommen die Länder, schließlich bildet sich die Union der Vereinigten Staaten. Alle Befugnisse der Ebenen werden nicht top down, sondern bottom up vergeben.

Hannah Arendt zitiert Rosa Luxemburg, die gegen Lenin und Trotzki die parlamentarische Demokratie hochhält, da diese doch den Volkswillen abbilde. 1918 revidiert sie allerdings diese Einschätzung. Was ihr bisher als Demokratie galt, war ihr nun Lug und Trug. In einem Aufsatz „Räte-demokratie und Nationalversammlung“ bezieht sie konsequent räte-demokratische Positionen: Die ganze Macht müsse in die Hand der Arbeiter gelegt werden, Parlamente und Gemeinderäte seien durch Arbeiter- und Soldatenräte zu ersetzen, ein Zentralrat bzw. Vollzugsrat solle sich von unten her bilden. Gelten soll das Prinzip der Kommune.

Im Zusammenhang mit der Novemberrevolution muss auch der Politiker und Rätetheoretiker Richard Müller erwähnt werden. Wie Karl Liebknecht, dessen Gegenspieler er zugleich war, hatte er die Burgfriedenspolitik der Mehrheitssozialdemokratie bekämpft. Er war Mitbegründer der Revolutionären Obleute, eines Netzwerks, das sich insgeheim in Betrieben betätigte. Man bereitete sich auf die Stunde der Entscheidung vor. Die Obleute hatten eine größere Organisationsmacht als die Spartakisten. Liebknechts Kurs war dem USPD-Mitglied Müller zu riskant. Er fragte immer auch danach, bis wohin der Arbeiter, der bereits bedeutend mehr zu verlieren hatte als seine Ketten, bereit war mitzugehen. Müller wandte sich gegen jede parlamentarische Regierungsform und lehnte entsprechend eine Nationalversammlung ab, propagierte ein reines Räte-system, das jedoch einige Besonderheiten aufwies, die es sehr organisationsaufwendig erscheinen ließen. Das System ist streng nach Branchen, beginnend von der Urproduktion/Landwirtschaft bis zu freien Berufen durchgegliedert. An der Spitze soll ein Reichswirtschaftsrat stehen. Im Grunde wird hier der Gegensatz zwischen Staat und Ökonomie aufgehoben, dem Wirtschaftsrat wachsen staatliche Aufgaben zu. Das Konzept wird von den Mehrheitssozialdemokraten auf einem Kongress über die Aufgaben der Arbeiterräte im Juni 1919 abgeschmettert.

## 3. Der Räteimpuls in der Bewegung für soziale Dreigliederung 1919

Bereits im November/Dezember 1918 gibt es Räteimpulse in Stuttgart, ihre Träger sind der undogmatische Marxist August Thalheimer und der junge Druckerlehrling Friedrich Rück, beide Führer der Stuttgarter Spartakusgruppe. Sie versuchen beide u.a., die Zeppelinarbeiter in Friedrichshafen zu mobilisieren, und werden verhaftet. Das Führungsvakuum nutzen die Mehrheitssozialdemokraten, die an der Schaffung einer parlamentarischen Demokratie arbeiten, um die Initiative zu ergreifen. Schließlich wird ein Kabinett aus SPD und USPD gebildet, Thalheimer wird das Amt des Finanzministers angeboten, er lehnt ab. Ministerpräsident wird am 9. November 1918 Wilhelm Blos (SPD).

Erst einige Monate später kommt Rudolf Steiner ins Spiel. Der Dreigliederungs-Aufruf wird veröffentlicht – in dem nicht direkt von Räten, sondern von „voller Selbstverwaltung“ die Rede ist. Es beginnt

die Kampagne, in die R. Steiner am 20. April selbst eingreift. Ein Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus wird gegründet, am 28. April erscheint Steiners Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“. Die Stuttgarter Aktivitäten stehen in einem größeren Kontext: Am 7.4.1919 wird die Münchner Räterepublik ausgerufen, sie wird nach 4 Wochen blutig niedergeschlagen. Ähnlich erging es der bereits am 10. Januar 1919 errichteten Bremer Räterepublik. Bela Kuns im März 1919 begründete ungarische Räterepublik bestand bis August.

Steiner war sicher kein in der Wolle gefärbter Rätedemokrat. 1917 in den von ihm verfassten Memoranden ist noch von drei Parlamenten die Rede: Kulturparlament, politisches Parlament und Wirtschaftsparlament, ehe diese sich dann später in Räte wandeln. Was sich durchzieht, ist der Selbstverwaltungsgedanke, der der einzelnen menschlichen Individualität den für ihre Entwicklung notwendigen Verantwortungs- und Gestaltungsraum schaffen soll. Das kann aber nur gelingen, wenn an die Stelle der Vermachtung der sozialen Verhältnisse ihre funktionale Gliederung tritt.

Steiner hatte einige Jahre lang an der von Wilhelm Liebknecht begründeten Berliner Arbeiterbildungsschule mitgewirkt. Er war dort ein ideologischer Außenseiter und Abweichler, der, obwohl er bei vielen seiner Hörer beliebt gewesen sein muss, schließlich von den führenden Ideologen verdrängt wurde. Der Rätetheoretiker Anton Pannekoek lehrte dort ebenfalls, zu einem Austausch scheint es jedoch nicht gekommen zu sein. Mit seiner Kollegin Rosa Luxemburg ist Steiner einmal zusammen aufgetreten. Er erinnert sich daran 1919 in einer Rede vor den Arbeitern der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik, zu ihrer Ermordung ist keine Äußerung von ihm überliefert. Sein Verständnis für die Lage der Arbeiter war gewiss echt, er selbst ging indes erst den Weg eines „individualistischen Anarchisten“. Er bewunderte Max Stirner, mit dessen Propagandisten John Henry Mackay er befreundet war. Mit Steiners theosophischem Engagement endete die Beziehung. Der später in der Münchner Räterepublik beteiligte und in der Haft ermordete kommunistische Anarchist Gustav Landauer griff Mackay als bürgerlichen Anarchisten und Individualisten an. Steiner stand damals auf der Seite Mackays.

1898 schreibt Steiner zwei kleine Aufsätze im Magazin für Literatur: „Freiheit und Gesellschaft“ und „Die soziale Frage“. In seiner Autobiografie „Mein Lebensgang“ bemerkt Steiner, er habe damals in der Gefahr gestanden, dass sein Freiheitsimpuls von der esoterischen in eine rein exoterische Sphäre umgebogen würde. Gleichzeitig enthalten diese Aufsätze nie dementierte Kernaussagen (Geschichte als Emanzipation von der Herrschaft der „Verbände“ und Individualisierungsprozess, wodurch sich das Verhältnis von Einzelnem und Gemeinschaft/Staat umkehrt und dem Staat – der nicht völlig abgeschafft werden soll – eine neue Rolle zuwächst. Zum Wirtschaftsleben positioniert sich Steiner erst in Aufsätzen über das „soziale Hauptgesetz“ 1905/1906.

Steiner sah die Rätebewegung nicht bloß pragmatisch, sondern als Potential, als etwas Essentielles.

Im Rätegedanken entdeckt er das Emanzipatorische, das Aufklärerische, die Möglichkeit, aus individueller Verantwortlichkeit sozial zu wirken. Es ging ihm, wie bereits angedeutet, darum, die funktionale Differenzierung der Gesellschaft umzusetzen. Dieser Versuch musste konsequenterweise die Dreigliederung der Rätebewegung einschließen. Diese müsse je nachdem, um welches soziale Subsystem es sich handelt, eine jeweils spezifische Färbung annehmen. Im Wirtschaftsleben müsse sie dessen assoziative Gestaltung bewirken (kooperative Assoziation).

Assoziationen gibt es seit dem Mittelalter. Sie wurden damals sehr klein gedacht, z.B. als Gewerke von Bergleuten oder Menschen aus anderen Berufsgruppen, die nur 10-15 Personen umfassen mussten. Steiner nimmt diesen Begriff auf und dehnt ihn über die ganze Welt aus, in der die Menschen in der neueren Zeit arbeitsteilig kooperieren. Assoziationen gliedern sich wieder in die Betriebsräte als betriebliche und überbetriebliche Vertreter des produzierenden Gewerbes, regional und, R. Müllers Konzept vergleichbar, nach Branchen. Verkehrsräte sollen für den Handel als vermittelndes Glied zuständig sein, Konsumentenräte sollen bedarfsermittelnd und als Partner in der Preisgestaltung tätig sein.

Steiner denkt die Betriebsräte als Selbstverwaltungsorgane: Als solche überwinden sie den Dualismus zwischen Betriebsrat und Unternehmer, die Neutralisierung des Kapitals ist dafür die objektive Grundlage. Emil Molt, Leiter der Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik, war regelrecht stolz darauf, zum Betriebsrat gewählt zu werden. Das steht im Gegensatz sowohl zum mehrheitssozialdemokratischen Betriebsratsmodell – das den Klassengegensatz voraussetzt und ihn abzumildern versucht, als auch zu kommunistischen Rätegedanken, bei denen im Mittelpunkt steht, erst einmal die Unternehmer zum Teufel zu jagen.

Es braucht nach Steiner im Übrigen kein Gesetz, das erst erlauben muss, Betriebs- und Verkehrsräte zu bilden. Man bildet sie einfach, die Beteiligten legitimieren sie selbst, sie wählen ihre Betriebsräte selbst. Darüber kann keine Regierung hinweggehen, es wirkt die normative Kraft des Faktischen. Die Weimarer Reichsverfassung kam ja auch erst im August und hätte die neuen Realitäten – es sollte auch ein Kulturrat gebildet werden – berücksichtigen müssen. Wenn man bedenkt, wie wenige Menschen – von 12 Betriebsräten ist die Rede – das machen sollen, versteht man die Zaghaftigkeit, mit der viele Beteiligte an die Sache herangingen. Es gab nicht einmal ein betriebliches Netzwerk von Obleuten im Stil Richard Müllers. Die Aufgabe der Kapitalneutralisierung schien vielen zu riesenhaft. So endete die Sache schon im Juni sang- und klanglos.

#### 4. Exkurs: Hugo Sinzheimer, Austromarxismus, Polanyi

Der berühmte sozialdemokratische Sozialpolitiker Hugo Sinzheimer steht für das Gegenbild der Be-



etriebsräte als Organen einer bottom-up-Selbstverwaltung. Paradox erscheint, dass er den Steinerschen Dreigliederungsaufbau unterschreibt, jedoch letztlich bei der institutionellen Abbildung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit und gerade nicht bei seiner Überwindung landet. Dafür allerdings setzen sich seine Vorschläge in ihrer Grundrichtung teilweise langfristig durch, z.B. im bundesdeutschen Betriebsverfassungsgesetz und in der Montanmitbestimmung mit dem Setting Kapitalvertreter, Arbeitervertreter, Arbeitsdirektor. Sinzheimer will die Interessen der Arbeiter durch besondere Organe, Arbeiterräte, gewahrt wissen. Den Gegensatz von Kapital und Arbeit sieht er allerdings nicht absolut, beide wollen produzieren. Für die Organisation der Produktion braucht es deshalb wieder eigene Organe: Wirtschaftsräte. Die Räte werden top-down durch Gesetz gebildet. Das Ergebnis ist eine gewisse Mitbestimmung, die durchaus einen Fortschritt, wenn auch nicht der Weisheit letzten Schluss darstellt. Es entsteht hier die Frage, ob solche Formen entgegen dem sog. Biedenkopf-Gutachten auf weitere Bereiche der Wirtschaft ausgeweitet werden können bzw. ob an solche Formen auf dem Weg zur Selbstverwaltung angeknüpft werden kann und ob diese weiterentwickelt werden können. Immerhin hat die Montanmitbestimmung nicht schlecht funktioniert, auch wenn sie in der Krise überfordert war.

Nachdem wir die Hauptkombatanten eingekreist haben, wollen wir doch noch einen Blick auf einen Beitrag des Austromarxisten und Sozialdemokraten Otto Bauer und den Beitrag des Ökonomen Karl Polanyi zu unserer Debatte werfen. Bauer arbeitet sich an der Frage ab, ob und wie man repräsentative Demokratie und Räte Demokratie verbinden kann. Diese Frage ist gerade heute wieder angesichts der Krise der politischen Systeme höchst aktuell. Bauer denkt die Lösung des Problems in funktionaler Gliederung. Das Parlament soll nicht abgeschafft, sondern durch bottom-up gebildete Räte korrigiert bzw. ergänzt werden. Nach dem ersten Weltkrieg war aus dem riesigen Habsburger Reich ein Österreich mit nur 5 Millionen Einwohnern geworden. Das Land spaltete sich in ein ländliches strukturkonservatives Österreich und die politisch rote Millionenstadt Wien, in der 60-70 % der Bürger lebten. Ideen wie die skizzierten blieben Papier. Statt der Transformation in eine funktionale Demokratie kommt die Transformation in eine funktionale Oligarchie.

Der Ökonom und Soziologe Karl Polanyi war ein Vordenker der großen und gründlichen Transformation; er setzte sich in Wien mit dem aufkommenden Neoliberalismus auseinander. Polanyis Ausgangspunkt war die österreichische Schule der Nationalökonomie. Deren Exponenten Ludwig von Mises und Friedrich August Hayek saßen in der Handelskammer, der heutigen Wirtschaftskammer. Die Demonstrationen der Arbeiter mit zigtausenden Teilnehmern beunruhigten sie. Von Mises erklärt, die geistige Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialismus annehmen zu wollen. Er schreibt einen Artikel darüber, warum der Sozialismus nicht funktionieren könne: Weil er den Markt ausschaltete. Polanyi nimmt den Fehdehandschuh auf und argu-

mentiert, ein derartiger Markt begriff sei mit Freiheit unvereinbar. Von Mises fordere Freiheit, aber wolle sie nicht leben. Mit Freiheit vereinbar sei nur eine Assoziierung, auf Gemeindeebene beginnend. Die soziale Frage sei mehr als eine Broitfrage, selbst mehr als eine Gerechtigkeitsfrage. Man dürfe nicht zurückschrecken vor einem endgültigen Programm der Emanzipation. Die Verwarenformung von Boden, Arbeit und Kapital sei das Erzübel, das zu beseitigen sei.

## 5. Jugoslawisches Arbeiterselbstverwaltungsmodell, weitere Perspektiven

Im Nachgang sei noch ein Ansatz geschildert – den Prager Frühling klammern wir aus Zeitgründen aus –, den viele für gut und nachahmenswert hielten: das jugoslawische Modell, dem man allerdings ein besseres Ende gewünscht hätte. In Jugoslawien hat man vieles richtig und vieles falsch gemacht. Im Grunde war es bestimmt durch einen „Rätegedanken von oben“. Man trennte die Organe der Arbeiterselbstverwaltung, die Arbeiterräte, von den Exekutivorganen im Betrieb, dachte damit im Grunde staatlich und nicht wirtschaftlich. Eine top-down-Kaskadierung von der Direktorenebene führte dazu, dass die Direktorien, in denen die Leute mit den besten Fachkenntnissen saßen, dadurch einen riesigen Informationsvorsprung vor den Belegschaften hatten. Eigentümer der Betriebe war zwar nicht der Staat wie in anderen sozialistischen Ländern, sondern die Gesellschaft. Das führte aber wiederum zu Verantwortungsdiffusion. Die Frage, wer die konkrete Verantwortung für die jeweiligen Investitionen trägt, ist unumgebar. Es ist ein reales Problem, das sich nicht wegdefinieren lässt. Das Kapital neutralisieren heißt eben durchaus auch, zu sagen, wer welche Rechte an den Produktionsmitteln hat. Eine reale überbetriebliche Ebene der Zusammenarbeit fehlte. Ein etwas nebulöser „sozialistischer Markt“ sollte es richten. Der bis in die 50er Jahre wirksame Idealismus half noch beim Zusammenhalt der Gesellschaft. Nachdem dieser sich mehr oder weniger erschöpft hatte, griff das klassische Allmen-de-Problem der Überweidung.

Wie kann die Freisetzung von Arbeitern vermieden werden? Wer bestimmt, was vom Ertrag Investition und was konsumierbares Einkommen wird? Solche Fragen waren unter den genannten Bedingungen schwer zu beantworten. Die Verlockung zum Gruppenegoismus war sehr hoch, große zwischenbetriebliche Einkommensunterschiede bildeten sich – auch Unterschiede zwischen den Branchen und vor allem auch zwischen den Teilrepubliken bzw. Regionen, was eine der Kriegsursachen der Jugoslawienkriege der 2. Jahrhunderthälfte war. Vorurteile hatten sich gebildet: Serben sind faul, Kroaten fleißig, obwohl das Produktivitätsgefälle vor allem damit zusammenhing, dass in der serbischen Wirtschaft der Anteil der Urproduktion stärker war.

Bedeutet die Niederlagen von Räteinitiativen, dass schlicht alles gescheitert ist? Das ist so nicht richtig.

Denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen Transformationsaufgaben, deren Bearbeitung unauf-schiebbar ist und für die wir auf die Vergangenheit aufbauen und aus ihr lernen können, dies auch aus der hier sonst weitgehend ausgeklammerten Genos-senschaftsbewegung. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir uns den Transformationsaufgaben widmen? Diese Aufgaben anzugehen, heißt nicht zuletzt, in allen Fragen dem Subjekt zu seinem Recht zu verhelfen.

### André Bleicher,

geb. 1963; Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie, Gründungsmitglied des Lorenz Oken Instituts, Herrischried, und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, dessen Vorstandsmitglied er seit 2015 ist. Tätigkeit als Organisations- und Kooperationsentwickler in Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BTU Cottbus und der Universität Leipzig, Gastprofessor für Comparative Institutionalism an der Universität Lumière II Lyon, Professor für Business Development and Economics an der FH Salzburg, seit 2012 an der Hochschule Biberach, seit 2017 dort Rektor.

# Verschwörungen

**Karl-Dieter Bodack / Markus Hornik**

## Ein Beispiel

**M**it „Verschwörungstheorien“ sind hier nicht Recherchen gemeint, die Hintergründe von Ereignissen beleuchten oder auch spirituelle Quellen erforschen, sondern Behauptungen oder Vermutungen von Ursachen, die nicht durch real nachweisbare Fakten gedeckt sind. Werden Ursachen und Hintergründe anhand von Zeitzeugen, Dokumenten und Fakten beleuchtet, eröffnet dies Raum für Korrekturen, Gespräche und wirklichkeitsgestützte Wertungen (1). Ganz anders wirken Vermutungen auf Basis ungeklärter Fakten, vor allem dann, wenn das Wirken von Mächten vermutet wird, deren Macht und Kraft unbezwingbar erscheinen: In der Süddeutschen Zeitung erfährt der Leser am 5. 5. 2020: „Die Corona des Unsinn – Verschwörungstheorien befeuern die ‚Hygiene-Demos.‘“

Das Ereignis, über das wir am häufigsten Verschwörungsbereiche erfahren, sei als Beispiel hier so dargestellt: Den Einsturz der beiden Türme des World-Tra-

de-Centers in New York erklären Brandexperten dadurch, dass brennende Aluminiumlegierungen in die Stockwerke unter dem Einschlag flossen und das Wasser der automatischen Sprinkleranlagen in H<sub>2</sub> und O (Knallgas) spalteten: Die beiden Gase explodierten, Druckwellen führten zum Bruch einiger nahegelegener Stahlstützen (2). Die Massen der darüber befindlichen Stockwerke stürzten dann auf die Gebäudeteile darunter: Durch die Wucht des Aufpralls brachen Stahlstützen in unteren Stockwerken, dort, wo die ohnehin hohe statische Last durch den Aufprall schlagartig erhöht wurde.

Eine solche Ursache wird jeder Feuerwehrexperte anhand der in Bildfolgen dokumentierten Abläufe nachvollziehen können: Ist doch allen Feuerweh-ren das Löschen von Metallbränden mit Wasser wegen der Knallgasbildung untersagt! Erläutert man diese Sachverhalte, so erlebt man, dass der Verschwörungsglaube quasi erlischt. Werden Verschwörungssachverhalte einfach deshalb erfunden, um Nichtwissen zu beseitigen, um das Verlangen nach Erklärbarkeit von Ereignissen zu befriedigen? Es verbleibt dabei die Frage, welche Ursache das dritte Gebäude neben den genannten Türmen ein-stürzen ließ.

## Verschwörungsdenken und dessen Folgen

Nichtwissen und Wissensverlangen führen zum Verdacht, dass in diesem Fall in den unteren Stockwerken der beiden World-Trade-Center-Türme Sprengladungen angebracht waren, die kurz nach Einschlag der Flugzeuge in die beiden Türme gezündet wurden. Es müssten dazu offensichtlich Handwerker, professionelle Sprengstoffexperten, zuvor die Ladungen angebracht haben, jemand muss beauftragt und ermächtigt worden sein, die Zündung durchzuführen. Im konkreten Fall kamen etwa 3000 Menschen durch den Einsturz ums Leben: Wer bereitet den Mord an tausenden Menschen vor, wer führt ihn aus? Welche Motive, welche Ziele hatten diese Menschen? Wie konnten sie dies geheim halten, bei der Bauabnahme oder später... wo doch täglich tausende Menschen sich in den Gebäuden bewegten, Techniker und Handwerker alle möglichen Reparaturen ausführten... alles mit dem Risiko, dass Sprengladungen entdeckt werden und deren Installateure der Todesstrafe anheimfallen! Daraus folgern die Promoter, dass es machtvolle Institutionen gibt, die Menschen ermorden oder gar die Menschheit ausrotten wollen...

Durch derartige Vermutungen und Verdächtigungen entsteht offensichtlich eine unterschwellig fundierte Angst vor „dunklen Mächten“, Vereinigungen und Organisationen, die sich zum Schaden, ja zu Massenmord an Unschuldigen verabreden. Mit solchem Misstrauen und solcher Angst tauchen auch hinter anderen, auch alltäglichen Ereignissen, die der Betroffene (noch) nicht versteht, irrationale Absichten von Gruppen auf, die sich zum Leid Unschuldiger verschworen haben: Arzneimittel werden dann zu Verschwörungen zur Ausbeutung der Krankenkassen, die Entwicklung von Impfstoffen zu Kampagnen für Impfwang, Hochschulen werden zu Instituten

staatlicher Indoktrination, gesetzliche Verbote zu willkürlicher Machtausübung der Regierenden... In jedem sozialen Geschehen lassen sich schließlich Verschwörungen vermuten oder sogar entdecken, in denen sich Menschen dazu verabreden, Andere zu schädigen oder zu töten.

Die Folgen für das soziale Leben sind brachial: Denke ich bei allem, was ich erfahre, daran, wer sich mit wem hinter den Kulissen gegen mich und Andere verschworen haben könnte, schwindet in mir schließlich jedes Vertrauen in mein soziales Umfeld. Mehr noch: Ich verweigere Anderen die Wertschätzung, schaffe Verdächtigungen und schließlich Unrecht gegenüber Anderen, die in vielen Fällen das Gute wollen, sich engagieren und die sich durch meine Haltung missachtet oder diffamiert erleben. Dies sollte Anlass sein, die tieferen Ursachen der doch weit verbreiteten Bestrebungen nach Verschwörungserklärungen zu suchen, spiegeln sie doch ein gesellschaftliches Phänomen, dessen Ursachen erforscht werden sollten. Vielleicht können die folgenden Fragen zu Erkenntnissen führen.

### Erkenntnis verborgener Hintergründe

Woher kommt die Anfälligkeit, die Suche vieler nach „Verschwörungstheorien“? Gegenstand und Auslöser sind ja meist Großereignisse oder weit verbreitete Problemfelder: Unfälle, epidemische Ausbreitung von Krankheiten, weltweites Wachstum von Armut und materieller Not, Flüchtlingsströme..., Ereignisse, in denen weitreichende materielle Wirkungen erlebbar sind. Verständlich, dass jeder bemüht ist, sie zu verstehen. Da erscheint es naheliegend, Erklärung, Halt und Hilfe in „plausiblen“ Vermutungen zu finden, die dann zu Verdächtigungen werden und sich in Gesprächen mit Gleichgesinnten zu Gewissheiten und Überzeugungen verdichten: Gigantische Geschehnisse fordern Erklärungen – sind Fakten zu kompliziert oder fehlen Informationen, so entstehen Verschwörungstheorien, die dann Risiken von Lügen, ungerechtfertigten Verdächtigungen und Diffamierungen Anderer verursachen (3).

Im Weiteren wird dann erlebt, dass angesichts solcher mächtiger, krimineller, oft weltweiter Verschwörungen jedes eigene Engagement sinnlos oder sogar lebensgefährlich wird – eigenes Nichtstun wird damit begründet! Können oder müssen die aufgeworfenen Fragen wenigstens in manchen Fällen mit Ja beantwortet werden, dann muss eine elementare Gefahr hinter dem Verschwörungsdenken erkannt werden: Das Wirkensfeld guter Mächte gerät aus dem Blickfeld, ja aus der Lebensrealität der Betroffenen! Ist man von Kraft und Wirken solcher Mächte gerade in unserer Zeit überzeugt, so entdeckt man in schlimmsten Mischen immer Menschen, die da informieren, Mitstreiter suchen und finden, mutig helfen: Indem man dieses Wirken nicht wahrnimmt, nicht würdigt und ignoriert, verdrängt man in unseren Augen letztlich Christi Wirken aus dem Geschehen. Denn es kann und wird ja nur wirksam, wenn man selbst solches Wirken ersehnt und durch eigenes Tun weckt!

### Verschwörungsdenken oder Gutgläubigkeit?

Damit stehen wir im Spannungsfeld zwischen Verschwörungsdenken mannigfaltigster Art einerseits und Gutgläubigkeit gegenüber staatlichen Institutionen und öffentlich-rechtlichen Medien andererseits. Beide Einstellungen führen im Extrem dazu, eigenes gesellschaftliches Nichtstun zu rechtfertigen, beide erzeugen gleichermaßen gesellschaftliche Ohnmacht, die Weiterentwicklungen verhindern und die Betroffenen in eine resignierte oder wütende Abseitsstellung bringen kann. Wie ist da eine ausgleichende Mitte zwischen solchen Extremen zu gewinnen?

Wahrheiten, die alle – unabhängig von ihrem Standpunkt – erkennen können, sind in der Mathematik und der Geometrie zu finden. Im sozialen, im politischen, (im religiösen) Leben herrschen voneinander verschiedene Sichtweisen: Allgemein gültige Wahrheiten, die jeder anerkennt, werden in der Regel nicht gefunden. Eine große Mehrheit wird jedoch die „allgemeinen Menschenrechte“ und die Ideale „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ für gut und notwendig erachten, weil sie für ein soziales Zusammenleben unabdingbar erscheinen.

Wie weit sind diese drei Ideale in der Lebenspraxis realisiert? – Zu dieser Frage werden ganz verschiedene Einschätzungen erfolgen. In Kritiken, in der Darstellung von Defiziten, kann des Öfteren erlebt werden, dass Kritiker ihre eigenen Unzulänglichkeiten auf Andere projizieren, statt sich selbst zu erforschen und Selbstentwicklung zu versuchen.

Kommen dann noch Gestaltungsschritte ins Gespräch, wie beispielsweise die „Dreigliederung des Sozialen Organismus“ mit einer Zuordnung der drei Ideale der Französischen Revolution zu bestimmten Gesellschaftsgebieten, wird eine noch höhere Ebene der Differenzen erreicht: Ist es doch schwer, mit Wertschätzung Anderen in ihren Ideen zu folgen, weil jeder selbst zu wissen glaubt, was nützt. Darin wirken Kräfte der Selbst(über)schätzung, die „Geltungsbewusstsein“, schließlich sogar „Geltungssucht“ veranlassen können.

So schwer es uns im sozialen Kontext fällt, allgemein gültige Wahrheiten im sozialen, im politischen Leben zu erfassen, so schwer fällt es, uns einer Lüge in einer Verschwörungstheorie zu erwehren. Der Begriff „Theorie“ beschreibt in Wissenschaften Sachverhalte, die methodisch durch Fakten bestätigt oder widerlegt werden können. Kommen solche „Theorien“ deshalb auf, weil Fakten fehlen, ist dieser Begriff hier unzutreffend. Daher werden derart bezeichnete Berichte oft als „Verschwörungsmythen“ bezeichnet. Dies wertet jedoch klassische Mythen ab, weil diese oft aus esoterischer Einsicht gewonnen wurden und in Bildern auf reale Ereignisse hinweisen. Ehrlicher und mutiger wäre es in vielen Fällen, Verschwörungsgeschichten als Lügen zu bezeichnen – allerdings mit dem Preis, dass damit das Gespräch darüber meistens beendet ist.

Eine Lüge zu widerlegen, eine Wahrheit zu begründen, beides braucht Zeit, Gespräche, um aus verschiedenen Sichtweisen auf Ereignisse zu blicken.

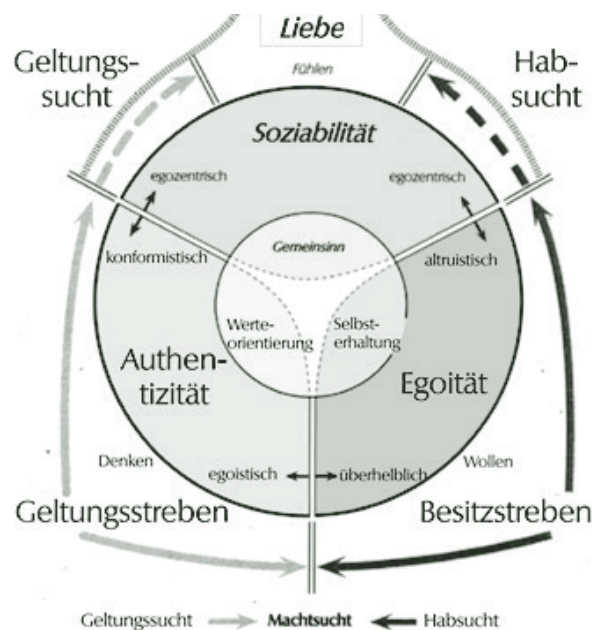
Zeit, ein Gut, das kein Mensch zu haben glaubt – außer wir nehmen uns dieses Geschenk aktiv. Und so sind die Menschen schnell gegeneinander aufgebracht in Befürworter und Gegner einer These oder eines Weges in die Zukunft. Und nun? Auf den eigenen Standpunkt verzichten? Nein, sicher nicht! Gespräche kommen dann voran, wenn ich den Anderen wertschätze, seine Sichtweise miterlebe und aufnehme. Dann wird er auch meine Sichtweise nachvollziehen können. In solchen Gesprächsmomenten kann man – oft in Sekunden der Stille – etwas wie ein Walten guter Mächte<sup>1</sup> über allen Engagierten erleben, die diese verbinden und schließlich zum gemeinschaftlichen Tun Kraft schenken.

### Aktuelles Zeitgeschehen

Werfen wir einen Blick auf aktuelles Entwicklungsgeschehen vor dem Corona-Einbruch: Seit Anfang des neuen Jahrtausends häufen sich zerstörerisch wirkenden Großprojekte, denen wir uns ausgeliefert sehen und deren Hintergründe erkannt werden sollten: Die Welteroberung des Automarktes durch Betrug bei den Diesel-Abgaswerten, der Zusammenschluss von Bayer und Monsanto zum allergrößten Chemiegiganten, die weltumspannende Spekulationsmarktexpansion der Deutschen Bank, die Milliarden Euro kostende Expansion der Deutschen Bahn in die ganze Welt, das Großprojekt „Stuttgart 21“, in dem der Bau eines einzigen Bahnhofs 10 Tausend Millionen Euro verschlingt (4). Kennzeichen aller dieser Vorhaben sind gigantische Pläne, die mit ungeheuren Finanzmitteln realisiert und durch Propagandakampagnen gegen alle Widerstände „durchgesetzt“ werden. Erst später, wenn alle Maßnahmen laufen, wird dann erkannt, dass die zunächst begeistert gefeierten Pläne existenzgefährdende Risiken für die Promoter schaffen und Betroffenen, ja der Volkswirtschaft, schaden (5)!

Die oben stehende Grafik soll die drei Dimensionen des Ich/Selbst veranschaulichen, die wir als Soziabilität, Authentizität und Egoität bezeichnen können (3). Die Polarität von Geltungs- und Besitzstreben lernen wir aus der Beobachtung von Anderen und uns kennen. So lange eine dieser beiden Strebensrichtungen nur zu Lasten der anderen in der Persönlichkeitsstruktur expandiert, bleibt das Wirkensfeld der Liebe unangetastet. Expandieren durch Geltungssucht und Habsucht beide, dann wird die „Soziabilität“ dezimiert, mit der Folge, dass damit die Einflussosphäre der Liebe reduziert wird (3) (6). In der Anthroposophie, der nicht wenige der Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift nahestehen, werden die skizzierten Phänomene wesenhaft-konkret gefasst und mit Namen belegt. Liebe ist die Sphäre von Christi Wirken.<sup>2</sup> In Geltungstreben äußert sich „Luzifer“, in Besitzstreben „Ahriman“.

Betrachtet man die Sache einmal so, dann kann man fragen: Liegt bei den zuvor geschilderten gesellschaftlichen Fehlentwicklungen vielleicht ein überstarkes, unerkanntes gemeinsames Wirken Ahri-



mans – in den gigantischen materiellen Ausmaßen – und Luzifers in der verborgenen oder offenen unzutreffenden Propaganda vor? Rudolf Steiner hat mehrfach darauf hingewiesen, welche negativen Folgen eintreten können, wenn den beiden „Widersachern“ Ahriman und Luzifer gemeinsames Wirken ermöglicht wird. Schafft die Symbiose der an sich völlig konträr orientierten Akteure nicht offenbar ein Machtwirken, das alles bisher Gewohnte übertrifft? In der Persönlichkeitsstruktur des Menschen, auf der Ebene des Ich/Selbst, verbinden sich Geltungssucht – das Wirken Luzifers – mit ahrimanischem Gewinn-Besitzverlangen zur vielfältig auftretenden Machtsucht (6). Diese führt zum „Verbrennen“ ungeheurer Mengen menschlicher Arbeit – ablesbar in Geldströmen – ohne entsprechenden Nutzen für die Allgemeinheit: Sinn und Nutzen stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ressourcenverbrauch, zu Kosten und Schäden, vor allem auch derjenigen in der Umwelt.

### Eine reale Verschwörung

In diesem symbiotischen Zusammenspiel „luziferischer“ und „ahrimanischer“ Charaktere gibt es tatsächlich reale Verschwörungen, illegitime Aktionen, mit denen Andere hintergangen werden: Sie müssen tatsächlich aufgedeckt und geahndet werden. Als Beispiel sei hier das Agieren des ehemaligen Bundesverkehrsministers im Zuge des Großprojekts „Stuttgart 21“ dargestellt: Im Verlauf eines entscheidenden Gerichtsverfahrens<sup>3</sup> gegen „Stuttgart 21“ bewegte den Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die Sorge, die Bundesregierung könnte in letzter Instanz verlieren. Er ersann eine Gesetzesänderung, damit die Klage hinfällig werden würde. In ministeriellen Beratungen wurde klar erkannt, dass dafür keine Mehrheit im Bundestag zu erreichen sein würde. Zuvor hatten für eine von den Ländern gewünschte Ergänzung im betreffenden Gesetz alle Fraktionen zugestimmt, sie ohne Aussprache im Plenum zu beschließen. Dies nutzte der Verkehrsminister dazu, seine brachiale

<sup>1</sup> In der Anthroposophie werden diese Mächte als Engelwesen gesehen, die als Geister einer jeweiligen Gemeinschaft wirken wollen...  
<sup>2</sup> Christus steht ein Erzengelwesen, Michael genannt, zur Seite.

<sup>3</sup> 3 Kläger war die „Stuttgarter Netz AG.“, die den bereits verkauften Kopfbahnhof Stuttgarts, übernehmen und weiter betreiben wollte. Einer der Verfasser wirkte als Aufsichtsrat dieser AG mit.

Änderung in die Gesetzesvorlage einzuschreiben, ohne die Fraktionen des Bundestags darüber zu informieren. Ein Vertrauter des Ministeriums empörte sich darüber, informierte K.D. Bodack und mailte ihm die „geheime“ Gesetzesänderung zu. Dieser bot die Geschichte exklusiv dem Berliner Korrespondenten der Stuttgarter Zeitung an unter der Bedingung, dass er sie auf die Titelseite bringt. Das schaffte er, verursachte einen wirklichen Skandal im Berliner Parlamentsgeschehen, die Gesetzesänderung unterblieb (7). Die Klägerin, die Stuttgart Netz AG, verlor trotzdem in letzter Instanz, dies allerdings begründet durch die spezifischen Interpretationen des gegebenen Gesetzes.

Mit diesem Beispiel möchten wir zeigen, dass es mutige Zeitgenossen gibt, die, wenn sie von Betrügereien, Manipulationen, ... Steuerhinterziehungen erfahren, dies Anderen, z.B. Journalisten, mitteilen. Unter ihnen gibt es solche, die dann recherchieren und sich Zeugen und Dokumente verschaffen, die es ermöglichen, illegale Absprachen und gesetzeswidriges Verhalten zu publizieren. Die Steuerhinterziehungen über Panama, die Cum-Ex-Geschäfte, mit denen die Bundesrepublik um Milliarden Euro betrogen wurde, die Geldflüsse in der FIFA, die Abgasmanipulationen der deutschen Autokonzerne ... dies alles deckten Journalisten mit Recherchen auf. Sie schafften dies so, dass die Betroffenen dank Daten und Fakten entlarvt wurden, dass dann auch Gerichte die aufgedeckten Sachverhalte zu Anklagen nutzten. Damit wird Vertrauen in das allgemeine soziale Geschehen gebracht, die Zuversicht, dass diejenigen, die unserem Gemeinwesen Schaden zufügen, erkannt und ggf. auch bestraft werden.

-----

(1) Als Beispiel sei hier genannt: Karl-Dieter Bodack: Esoterische Grundlagen des „Bauhauses“ initiieren neue Gestaltungsweisen in der Architektur. Mensch+Architektur, Heft 83/84, Berlin, 2014.

(2) [www.presetext.com/news/20110922028](http://www.presetext.com/news/20110922028)  
[www.wochenblatt.de/deutschland-welt/artikel/21533/9-11/9/11](http://www.wochenblatt.de/deutschland-welt/artikel/21533/9-11/9/11) Was geschah am 11. September 2001, zdf Mediathek

(3) Karl-Dieter Bodack: Sich selbst entdecken - Andere verstehen, Schritte zu Selbstentwicklung und erfolgreicher Zusammenarbeit, 190 S., 8.Auflage, Aachen, 2016

(4) ders.: „Stuttgart 21“ – Babylonischer Turm unseres Gemeinwesens? Humane Wirtschaft, Heft 4, Wuppertal, 2015.

(5) ders.: Wer verursacht die aktuelle Krise? Humane Wirtschaft, 4, Wuppertal 2019.  
 Was verursacht die aktuelle Krise? Sozialimpulse Heft 2, Stuttgart, 2019

(6) ders.: Ein Leben mit Spuren - Als Anthroposoph bei der deutschen Bahn, 336 S., Frankfurt, 2019

(7) Thomas Wüpper: „Stuttgart 21: ‚Lex21‘ soll Projekt helfen“ Stuttgarter Zeitung, 9. 10. 2014

#### **Karl-Dieter Bodack,**

geb. 1938, Studium von Maschinenbau und BWL, Tätigkeit als Entwicklungsingenieur. Von 1970 bis 1995 Arbeit in führenden Positionen bei der Deutschen Bahn. Mitbegründer einer Gesellschaft für Fahrzeugausstattungen. Diese baute ältere D-Zug-Waggons mit neuem Design um: So entstanden die InterRegio-Wagen. Arbeit für das Design-Center der Deutschen Bundesbahn. Begründer eines interdisziplinären Studiengangs Design an der Hochschule Coburg, dort lange Professor für Design.

Scharfe Kritik an der ersatzlosen Abschaffung des InterRegio und die Versuche, die Bahn an die Börse zu bringen. Mitbegründer des Bündnisses „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ und einer der führenden Köpfe der Bewegung gegen Stuttgart 21. Teilnahme an der Schlichtung zu diesem Projekt.

Tätigkeit als Berater von Initiativen. Seit vielen Jahren engagiert für die Dreigliederung des sozialen Organismus, Mitwirkung in der Initiative Netzwerk Dreigliederung.

Zahlreiche Veröffentlichungen. Letztes Jahr erschien von ihm das Buch: Ein Leben mit Spuren. Als Anthroposoph bei der Deutschen Bahn. Info3 Verlag, Frankfurt am Main 2019

#### **Markus Hornik,**

geb. 1982, verheiratet, 1 Kind, ist 2018 Gründungsmitglied der „Partei für Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit“ und seitdem deren Bundessekretär. Dem politischen Engagement gingen Seminare und Vorträge zur „Dreigliederung des Sozialen Organismus“ voraus.

Er führt das Münchner Architekturbüro „plattformarchitekten“ und studierte nach dem Abitur und Zivildienst von 2002 bis 2008 Architektur an der FH Konstanz und der Alanuns-Hochschule für Kunst und Gesellschaft. Von 2014 bis 2016 ist er Stipendiat der Hans-Rudolf-Stiftung für sein Bauingenieurstudium an der TU München (ohne Abschluss).

Seit 2020 ist Markus Hornik im Regionalvorstand München der Samarita Solidargemeinschaft ehrenamtlich tätig.

#### **E-Mail der Verfasser:**

kdbodack@icloud.com  
 markus.hornik@partei-fuer-freiheit-gleichheit-bruederlichkeit.de

# Bedingungsloses Grundeinkommen gegen Corona?

## **Eine Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt (AWO) von Ragnar Hoenig**

Seit vielen Jahren wird kontrovers über ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Während die einen den Vorschlag als „radikal gerecht“ ansehen (Straubhaar, Radikal Gerecht, Hamburg 2017), meinen andere, er gleiche eher einem „besinnungslosen Grundeinkommen“ (Bäcker, Soziale Sicherheit 2017, S. 452, 459). Als Lösung in der Corona-Krise hat der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens neuen Auftrieb erhalten.

### **Corona verschärft Verteilungsprobleme**

Die Corona-Ausbrüche in der Fleischindustrie haben die Verteilungsprobleme in unserem Land schonungslos sichtbar gemacht. Niedriglohnbezieher\*innen tragen oft ein höheres Ansteckungsrisiko, weil sie in beengten Verhältnissen leben, bei der Arbeit viel Kontakt zu anderen Menschen haben und sich nicht ins sichere Homeoffice zurückziehen können. Zudem verschärft die Corona-Krise prekäre Lebenslagen, etwa wenn arme oder von Armut bedrohte Menschen durch Jobverlust Einkommenseinbußen erleiden, oder wenn Kinder dem Homeschooling wegen der räumlichen Verhältnisse oder technischen Ausrüstung nicht richtig folgen können.

### **UN-Studie: Temporäres Grundeinkommen**

In vielen anderen Ländern kommt ein weiteres Problem hinzu: Hier müssen arme Menschen selbst bei Ansteckungsverdacht arbeiten gehen, weil es keine sozialen Sicherungssysteme gibt, die Quarantäne-bedingte Einkommensverluste ausgleichen würden. Eine im Juli 2020 veröffentlichte Studie im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) schlägt daher ein temporäres Grundeinkommen vor. Ein solches „temporary basic income (TBI)“ müsse sich an Menschen richten, die am Rande des physischen Existenzminimums leben. Zugleich müsse es insoweit „bedingungslos“ sein, als von den Betroffenen keine besonderen Mitwirkungspflichten (z. B. Arbeitssuche) verlangt werden.

### **Petition zum Grundeinkommen im Bundestag**

Auch wenn Deutschland über ein gut ausgebautes Sozialsystem verfügt, wird das bedingungslose Grundeinkommen hierzulande ebenfalls als Lösung in der Corona-Krise diskutiert. So prüft etwa der Deutsche

Bundestag aktuell eine Petition, die sich für ein „kurzfristiges und zeitlich begrenztes bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland“ ausspricht und die von mehr als 170.000 Mitzeichner\*innen unterstützt wurde. Es sei Aufgabe der Regierung, so die Begründung der Petition, schnell dafür zu sorgen, dass alle Bürger\*innen weiterhin über ein existenzielles Einkommen verfügen – einfach und unbürokratisch, verlässlich und bedingungslos. Wer das Bedingungslose Grundeinkommen nicht in Anspruch nehmen möchte, könne das Geld zurückspenden.

### **Diskussionen in der AWO**

Auch in der AWO wurde und wird lebhaft über das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. Dabei ist deutlich geworden, dass die Vorschläge sehr unterschiedlich sind und dass es deshalb nicht „das“ bedingungslose Grundeinkommen gibt. Positiv an der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist, dass wichtige Impulse im Nachdenken über die Leistungsfähigkeit, Zugänglichkeit und Legitimation unseres Sozialstaates gegeben werden. Gleichwohl können viele Sicherungslücken, die der Grundeinkommensdiskurs zutage fördert, auch durch gezielte Anpassungsmaßnahmen im bewährten System der sozialen Sicherung geschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die Mindestsicherungssysteme, die so ausgestaltet und bemessen sein müssen, dass sie das menschenwürdige Existenzminimum einer jeden Person hierzulande stets in vollem Umfang und realitätsgerecht sicherstellt. Die Diskussionen in der AWO wurden in einem Argumentationspapier zusammengefasst, das zum Download zur Verfügung steht (s. unten).

### **Argumentationspapier**

Im Argumentationspapier der AWO zum bedingungslosen Grundeinkommen finden Sie auch weiterführende Literatur. Ebenfalls für Sie bereitgestellt haben wir den Link zu der UN-Studie über ein temporäres Grundeinkommen. Näheres zum Sachstand der oben genannten Petition (Petition 108191) finden Sie auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages.

Argumentationspapier der AWO zum bedingungslosen Grundeinkommen: [https://www.awo.de/sites/default/files/2020-07/BGE\\_PP\\_AWO-2020\\_1.pdf](https://www.awo.de/sites/default/files/2020-07/BGE_PP_AWO-2020_1.pdf)

UN-Studie: <https://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/transitions-series/temporary-basic-income-tbi-for-developing-countries.html>

**Kontakt:** Ragnar Hoenig, Leiter Abteilung Arbeit/ Soziales/Europa der AWO, [ragnar.hoenig@awo.org](mailto:ragnar.hoenig@awo.org), 23.7.2020.

## AWO fordert Kindergrundsicherung statt „Kinderbonus“- Einmalzahlung

Die Arbeiterwohlfahrt begrüßt den ab 7.9. ausbezahlten „Corona-Kinderbonus“ grundsätzlich. Dem Wohlfahrtsverband geht die Maßnahme aber nicht weit genug.

Dazu erklärt Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes:

Mit dem Kinderbonus werden Familien schnell und unbürokratisch unterstützt – das ist gut und richtig. Allerdings sind 300 Euro angesichts des Ausmaßes der Probleme für viele betroffene Familien ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen eine langfristige Lösung für die gesamte Dauer der Krise und die Zeit danach.

Die Pandemie hat die Herausforderungen, vor denen Familien stehen, nicht neu geschaffen, sondern sichtbar gemacht. Seit Jahren mahnen wir und andere Verbände an, dass jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut aufwächst. Diese Kinder und ihre Familien brauchen langfristige Sicherheiten und alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine auskömmliche finanzielle Grundlage, um gleiche Bildungs- und Teilhabechancen zu realisieren. Daher ist jetzt die Zeit, um eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung einzuführen.

Pressemitteilung der AWO vom 7.9.2020, <https://www.awo.org/awo-fordert-kindergrundsicherung-statt-kinderbonus-einmalzahlung>

## Grundeinkommen: Was sofort möglich ist

### Bausteine zu einer Reform der sozialen Sicherung VII

*Harald Spehl / Christoph Strawe*

#### Vorbemerkung

Der folgende Text ist im Zusammenhang mit der Arbeit im Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart am Thema „Soziale Sicherung im Spannungsfeld zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat“ entstanden, bei der es um Analysen und Vorschläge zu Grundeinkommen und Sozialsystemen ging. Nachdem eine ursprünglich geplante Buchpublikation nicht zustande kam, entschlossen wir uns, das vorhandene Material in Form von Bausteinen nach und nach in der Zeitschrift „Sozialimpulse“ zu publizieren. Für die Konzeption zeichnen jeweils beide Autoren verantwortlich, die Formulierungsarbeit wurde geteilt, die Endredaktion besorgte C. Strawe.

**Baustein I** erschien in Heft 2/2016. Hier ging es um die Einleitung in die Thematik und um **Grundfragen**.

**Baustein II** wurde in Heft 3/2016 publiziert. Es ging dabei um **Entwicklungsstand und Trends sozialer Sicherheit in Deutschland**.

**Baustein III** wurde in Heft 3/2017 abgedruckt. Thema waren **Ziele und Leitlinien für eine Reform der sozialen Sicherung**.

In **Baustein IV** im Heft 2/2018 wurde das Thema **Grundeinkommen** diskutiert.

In **Baustein V** (Heft 3/2018) ging es um das Verhältnis von **Grundeinkommen und Sozialsystemen**.

**Baustein VI** erschien in Heft 3/2019 und beschäftigt sich mit der **Finanzierungsfrage der sozialen Sicherung**.

Mit dem hier abgedruckten **Baustein VII** (Womit beginnen? Akteure und Strategien der Veränderung, Vorschlag eines Kindergrundeinkommens) schließt die Textserie ab.

Es folgt ein **Verzeichnis** der bei der gesamten Artikelserie verwendeten **Literatur**.

# 1. Akteure und Strategien der Veränderung

Es ist naheliegend, dass viele Menschen der Auffassung sind, die Politik sei der entscheidende Akteur einer möglichen Veränderung zum Besseren. Im politischen Raum kommt es zur Gesetzgebung, hier werden Regierungsentscheidungen gefällt. Ist es da nicht naheliegend, den Versuch zu machen, grundlegende Reformvorschläge zunächst an die Politik heranzutragen, d.h. bei Parteien und Regierungen Lobbyarbeit zu machen?

Wir schließen uns hier der Auffassung von Götz W. Werner an, der stets betonte, es sei von zentraler Bedeutung, die Öffentlichkeit für all diese Reformen zu gewinnen. Ist ein Thema erst einmal im öffentlichen Diskurs angekommen, werde die Politik schon nachziehen. Denn diese schaue auf Mehrheitsstimmen, da sie auf Wahlergebnisse orientiert sei. Dass eine entsprechende Mehrheitsstimmung sich bei der Möglichkeit des Volksentscheids auf Bundesebene leichter zur Geltung bringen könnte, ist dabei impliziert.

## Die Rolle der Zivilgesellschaft

Aber wie gewinnt man die Öffentlichkeit? Oder genauer gefragt: Wer gewinnt die Öffentlichkeit? Erst einmal muss eine kritische Masse zivilgesellschaftlicher Akteure vorhanden sein, die die Mehrheit überzeugt und mitreißt. Das wird sie nur können, wenn ihre Exponenten untereinander einen fruchtbaren Dialog führen. Dies kann nicht gelingen, wenn jeder nur starr an seinen Vorstellungen hängt. Bedingung ist, dass die Beteiligten aus lebendigen Leitbildern schöpfen und aus ihnen heraus situativ im einzelnen gemeinsame Lösungen entwickeln.

Die Orte, an denen sich solche Dialoge entwickeln und von denen sie weiter ausstrahlen, können wir offene Räume nennen. In diesem Sinne hat der Mitbegründer des Weltsozialforums, Chico Whitaker, dieses Forum als „Offenen Raum für eine andere Welt“ bezeichnet<sup>1</sup>, einen Ort der Begegnung, eine „Brutstätte für Ideen“. Jeder Versuch, im alten politischen Stil die eigenen Auffassungen „durchzudrücken“ müsse diesen Ansatz zerstören. Die Arbeitsweise des Weltsozialforums ist insofern prototypisch, als in ihr schon etwas von der Qualität der sozialen Welt zu verspüren ist, die angestrebt wird.

Die Zivilgesellschaft, so formulierte es Nicanor Perlas in seinem Buch „Die Globalisierung gestalten“<sup>2</sup>, sei eine globale Kulturkraft, die in die politische Sphäre hineinwirken könne, sich jedoch nicht von ihr aufsaugen lassen dürfe. Je bewusster sie sich als soziale Kulturbewegung begreife, um so selbstständiger könne sie wirken, um schließlich Alternativen

entwickeln zu können, die in die ganze Gesellschaft ausstrahlen – wobei Perlas die Rolle der Weltsozialforen genauso sieht wie Whitaker.

Ohne eine gegenüber politischen Einflüssen und wirtschaftlichen Interessen unabhängige, aktive zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit ist die hier beschriebene Veränderung unmöglich. Gleichzeitig gibt es jedoch auch die Notwendigkeit und die Möglichkeit „strategischer Allianzen“ mit denjenigen in Politik und Wirtschaft, die die Einsicht gewonnen haben, dass alte Formen und Methoden sich überlebt haben, und die nach Veränderungen streben. Sie brauchen dafür selbst die Unterstützung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure und sind daher natürliche Verbündete für diese.<sup>3</sup>

Es gibt zahlreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich auf ein bestimmtes Thema konzentrieren: Das bedingungslose Grundeinkommen ist eins davon, die Geldreform, die Regulierung der Finanzmärkte, direkte Demokratie durch dreistufige Volksgesetzgebung, Umweltfragen sind andere. Es ist klar, dass die Menschen, die sich dort engagieren, ihr Thema jeweils für besonders wichtig halten – wer will sich für das engagieren, was ihm am zweitwichtigsten erscheint? Schaut man genauer hin, sieht man aber auch die Gefahr, dass die einseitige Betonung des jeweils eigenen Anliegens in ein fruchtloses Nebeneinander, ja Gegeneinander münden kann. Viel sinnvoller ist es, auf die mögliche Synergie der verschiedenen Initiativen hinzuschauen und sich in diesem Sinne gegenseitig zu unterstützen.<sup>4</sup>

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde es Menschen ermöglichen, sich Aufgaben zuzuwenden, an denen die Welt wirklichen Bedarf hat – und beispielsweise Aktivitäten zum Umweltschutz in heute noch schwer vorstellbarem Ausmaß ermöglichen. Die direkte Demokratie wiederum könnte eine größere Durchlässigkeit des politischen Systems für Anliegen aus der Zivilgesellschaft, darunter auch für die Grundeinkommensforderung herstellen. Geld- und Steuerreformen könnten bei der Finanzierung der sozialen Sicherheit helfen. Dieser Faden ließe sich noch lange so fortspinnen.

## Langfristige Ziele und Entry points

Es geht aber nicht nur um die Frage nach dem Verhältnis von Einzelforderungen untereinander, sondern auch um die Frage „Womit beginnen?“ bzw. „Womit enden?“ Was ist das Ziel, was sind erste Schritte zum Ziel? Welche Schritte eignen sich überhaupt, um zu diesem Ziel zu gelangen? – Im Englischen spricht man hier von „Entry Points“ – Einstiegspunkten. – Aber gibt es nicht auch Teilforderungen, die von dem „eigentlichen“, dem großen

<sup>1</sup> Chico Whitaker: Das Weltsozialforum Offener Raum für eine andere Welt. Aus dem Portugiesischen von Elsmarie Pape. Herausgegeben von Ulrich Morgenthaler in Zusammenarbeit mit Klaus Starke und Christoph Strawe, Hamburg 2007, auch: [http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA\\_Whitaker\\_Weltsozialforum.pdf](http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Whitaker_Weltsozialforum.pdf)

<sup>2</sup> Nicanor Perlas: Die Globalisierung gestalten, Frankfurt/M., 5. Aufl 2003.

<sup>3</sup> Vgl. Nicanor Perlas: Globalisierung, Initiation und Dreigliederung. In: Sozialimpulse Heft 3/2002. Vgl. Paul H. Ray und Sherry R. Anderson: The Cultural Creatives – How 50 Million People Are Changing the World, New York 2000.

<sup>4</sup> Letztlich kann durch das Zusammenwirken verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure etwas umfassend Neues entstehen – Nicanor Perlas hat diesen Vorgang als „Schmetterlingseffekt“ beschrieben. (Nicanor Perlas: Der „SchmetterlingsEffekt“ und die gesellschaftliche Umgestaltung, Übersetzung aus dem Englischen C. Strawe, Sozialimpulse, Heft 1/2006, S. 15-17.



Ziel ablenken, zu Umwegen oder gar in Sackgassen führen?

Den Streit über solche Fragen gibt es, seit es moderne soziale Bewegungen gibt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Geschichte des Streits um das Verhältnis von Reform und Revolution, von Revisionismus und reiner Lehre, Opportunismus und „linkem Radikalismus“, außerparlamentarischer Massenbewegung und dem Ringen um parlamentarische Mehrheiten. Und sehr oft ging es dabei in Wirklichkeit um Macht und die Ausgrenzung von „Abweichlern“. Oft ging und geht es bei solchen Auseinandersetzungen aber auch um die Vereinseitigung an und für sich richtiger Gesichtspunkte: Treue zu einem Leitbild wird Fundamentalismus, Kompromissbereitschaft mit der Realität zum Opportunismus.

Letztlich kommen wir nicht um die Frage herum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, welches Bild wir von der gesellschaftlichen Zukunft haben. Ist der angestrebte Zustand mit der „Einführung“ eines grundeinkommensbasierten sozialen Sicherungssystems erreicht? Oder ist dieses nur ein Schritt auf einem Weg zu einer solidarischen Ökonomie, die die Lohnarbeit viel radikaler beseitigen würde, als es durch ein bloßes Nebeneinander von Arbeitsmarkt und Grundeinkommen möglich wäre? Wir haben in dieser Frage bereits in früheren Bausteinen Position bezogen. An dieser Stelle werfen wir sie noch einmal auf unter einem neuen Gesichtspunkt: dem der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie verschiedener Kräfte.

Es ist oft leichter, über einzelne Punkte eine Verständigung herzustellen als über Visionen der Zukunft, zumal die Erfahrungen mit den Ideologien des 20. Jahrhunderts eine Skepsis gegenüber großen Zukunftsentwürfen erzeugt hat, auch wenn diese weit von Ideologien entfernt sind. So wichtig es ist, die eigenen Ziele transparent zu machen, und zu versuchen, Klarheit auch über die weiterführenden Perspektiven des sozialen Engagements herzustellen, so deutlich muss man doch sagen, dass diese Klärung nicht die Voraussetzung für ein Zusammenwirken sein kann, sondern nur im Zusammenwirken, aus einem Gespräch auf einem gemeinsamen Weg, wachsen kann.

### Die Angst nehmen ...

Eine grundeinkommensbasierte Sozialsicherung wird nur entstehen, wenn im gesellschaftlichen Bewusstsein eine grundlegende Änderung eintritt. Will man die Hindernisse überwinden, die ihr im Wege stehen, muss man die Ängste und Bedenken, die es bei vielen Menschen in diesen Fragen gibt, ernst nehmen.

Ein Aspekt dieser Widerstände, den wir bisher noch nicht betrachtet haben, ist die Angst vor einem gewaltigen Sozialexperiment, dessen Folgen Menschen einfach zu ungewiss scheinen. Diese Angst könnte vielen genommen werden, wenn Schritte zur partiellen Einführung eines Grundeinkommens angegeben werden könnten, die sinnvoll und in ihren

Wirkungen überschaubar erscheinen. Mit diesen könnte die Gesellschaft dann Erfahrungen machen, die, wenn sie positiv ausfallen, das Vertrauen in weitere Schritte auf einem solchen Weg stärken könnten.

Gewiss gibt es verschiedene solcher Möglichkeiten, mit denen sofort begonnen werden könnte. So ließe sich bei der Rente weitestgehend aufkommensneutral ein Rentnergrundeinkommen als Sockelbetrag einbeziehen. Das wäre, obwohl die Umstellung im Detail mit manchen rechtlichen und organisatorischen Problemen verbunden sein dürfte, relativ einfach und überschaubar zu gestalten. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, die von uns 1999 vorgeschlagene Umstellung der „Arbeitslosenversicherung“ auf eine mehrwertsteuerartige Finanzierung zu erproben.<sup>5</sup>

Noch einfacher – und weniger umfangreich – wäre unserer Meinung nach die Umstellung der verschiedenen finanziellen Hilfen, die Kindern zugutekommen sollen und die in ihrer Wirksamkeit in der gegenwärtigen Form von Experten teilweise heftig kritisiert werden, auf ein Kindergrundeinkommen.<sup>6</sup> Im nächsten Abschnitt stellen wir einen entsprechenden Vorschlag vor. Da das Anliegen, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, als solches in unserer Gesellschaft unstrittig ist, dürfte sich hier auch am ehesten ein Konsens erreichen lassen.

Mit unserem hier dokumentierten Vorschlag haben wir schon vor Jahren den Versuch gemacht, unter den Befürwortern einer grundeinkommensbasierten Sozialsicherung einen Dialog über mögliche erste Schritte auf diesem Weg anzuregen. Wir wollten mit dem Vorschlag nicht den einzig möglichen Weg aufzeigen, sondern an einem Beispiel darstellen, was sofort möglich wäre. Welchen Vorschlag man letztlich aufgreift, ist selber wiederum das Ergebnis eines Verständigungsprozesses unter den in diesen Fragen Engagierten und Zuständigen.

## 2. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für Kinder (Kindergrundeinkommen [KG])

*„Gegen den Vorschlag eines generellen bedingungslosen Grundeinkommens für Kinder hegt die Bundesregierung erhebliche Bedenken. Der Staat ist verpflichtet, für das Existenzminimum eines jeden Kindes zu sorgen. Das tut er mit dem Kindergeld und – soweit das Familieneinkommen nicht reicht – über das Arbeitslosen- sowie Sozialgeld und den Kinderzuschlag. Für Hilfebedürftige entspricht das*

<sup>5</sup> Umfinanzierung der Lohnnebenkosten, a.a.O.

<sup>6</sup> Markus Dettmer u.a.: Der 200-Milliarden-Irrtum. Der Spiegel 6/2013 bzw. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90848686.html>. S.a. Gutachter kritisieren deutsche Familienpolitik als wirkungslos. Zeit online, 3. Februar 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/familienfoerderung-ehgattensplittung-gutachten>

*einem Kinder-Grundeinkommen. Diese Leistungen decken grundsätzlich das Existenzminimum eines Kindes ab. Für Nichtbedürftige braucht der Staat kein Grundeinkommen zu zahlen.<sup>7</sup>*

Seit diesem Statement sind zwölf Jahre verstrichen. Die in diesem Heft auf S. 23 abgedruckte Erklärung der Arbeiterwohlfahrt, in der der Corona „Kinderbonus“ begrüßt, zugleich aber eine weitergehende nachhaltige Lösung des Problems gefordert wird, zeigt dass unser damaliger Vorschlag eines bedingungslosen Kindergrundeinkommens auch heute noch zur Debatte beitragen kann. Er ist deutlich zu unterscheiden zur heute noch in Deutschland bestehenden „Kindergrundsicherung“. Diese ist wie die Grundsicherung im Alter und das Arbeitslosengeld II an die Prüfung der „Bedürftigkeit“ gebunden.

■ Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 13,1 Mio. Kinder und Jugendliche bis zum Erreichen der Volljährigkeit (0 bis 17 Jahre).

■ Alle Kinder erhalten das gleiche, gegebenenfalls gestaffelte bedingungslose Kindergrundeinkommen (KG).

■ Prinzipiell ist das Kind Adressat des Kindergrundeinkommens (KG). Es wird – von Ausnahmen abgesehen, die zu definieren sind – von der/dem/den Erziehungsberechtigten verwaltet. Zu klären ist, ob und ab wann das Kind ein Mitsprache-, Mitbestimmungs- oder sogar ein Alleinbestimmungsrecht über die Verausgabung erhalten soll.

■ Im Zuge der Diskussion über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollten Fragen der Mündigkeit bzw. Vertragsfähigkeit der Kinder und der Erziehungsberechtigten, aber auch die Abwehr der Gefahr neuer Bevormundung durch staatliche Stellen einbezogen werden.

■ Entsprechend dem Grundsatz „Familie ist da, wo Kinder sind“, erfolgt die Auszahlung des KG an die für das Kind Verantwortlichen/die Erziehungsberechtigten. Einkommensverhältnisse, rechtliche und soziale Unterschiede (alleinerziehend, Ehepartner, andere Partnerschaften) spielen keine Rolle.

■ Grundsätzlich wird die Verantwortungsfähigkeit und damit das Verfügungsrecht der Erziehungsberechtigten über das KG unterstellt. Interventionen bedürfen eines Anlasses und einer Begründung.

■ Das Spektrum kann von Nachbarschaftshilfe über Familienberatung und -unterstützung bis zum Extrem der Entfernung des Kindes aus der Familie = „in Obhut nehmen“ bzw. Aufnahme in eine Pflegefamilie oder Adoption gehen. Das KG geht in solchen Fällen mit dem Kind mit.

■ Bei einem bedingungslosen KG spielen Einkünfte des Kindes ebenso wenig eine Rolle wie die der Eltern. Allerdings ist zu klären, ob und in welchem Umfang Ausbildungsvergütungen berücksichtigt werden sollen.

■ Weiterhin ist zu entscheiden, ob bei Erreichen der Volljährigkeit ein „Ausbildungseinkommen“ das Kindergrundeinkommen ergänzen oder ersetzen soll oder ob sich ab dem 18. Lebensjahr ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen anschließen soll.

<sup>7</sup> Aus der Antwort der Bundeskanzlerin auf den Vorschlag eines Kindergrundeinkommens von Frau Britta Engels am 10.2.2008. (Presse und Informationsamt der Bundesregierung am 15.3.2008)

■ In der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit. Damit stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen für den Anspruch auf das KG gegeben sein müssen.

■ Hier sind unterschiedliche Regelungen denkbar. Wir halten die deutsche Staatsangehörigkeit als Voraussetzung für zu restriktiv, dagegen sollte das Kind seinen Wohnsitz in Deutschland haben und in der Regel auch in Deutschland leben. Für die Dauer einer Ausbildung oder eines Studiums im Ausland sollte das KG weitergezahlt werden.

■ Schwieriger ist zu entscheiden, ob Kinder, die in anderen EU-Staaten leben, deren Erziehungsberechtigte/Familie aber ihren Wohnsitz in Deutschland haben, Anspruch auf das KG haben, und wenn ja, in welcher Höhe.

Die gleichen Fragen stellen sich verschärft für Kinder von außerhalb der EU.

■ Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen von 500,- € im Monat ergibt sich eine Jahresausgabe von 13,1 \* 6.000,- €, also 78,6 Mrd. €/Jahr

Bei einer Staffelung nach Altersgruppen ergeben sich folgende Summen:

■ 0 bis 5 Jahre (400 €): 4,0 Mio. \* 4800 € = 19,2 Mrd. €

■ 5 bis 15 Jahre (500€): 6,7 Mio. \* 6000 € = 40,2 Mrd. €

■ 15 bis 17 Jahre (600 €): 2,4 Mio.\* 7200 € = 17,3 Mrd. €

Das ergibt insgesamt 76,7 Mrd. €/Jahr

Orientiert man das KG an den Pflegesätzen für Pflegekinder (leichte Abweichungen in den einzelnen Bundesländern), ergibt sich folgende Staffelung:

■ 0 bis 6 Jahre: rd. 500 €

■ 6 bis 12 Jahre: rd. 580 €

■ 12 bis 18 Jahre: rd. 660 €

Dann liegen die Gesamtkosten etwas über 80 Mrd. €/Jahr.

Götz Werner hat 2008 ein KG in Höhe von 300 bis 500 € vorgeschlagen – „sonst nichts“.<sup>8</sup> Den Wegfall aller anderen kinderbezogenen Leistungen halten wir für problematisch. Er würde bedeuten, dass alle Leistungen „am Markt“ oder gegen Gebühren eingekauft werden müssen.

Zum einen sind aber besondere Bedarfe zu berücksichtigen. So kann es sowohl von Seiten der Kinder (z. B. Behinderungen, schwere Krankheiten) als auch von ihrem familiären Umfeld her besondere Beratungs- und Hilfebedarfe geben, die nicht über ein KG abgedeckt werden können bzw. sollen. Zum anderen können aus dem KG nur die laufenden Kosten und der Ersatzbedarf der kind-, bildungs- und

<sup>8</sup> Götz W. Werner, André Presse: Alle Kinder brauchen das Gleiche. Frankfurter Rundschau vom 19. September 2008, <http://www.fr-online.de/doku---debatte/grundeinkommen-alle-kinder-brauchen-das-gleiche,1472608,2752950.html>. Im gleichen Jahr nennt Werner eine Summe zwischen 640 und 750 Euro, <http://www.archiv-grundeinkommen.de/werner/Zwischenbilanz-zum-Grundeinkommen.pdf>.

ausbildungsbezogenen Infrastruktur sowie die Einkommen der dort Tätigen finanziert werden. Ausbau und Verbesserungen der entsprechenden Infrastruktur bedürfen einer anderen Finanzierungsgrundlage.

Es besteht die berechnete Erwartung, dass das KG ohne zusätzliche Ausgaben durch Umwidmung bisheriger Leistungen für Kinder und Familien finanziert werden kann. Dafür spricht der Bericht einer Gutachtergruppe zu Umfang und Wirksamkeit familienbezogener Leistungen in Deutschland in Höhe von 200 Mrd. € im Jahr 2012.<sup>9</sup>

Allein die Kosten des Ehegattensplitting werden mit 20 Mrd. € angegeben, die Kosten für Kindergeld und Kinderfreibetrag mit 40,77 Mrd. € (allerdings beziehen sich diese Zahlen auf ca. 17 Mio. Anspruchsberechtigte, d.h. hier sind auch Kinder über 18 Jahre einbezogen).

Die Umwidmung der Ausgaben für das Elterngeld und das Kinderbetreuungsgeld würde weitere Deckungsbeiträge für das KG oder die Finanzierung der Bildungsinfrastruktur bedeuten.

Erforderlich und machbar wäre eine Zusammenstellung aller kindbezogenen Geld- und sonstigen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden, aufgeschlüsselt nach Geldleistungen und Sachleistungen als Entscheidungsgrundlage. Leider scheint eine entsprechende Transparenz jedoch politisch vielfach nicht gewollt zu sein.

Wünschenswert und ebenfalls machbar, allerdings etwas anspruchsvoller, ist eine Modellrechnung zu den zu erwartenden Umverteilungswirkungen eines Übergangs auf ein bedingungsloses Kindergrundeinkommen auf der Grundlage der Daten des sozioökonomischen Panels und der Vorarbeiten am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die heutigen Ausgaben der Gesellschaft für Kinder in mehreren Untersuchungen<sup>10</sup> als unübersichtlich und sozial unausgewogen charakterisiert worden sind.

Ein bedingungsloses Kindergrundeinkommen würde zu mehr Transparenz, Gerechtigkeit und gleichwertigen Chancen für alle Kinder in Deutschland führen.

Die Einführung eines KG hätte einen überschaubaren finanziellen Umfang.

## Literatur und Weblinks zu Grundeinkommen und Sozialsystemen<sup>11</sup>

AREGGER, Gerold: Brot und Spiele oder Das Pferd am Schwanz aufzäumen. In: Gegenwart 1/2012, S. 28-31.

ARISTOTELES. Nikomachische Ethik. Reclam Stuttgart 2003, Übersetzer: Franz Dirlmeier

ARLT, Hans-Jürgen / KESSLER, Wolfgang / STORZ, Wolfgang: Alles Merkel? Schwarze Risiken. Bunte Revolutionen. Oberursel 2008 (Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH)

ALLGEMEINE ZEITUNG RHEIN MAIN PRESSE (AZ), 8.7.2010, Sozialabgaben in Deutschland. Quellen: Gesundheitsberichtserstattung des Bundes, BMAS

- 7.10. 2012, Die Abgabenlast. Steuern und Sozialabgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (=Abgabenquote). Quelle: OECD, Stand 2011 bzw. 2012

- 13.8.2013, Der Ausbau des Sozialstaates, Grafik des Tages, Quelle BMAS.

BARLOW, Maude / CLARKE, Tony: Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser. München 2003 (Verlag Anja Kunstmann).

BARNES, Peter: Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung (2008) ([http://www.boell.de/downloads/publikationen/Barnes\\_Kapitalismus\\_3-0\\_komplett\\_Endf.pdf](http://www.boell.de/downloads/publikationen/Barnes_Kapitalismus_3-0_komplett_Endf.pdf))

BECKER, Winfried / BUCHSTAB, Günter u.a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Stichwort: Soziale Sicherheit. Paderborn 2002, S. 648f. und <http://www.kas.de/wf/de/71.4478/>

BEYWL, Wolfgang: Soziale Sicherung, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994

BIEDENKOPF, Kurt Hans: Komplexität und Kompliziertheit. Informatik Spektrum 17 (2), 1994, S. 82-86

BLASCHKE, Ronald (Autor) / NETZWERK GRUNDEINKOMMEN (Hrsg.): Aktuelle Grundeinkommens-Modelle in Deutschland. Vergleichende Darstellung, Berlin 2008, [https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2008/11/vergleich\\_ge-konzepte.pdf](https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2008/11/vergleich_ge-konzepte.pdf)

- Ronald: Garantiertes Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Dresden, Oktober 2005

BLASCHKE, Ronald / OTTO, Adeline/ SCHEPERS, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen - Geschichte - Modelle - Debatten. Berlin 2010 (Dietz-Verlag)

- Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung. Hamburg 2012 (VSA-Verlag in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

BLEICHER, André: Fenster zu möglichen Welten? Bemerkungen zum Mindestlohn. In: Zum Stellenwert eines gesetzlichen Mindestlohns. Positionen aus einem Forschungskolloquium zur sozialen Sicherung. Sozialimpulse, Nr. 3/Sept. 2013, S. 22-25.###

BOSCH, Gerhard / WEINKOPF, Claudia / KALINA, Thorsten: Mindestlöhne in Deutschland. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, dort vor allem auch die angegebene weitere ne Literatur zum Thema (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06866.pdf>)

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES: UN-Sozialbericht 2013. Downloads/DE/PDF-Publikationen/sozialbericht-2013.pdf?\_\_blob=publicationFile

- Soziale Sicherung im Überblick 2014 ([http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a721-soziale-sicherung-gesamt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a721-soziale-sicherung-gesamt.pdf?__blob=publicationFile))

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT: Krankenversicherung Der Sozialausgleich, 2. 7. 2013, <http://www.bmg.bund.de/krankenversicherung/beitraege-sozialausgleich/sozialausgleich.html>

BUND-VERLAG GMBH: Das Modell des „Vorsorgekontos“ der DRV Baden-Württemberg. Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales. <http://www.bund-verlag.de/zeitschriften/soziale-sicherheit/exklusiv-fuer-sie/10006887/>

BURKHARDT, Rainer: Zur Finanzierungsfrage im Gesundheitswesen. In Info 3, 7-8, Juli-August 2006, S. 60 ff.

COIPLÉ, Sylvain: Rudolf Steiner über das Grundeinkommen, <http://www.dreigliederung.de/essays/2007-04-100.html>

COIPLÉ, Sylvain / OPIELKA, Michael / STEINER, Bernhard / STRAWE, Christoph: Grundeinkommen und soziale Dreigliederung – Alternativen zu Hartz IV. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/ März 2005

CONTOLI, Melanie / HENNIGS, Kristina / KOWALSKI, Matthias / THEWES / Frank / MORITZ, Hans-Jürgen: Rente – Umwerfende Zukunft. FOCUS Magazin | Nr. 32 (2003) [http://www.focus.de/finanzen/news/rente-umwerfende-zukunft\\_cid\\_194459.html](http://www.focus.de/finanzen/news/rente-umwerfende-zukunft_cid_194459.html)

CROUCH, Colin: Postdemokratie, dtsh. Ausgabe edition suhrkamp, Berlin 2003

DER STEUER-KRIEG, P.T. Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft, 1. 9.

9 Markus Dettmer u.a.: Der 200-Milliarden-Irrtum. Der Spiegel 6/2013 bzw. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90848686.html>. S.a. Gutachter kritisieren deutsche Familienpolitik als wirkungslos. Zeit online, 3. Februar 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/familienfoerderung-ehegattensplitting-gutachten>

10 Das Thema ist so brisant, dass sich inzwischen auch der Boulevard seiner bemächtigt hat, vgl. Milliardengrab Familienpolitik, Bild, 2.2.2014, <http://www.bild.de/politik/inland/familie/milliardengrab-familienpolitik-34497084.bild.html>

11 Die angegebenen Internetadressen entsprechen dem Stand vom 3. April 2014.

2008, <http://www.pt-magazin.de/newsartikel/archive/2008/september/01/article/der-steuer-krieg.html>

DESAULES, Marc: Der richtige Preis anstelle des bedingungslosen Grundeinkommens. In: Mitteilungen aus dem anthroposophischen Leben in der Schweiz. Nr. VII/VIII, August 2013, S. 1f.

DETTMER, Markus u.a.: Der 200-Milliarden-Irrtum. Der Spiegel 6/2013 bzw. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90848686.html>.

EHLERS, Kai: Grundeinkommen für alle. Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft. Dornach 2006 (Pforte-Verlag)

EISENHUT, Stephan, Das soziale Aufmerksamkeitsyndrom. Das soziale Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom. Hartz IV, Grundeinkommen und Bewertung menschlicher Arbeit, in: die Drei, 11/2004

ELDRING, Line / ALSOS, Kristin: Gesetzlicher Mindestlohn. Die nordischen Länder und Europa.

Fafo-Report 2012:17. Webausgabe, <http://www.fafo.no/pub/rapp/20244/20244.pdf>

ENGELS, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England [1845], MEW Bd. 2, Berlin 1969, S. 487.)

ERKELENZ, Anton: Gegen Versteinering der Deutschen Sozialpolitik. Eine sozialpolitische Streitschrift. Berlin 1920 (Verlag Neuer Staat).

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE GRUNDEINKOMMEN <http://www.ebi-grundeinkommen.de/europaische-burgerinitiative>

FETSCHER, Iring: Der soziale Staat, Der Spiegel, 27/1999, S. 66-67, auch <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13918313.html>

FRIEDMAN, Milton: „Capitalism and Freedom“ (1962). Deutsche Ausg: „Kapitalismus und Freiheit“, Stuttgart 1971

FIAN international: Income and Social Security. <http://www.fian.org/what-we-do/issues/incomesocial-security>

FROMM, Erich: The Psychological Aspects of the Guaranteed Income, in: R. Theobald (Hrsg.), The Guaranteed Income. Next Step in Economic Evolution?, New York 1966. Deutsche Fassung <http://www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm>.

GELLER, Christian / MAYER, Thomas: Expressgeld statt Euroaustritt. Wirtschaftsaufschwung in den Krisenstaaten durch umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes Regiogeld (Februar 2012). In: Konzepte zur Euro-Rettung, <http://www.eurorettung.org/103.0.html>

GLS-TREUHAND E.V. (Hrsg.): Da hilft nur schenken. Mit Schenken und Stiftungen die Gesellschaft gestalten. Bochum/Frankfurt 2011.

GOEHLER, Adrienne / WERNER, Götz: 1000 Euro für jeden. Freiheit. Gleichheit. Grundeinkommen. Berlin 2010 (Econ)

GREFE, Christiane / SCHUMANN, Harald: Der globale Countdown: Wege aus der Krise: Finanzcrash, Wirtschaftskollaps, Klimawandel – Wege aus der Krise. Köln 2009 (KiWi Paperback)

GROFF, Alfred: Integrale Politik, Dreigliederung und Simultanpolitik. Sozialimpulse, Heft 2/2013, S. 36 – 39.

HAMBURGISCHES WELTWIRTSCHAFTSINSTITUT: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld. Beiträge von Ingrid Hohenleiner/Thomas Straubhaar, Michael Opelka, Michael Schramm, <http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Grundeinkommen-Studie.pdf>

HANSEMANN, David: Material zu einer politischen (Denk-) Schrift, ausgearbeitet Aug./Sept. 1840 zur persönl. Vorlage bei König Friedrich Wilhelm IV., in: Hansen, J. (Hg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850, Bd. 1 Essen 1919, S. 240ff.

HARDORP, Benediktus: Arbeit und Kapital als schöpferische Kräfte. Einkommensbildung und Besteuerung als gesellschaftliches Teilungsvfahren. Schriften des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship (IEP) der Universität Karlsruhe (TH) Band 16. Universitätsverlag Karlsruhe 2008. Online: <http://uvka.uibk.uni-karlsruhe.de/shop/isbn/978-3-86644-250-4>.

- Leistungsbeitrag oder Leistungsentnahme: Was ist zu besteuern? Zur Kardinalfrage unseres Steuerwesens. In: Bausteine, Freiburg i.Br., 12.Jg., 1988, H.1, S.61 - 72.
- Grundeinkommen und richtiger Preis. Das Goetheanum Nr. 41, 12. Oktober 2013, S. 5 - 7

HENRICH, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Reinbek bei Hamburg 1989. Kapitel 14: Zur Neugliederung des Staatssozialismus - ein Entwurf.

HERRMANNSTORFER, Udo: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Praxis Anthroposophie 6. Stuttgart, 3. Aufl. 1997 (Verlag Freies Geistesleben)

- Stichwort „Subsidiaritätsprinzip“, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4/1992, S. 14ff. Ferner: STRAWE, Christoph: Beitrag zur öffentlichen Anhörung zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union am 27. April 2000 in Brüssel. S. <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Subsidiaritaet.pdf>
- Geldqualitäten und Finanzierung des öffentlichen Sektors (Zusammenfassung C. Strawe). In: Öffentliche Verschuldung – Rettungsanker oder Katastrophe? Sozialimpulse, Heft 3/2010, S. 16-19, auch <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Staatsverschuldung.pdf>
- Individualität und Staat. Dreigliederung des sozialen Organismus - eine aktuelle Zeitforderung. Merkblätter für eine bewusste Lebensführung in Gesundheit und Krankheit, hrsg. vom Verein für ein erweitertes Heilwesen. Bad Liebenzell-Unterlengenhardt 1990)
- Thesen für ein Kolloquium zur sozialen Sicherung am 31.5./1.6.2013 im Forum 3 Stuttgart, unveröffentlicht
- Wege zur Mitverantwortung im Gesundheitswesen. Vorschläge zu einer strukturellen Umgestaltung auf assoziativer Grundlage. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2 / Juni 2003
- Wie weiter mit der Landwirtschaft, [http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Landwirtschaft\\_Globalisierung.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Landwirtschaft_Globalisierung.pdf)

HERRMANNSTORFER, Udo / SPEHL, Harald / STRAWE, Christoph: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung als erster Schritt. <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Lohnnebenkosten.pdf> (zuerst veröffentlicht in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Stuttgart, Heft 1/März 1999.

HERRMANNSTORFER, Udo / ROSS, Michael / SPEHL, Harald / STRAWE, Christoph: Die Zukunft des öffentlichen Sektors, Sozialimpulse Heft 4 / 2005.

- Die Idee des Grundeinkommens – Anstoß zur Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung. In: Sozialimpulse, Heft 3/September 2006, S. 5 – 21, und [http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Grundeinkommen\\_Sozialsysteme.pdf](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Grundeinkommen_Sozialsysteme.pdf)
- Geisteswissenschaft und soziale Frage. Rudolf Steiners Aufsätze 1905/06 – Keim für die Zukunft. In Sozialimpulse, Heft 2/2005, S. 5 – 13

HERRMANNSTORFER, Udo / STRAWE, Christoph: Jenseits des Nationalstaats. Transnationalität, Supranationalität, Globalität. In Sozialimpulse, Heft 1/2010, S. 5 – 10.  
[HTTP://WWW.AHV-IV.INFO/INDEX.HTML?LANG=DE](http://WWW.AHV-IV.INFO/INDEX.HTML?LANG=DE)  
[HTTP://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/BEDINGUNGSLOSES\\_GRUNDEINKOMMEN](http://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/BEDINGUNGSLOSES_GRUNDEINKOMMEN)  
[HTTP://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/TRANSFERLEISTUNG](http://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/TRANSFERLEISTUNG)  
[HTTP://WWW.BASICINCOME.ORG](http://WWW.BASICINCOME.ORG), Basic Income Earth Network  
[HTTP://WWW.GRUNDEINKOMMEN.INFO](http://WWW.GRUNDEINKOMMEN.INFO), Netzwerk Grundeinkommen  
[HTTP://WWW.SOLIDARISCHES-BUERGERGELD.DE](http://WWW.SOLIDARISCHES-BUERGERGELD.DE), Bürgergeldkonzept von Dieter Althaus  
[HTTP://WWW.FREIHEITSTATTVOLLBESCHAEFFIGUNG.DE](http://WWW.FREIHEITSTATTVOLLBESCHAEFFIGUNG.DE), Initiativen von Sascha Liebermann u.a.  
[HTTP://BEDINGUNGSLOS.CH](http://BEDINGUNGSLOS.CH) und [HTTP://WWW.GRUNDEINKOMMEN.CH](http://WWW.GRUNDEINKOMMEN.CH), Bedingungsloses Grundeinkommen – Eidgenössische Volksinitiative  
[HTTP://WWW.UNTERNIMM-DIE-ZUKUNFT.DE](http://WWW.UNTERNIMM-DIE-ZUKUNFT.DE), Die Grundeinkommensinitiative von Götz W. Werner  
[HTTP://WWW.SAMARITA.DE](http://WWW.SAMARITA.DE), Alternativen im Gesundheitswesen  
[HTTP://WWW.SOZIALIMPULSE.DE](http://WWW.SOZIALIMPULSE.DE), Website des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart und der Initiative Netzwerk Dreigliederung

HUFFSCHMID, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, akt. und erw. Ausgabe Hamburg 2002.

ISLER, Rudolf: Nachhaltigkeit. Wege aus der Krise durch freie Initiativen, Dornach 2013 (Verlag am Goetheanum)

INSTITUT FÜR DEUTSCHE WIRTSCHAFT KÖLN: iw-dienst. Informationen aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft

JACOBI, Dirk; STRENGMANN-KUHN, Wolfgang; BILDUNGSWERK Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wege zum Grundeinkommen. Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012

KASCHUBA, Wolfgang: Fortschrittsuntertanen? Historische Dimensionen 'moderner' deutscher Staatlichkeit: Baden-Württemberg - In: SCHMIDT, Thomas (Hg.): Entstaatlichung

KESSLER, Wolfgang: Der Traum, ganz real. Freiheit und Vollbeschäftigung: Ein Bürgergeld für alle könnte die Arbeitsgesellschaft auf neue Füße stellen. Der Versuch, eine Utopie mit der Wirklichkeit zu versöhnen. Publik forum / Nr. 20/2006, 20. 10. 2006

- Grundeinkommen in Namibia: Geld ohne Arbeit. BZ-GASTBEITRAG: Wolfgang Kessler meint, dass wir von den Erfahrungen mit einem Grundeinkommen in Namibia lernen können. Badische Zeitung, 22. Mai 2010 und <http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/grundeinkommen-in-namibia-geld-ohne-arbeit-31648181.html>

KETTELER, Wilhelm Emmanuel: Die Arbeiterfrage und das Christentum, in Texte zur katholischen Soziallehre II/1, bearbeitet von W. Klein u.a., hrsg. von der KAB, Köln 1976,

KLOSS, Heinz: Die Selbstverwaltung des Geisteslebens. Die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverwaltungsland. Ein Programm. Band 5. Frankfurt 1981

KOVCE, Philip, PRIDDAT, Birger P. (Hg.): Bedingungsloses Grundeinkommen. Grundlagentexte. Berlin 2019

KREIß, Christian: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechte Wirtschaft lohnt. Marburg 2013 (tectum)

LASSALLE, Ferdinand: Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig, in: Wilhelm Mommsen: Deutsche Parteiprogramme. München 1969, S. 298ff

LEBER, Stefan: Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität. Eine Einführung in die Dreigliederung des sozialen Organismus. Stuttgart 1978.

- (Hrsg.): Das Soziale Hauptgesetz. Beiträge zum Verhältnis von Arbeit und Einkommen, Stuttgart: 1986 (Freies Geistesleben)

LEO XIII.: Enzyklika „Rerum novarum“ (1891). <http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/320.html>

LIEBERMANN, Sascha: Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn: Gemeinsames und Gegenläufiges. In In: Zum Stellenwert eines gesetzlichen Mindestlohns. Positionen aus einem Forschungskolloquium zur sozialen Sicherung. Sozialimpulse, Nr. 3/Sept. 2013, S. 21 f.

LIPKE, Isabel: Derivate. Das unbekannte Wesen, <http://www2.weed-online.org/uploads/derivate.pdf>

LOTTER, Wolf: Der Lohn der Angst. Automation und Fortschritt, Wissensarbeit und Kapitalismus vernichten Arbeitsplätze. Und das ist gut so. Es geht nämlich auch anders. Text: Wolf Lotter. brand eins 7/2005

MACKAY, Paul: Grundeinkommen – wirtschaftlich betrachtet. Die Finanzierung eines Grundeinkommens ist eine Frage des wirtschaftlich

- vernünftigen und sozial gerechten Gestaltens der Entstehung und Verteilung der Wertschöpfung. In: Das Goetheanum, Nr. 23, 8. Juni 2013, S. 6 f.
- MARTIN, Hans-Peter / SCHUMANN, Harald: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek b. Hamburg 1998 (rororo)
- MARX, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. MEW 23, Berlin 1962, S. 744f.)
- MARX, Karl / ENGELS, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei [1848]. MEW 4, Berlin 1969.
- MICHELS, Reinhold: Helmut Schmidt in Hamburg. Auftritt eines großen Alten. RP Online, 26. 5. 2007. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/auftritt-eines-grossen-alten-1.2312163>
- MITSCHEKE, Joachim: Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen, Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Nomos 2000
- MORUS, Thomas: Utopia (1516), üb. v. Gerhard Ritter, Stuttgart 1964 (Reclam)
- NELL-BREUNING, Oswald von: Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre, hrsg. von der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Wien 1980
- NIEDERHAUSEN, Holger: Grundeinkommen oder Brot und Spiele? Eine Antwort auf Gerold Aregger: Brot und Spiele oder Das Pferd am Schwanz aufzäumen. <http://www.holger-niederhausen.de/index.php?id=791>
- OPIELKA, Michael: Sozialpolitik: Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek bei Hamburg 2004 (Rowohlt)
- Die Idee einer Grundeinkommensversicherung. Analytische und politische Erträge eines erweiterten Konzepts der Bürgerversicherung. In: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Hrsg.), Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 99-139f.
  - Dreigliederung und Grundeinkommen. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/2005
  - Sozialpolitik und Gerechtigkeitsprinzipien. Quo vadis Sozialpolitik. In: Der Bürger im Staat, 62. Jg., 4, 2012, S. 274-279 (auch [http://www.sw.fh-jena.de/fbsw/profs/michael.opielka/downloads/doc/2012/Michael\\_Opielka\\_Quo\\_vadis\\_Sozialpolitik\\_in\\_Der\\_Buerger\\_im\\_Staat\\_62\\_Jg\\_4\\_2012\\_S\\_274-279.pdf](http://www.sw.fh-jena.de/fbsw/profs/michael.opielka/downloads/doc/2012/Michael_Opielka_Quo_vadis_Sozialpolitik_in_Der_Buerger_im_Staat_62_Jg_4_2012_S_274-279.pdf))
  - Wenn Lohnarbeit nicht mehr das Einzige wäre. Grundeinkommen statt Hartz IV. Es geht nicht um radikale Gleichmacherei, sondern um Existenzsicherung und Schutz vor Armut. In: Freitag, 1. Oktober 2004, S. 6. S.a. <http://www.archiv-grundeinkommen.de/opielka/freitag.pdf>.
  - Zukunftssicherung und soziale Gerechtigkeit – Widerspruch oder Aufgabe? Vortrag bei einem öffentlichen Werkstattgespräch zur Sozialen Sicherheit in Deutschland am 31. Mai 2013 im Forum 3 Stuttgart. Unveröffentlicht.
- OPIELKA, Michael / VOBRUBA, Georg (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt 1984 (Fischer)
- PERLAS / Nicanor: Die Globalisierung gestalten: Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung, Frankfurt/M (Info3-Verlag)
- Dreigliederung: die Sprache der neuen tripolaren Welt. In: Eine neue Welt erbauen. Das WeltSozialForum in Mumbai. Flensburger Hefte Nr. 84
  - Globalisierung, Initiation und Dreigliederung. In: Sozialimpulse Heft 3/2002.
  - Der „SchmetterlingsEffekt“ und die gesellschaftliche Umgestaltung, Übersetzung aus dem Englischen C. Strawe, Sozialimpulse, Heft 1/2006, S. 15-17.
- PRESSE, André: Grundeinkommen: Idee und Vorschläge zu seiner Realisierung (Dissertation). Schriften des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship (IEP), Karlsruhe 2010. Online-Ausgabe: <http://digbib.ubka.uni-karlsruhe.de/volltexte/1000015984>
- PIUS XI.: Enzyklika „Quadragesimo anno“, 1931
- RÄTZ, Werner / PATERNOGA, Dagmar / STEINBACH, Werner: Grundeinkommen: bedingungslos. AttacBasisTexte 17, Hamburg 2005 (VSA)
- RAWLS, John: Gerechtigkeit als Fairness: Ein Neuentwurf [2001]. Übersetzung: Joachim Schulte. Frankfurt/M. 2006 (Suhrkamp).
- RAY, Paul H. / ANDERSON, Sherry R.: The Cultural Creatives – How 50 Million People Are Changing the World, New York 2000.
- REETZ, Heidjer: Das bedingungslose Grundeinkommen. Überlegungen zu den Vorstellungen von Götz Werner und Benediktus Hardorp, <http://www.dreigliederung.de/essays/2010-05-001.html>, <http://www.dreigliederung.de/download/2010-05-001.pdf>
- REITTER, Karl: Bedingungsloses Grundeinkommen: Intro. Wien 2012 (Mandelbaum Verlag)
- RIFKIN, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt 2005 (1999).
- RISCHER, Horst Michael: Die vorläufige Pflichtversicherungsgrenze der Krankenversicherung 2014 und Beitragsbemessungsgrenze 2014. Die vorläufigen Sozialversicherungs-Werte für 2014. <http://www.pkv-netz.com/aktuell-f.htm>
- ROSS, Michael: Das Menschenrecht, ein Rechtssubjekt zu sein – Zur UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sozialimpulse, Heft 4/Dezember 2010, S. 17 – 24
- Das Menschenrecht, ein Rechtssubjekt zu sein. Zur UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In Sozialimpulse, Heft 4/2010.
- ROTHFELS, Hans: Bismarck und der Staat, Darmstadt 1958
- SCHMID, Thomas (Hrsg.), , Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin 1984 (Wagenbach)
- Entstaatlichung. Neue Perspektiven auf das Gemeinwesen. Berlin 1988 (Wagenbach)
- SCHRAEPLER, Ernst: Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland, Bd. II, 1871 bis zur Gegenwart, Göttingen 1957, S. 149ff., 34.
- SCHULTEN, Thorsten: WSI-Mindestlohnbericht 2013. Anhaltend schwache Mindestlohnentwicklung in Europa, wsi mitteilungen 2/2013, S. 126 – 233, S. 127. [http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl\\_files/sozialpolitik-aktuell/\\_Kontrovers/Mindestlohn/wsimit\\_2013\\_02\\_schulten.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Kontrovers/Mindestlohn/wsimit_2013_02_schulten.pdf).
- SEITER, Hubert, im Interview mit Lutz Reiche: Alternative zu Riester. „Deutschland braucht ein Vorsorgekonto“. manager magazin online, 21. 3. 2012, <http://www.manager-magazin.de/finanzen/versicherungen/0,2828,822535,00.html>
- SPEHL, Harald: Das Menschenrecht auf Existenz – Fragen eines ökonomieverträglichen Sozialausgleichs. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4/Dezember 2002
- Wie lassen sich Sozialsysteme unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs gerecht finanzieren? In: Die Idee des Grundeinkommens, Sozialimpulse 3/2006
- SPEHL, Harald / STRAWE, Christoph: „Wirtschafts- und Finanzkrise - und kein Ende? – Wie kommt Vernunft in die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse?“, Sozialimpulse, Heft 3/Sept. 2009
- Die Rollen des Geldes. In: Erziehungskunst, Stuttgart, Januar 2012 und: <http://www.erziehungskunst.de/artikel/die-rollen-des-geldes/die-rollen-des-geldes>
- SPITTA, Dietrich (Hrsg.): Die Herausforderungen der Globalisierung. Konzepte und Grundlagen einer solidarischen Wirtschaft. Beiträge von Götz Werner, Thomas Jorberg, Paul Mackay, Ulrich Rösch, Gerald Häfner, Dierich Spitta und Christoph Strawe. Stuttgart 2010 (Verlag Johannes Mayer)
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Bruttoinlands-Produkt 2012 für Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 15. Januar 2013 in Wiesbaden. [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2013/BIP2012/Pressebrochure\\_BIP2012.pdf](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2013/BIP2012/Pressebrochure_BIP2012.pdf)
- STEINER, Bernhard: Das Grundeinkommen bringt nicht mehr, sondern weniger Staat! In: Das Goetheanum, Heft 29/30/2006.
- STEINER, Rudolf: Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung. Seelische Beobachtungsergebnisse nach naturwissenschaftlicher Methode. GA 4, 16. Auf. Dornach 1994
- Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919/1920), GA 23, Dornach 1976
  - Geisteswissenschaft und soziale Frage (1905/06), In: Lucifer-Gnosis 1903-1908. GA 34, Dornach 1960
  - Vorträge Dornach, 6.12.1918 und Bern, 12.12. 1918. In: Die soziale Grundforderung unserer Zeit In geänderter Zeitlage. GA 186, Dornach 1963
  - Nationalökonomischer Kurs (1922), GA 340, Dornach 1965
  - Nationalökonomisches Seminar (1922), GA 341, Dornach 1973
- STIGLITZ, Joseph: Im freien Fall: Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. München 2011 (Pantheon).
- STRAWE, Christoph: Soziale Sicherheit? - Sozialstaat in der Krise - Ursachen und Auswege, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/1995.
- Sozialutopien. Dreigliederungs-Rundbrief, Stuttgart, Nr. 1, April 1995.
  - Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ein Plädoyer für die Universalität der Menschenrechte (<http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Menschenrechte.pdf>, zuerst veröffentlicht in: Die Drei, Stuttgart, Heft 12/1998.)
  - Trisektorale Partnerschaft, Zivilgesellschaft und Dreigliederung. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/März 2001.
  - Wem dient GATS? Zivilgesellschaftliche Alternativen zum Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation WTO. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2/2001
  - Dreigliederung oder Global Governance (2001), [http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Global\\_Governance.pdf](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Global_Governance.pdf)
  - Public Public Partnership. Die Neustrukturierung des öffentlichen Sektors zwischen Kommerzialisierung und Bürokratisierung. Ein Beispiel für Beiträge aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung zur Suche der Zivilgesellschaft nach Alternativen. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/2004, S. 15 – 17.
  - Arbeitslosigkeit – Krise und Chance. Ursachen, Irrwege und Lösungsmöglichkeiten. In: „Kommune – Forum für Ökonomie, Politik, Kultur“, Frankfurt/M., Januar 2006, <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Arbeitslosigkeit.pdf>
  - Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens (2006) ([http://www.archiv-grundeinkommen.de/strawe/Finanzartikel\\_06\\_Endfassung-1.pdf](http://www.archiv-grundeinkommen.de/strawe/Finanzartikel_06_Endfassung-1.pdf)).
  - Was sind Grundlagen eines solidarisch finanzierten modernen Gesundheitswesens? In: Sozialimpulse, Heft 1, 2006.
  - Arbeit, Lohn und Preis – Entwicklungslinien in ihrem Verhältnis. In: Sozialimpulse, Heft 1/2008
  - Entstehungsbedingungen und Wirkungsgeschichte des Arbeitsansatzes der Dreigliederung des sozialen Organismus. In: Rahel Uhlenhoff (Hrsg.): Anthroposophie in Geschichte und Gegenwart. Berliner Wissenschaftsverlag 2011, S. 649 – 705.

STRENGMANN-KUHN, Wolfgang (Hrsg.), Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 99-1391.

VANDEBORGHT, Yannik / PARIJS, Philippe van: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt/M 2005

WERNER, Götz W.: Ein Grund für die Zukunft: Das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen. Stuttgart 2006 (Verlag Freies Geistesleben)

- Ein Grund für die Zukunft: Das Grundeinkommen. Stuttgart 2006 (Verlag Freies Geistesleben)

- Einkommen für alle, Köln 2007 (Kiepenheuer & Witsch)

- Zwischenbilanz zum Grundeinkommen. <http://www.archiv-grundeinkommen.de/werner/Zwischenbilanz-zum-Grundeinkommen.pdf>.

- Jugendarmut ist eine Dummheit. Interview mit dem Kurier (Wien), 31.10.2013 (<http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/goetz-werner-jugendarmut-ist-eine-dummheit/33.389.023>)

WERNER, Götz W./ PRESSE, André: Alle Kinder brauchen das Gleiche. Frankfurter Rundschau vom 19. September 2008, <http://www.fr-online.de/doku-debatte/grundeinkommen-alle-kinder-brauchen-das-gleiche,1472608,2752950.html>

WERNER, Götz W.; EICHHORN, Wolfgang; FRIEDRICH, Lothar (Hrsg.): Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege. Karlsruhe 2012 (Karlsruher Verlag KIT Scientific Publishing)

WERNSTEDT, R. JOHN-OHNESORG, M. (Hg.) M. Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg. Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III. Dokumentation der Sitzung des Netzwerk Bildung vom 24. Januar 2008. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin 2008, <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/05314.pdf>

WHITAKER, Chico: Das Weltsozialforum Offener Raum für eine andere Welt. Aus dem Portugiesischen von Elsmarie Pape. Herausgegeben von Ulrich Morgenstaler in Zusammenarbeit mit Klaus Starke und Christoph Strawe, Hamburg 2007, auch: [http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA\\_Whitaker\\_Weltsozialforum.pdf](http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Whitaker_Weltsozialforum.pdf)

WIKIPEDIA: Pflegetagegeldversicherung, <http://de.wikipedia.org/wiki/Pflegetagegeldversicherung>.

- Postdemokratie, <http://de.wikipedia.org/wiki/Postdemokratie>

- Staatsquote, <http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsquote>

- Einkommensverteilung in Deutschland. [http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensverteilung\\_in\\_Deutschland](http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensverteilung_in_Deutschland)

- Hugo Sinzheimer. [http://de.wikipedia.org/wiki/Hugo\\_Sinzheimer](http://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Sinzheimer)

WILKEN, Folkert: Reform des Steuerwesens. Die Finanzierung der Staatsausgabe durch eine allgemeine Ausgabensteuer. Freiburg i.Br. 1968

- Sozialpraxis der Zukunft. Ein neuer Weg zur Finanzierung der Staatsaufgaben durch eine allgemeine Ausgabensteuer. Die Komment. in 22.Jg., 1968, Nr.2, S.5-8. Forts. in Nr.34, 5, 6, und 7.

WITZENMANN, Herbert: Intuition und Beobachtung. Teil 1. Das Erfassen des Geistes im Erleben des Denkens. Stuttgart 1977.

WWW.MAGAZIN66.DE: Zum Nachlesen: Grundsicherung zahlt jetzt der Bund, vom 13.11. 2012. <http://www.magazin66.de/2012/11/zum-nachlesen-grundsicherung-zahlt-jetzt-der-bund/>, besucht am 16.10.2013

ZEIT ONLINE: Familienförderung. Gutachter kritisieren deutsche Familienpolitik als wirkungslos, 3. Februar 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/dreigliederung-ehegattensplitting-gutachten>

ZEYER, René: Armut ist Diebstahl. Frankfurt/M. 2013 (Campus)

# Betrachtungen

## „Es ist Zeit“

(Paul Celan in dem Gedicht „Corona“ von 1949) oder: Gemeinwohl – ein vielfach unbeachteter Blickwinkel in den Verfassungen

**Klaus Rohrbach**

Nach der Krise ist vor der Krise, so sagen die epidemiologischen Fachleute und warnen vor neuen Epidemien oder gar Pandemien in der nahen Zukunft. Ursache seien in besonderer Weise Zoonosen, hervorgerufen durch den hemmungslosen Raubbau an der Natur zugunsten eines global entfesselten Wirtschaftslebens ohne Nachhaltigkeit, z.B. durch die Abholzung der Regenwälder, Verlust der Artenvielfalt, durch Monokulturen usw.

Krise bedeutet vom Wortstamm her „Entscheidung“. Doch Entscheidung wofür? „Es ist Zeit“ (Celan), also Zeit für einen neuen Blickwinkel. Höchste Zeit.

Der Chor der Rufer ist vielgestaltig. So ertönen die besorgten Warnrufe der einen, die den Zusammenbruch des bestehenden Wirtschaftssystems verhindern wollen; auf der anderen Seite hört man die verzückten Lockrufe der Sozialreformer, die jetzt die Chance eines vollständigen Neubeginns sehen und ihre Vision anpreisen. Je nach Blickwinkel!

Was jedoch wäre, wenn die mögliche Zukunft schon da wäre? Der gewünschte Blickwinkel, die übergeordnete Idee, das zu verwirklichende Ziel, z.B. in einer – das nun wohl doch – dann sozial dreifach zu gliedernden Form? Vielleicht können wir diesen Blickwinkel in einem Dokument finden, das uns als geistige Grundlage unseres Staates durchaus vertraut sein sollte. Werfen wir also einen Blick in die Verfassung!

## Was sagt das Grundgesetz?

Nichts. Das Stichwort „Wirtschaft“ taucht nicht einmal auf. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes ließen diesen Aspekt unberücksichtigt und formulierten keine bestimmten Ziele des Wirtschaftslebens, auch kein Recht auf Arbeit. Sie ließen dieses Thema, so sagen die Historiker, bewusst offen und legten damit also keine bestimmte Wirtschaftsform fest. Sicherlich hatten sie allerdings nicht das Ziel eines Wirtschaftens vor Augen, das zurzeit vielfach vorherrscht, nämlich ständiges Wachstum und die angestrebte Gewinnmaximierung – vgl. den Mainstream der Betriebswirtschaftslehre<sup>1</sup> – und nicht die nachhal-

<sup>1</sup> vgl. aktuell Christian Kreiß / Heinz Siebenbrock: Blenden, Wuchern,

tige und sinnvolle Befriedigung realer Bedürfnisse der Menschen. Zudem erfolgte vor gar nicht langer Zeit eine fatale Trennung zwischen der sog. Realwirtschaft und einer davon zunehmend abgelösten und vielfach schon völlig selbstständig gewordenen Finanzwirtschaft. Operiert diese ohne Bezug zur realen Bedürfnisbefriedigung mit Produkten und Dienstleistungen, so müsste man diese Form der Wirtschaft eigentlich „Irrealwirtschaft“ nennen.

Doch an zwei Stellen gibt es im Grundgesetz mit der Sozialbindung des Eigentums doch einen gewissen Bezug zum Gemeinwohl, wenn auch nicht unmittelbar der Wirtschaft zugeordnet. Es sind die bekannten Artikel 14 und 15. So heißt es in Art. 14 (2) GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Und zum Schutz des Privateigentums fordert Art. 14 (2) GG: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ In Fortführung dieses Vorgangs erläutert Art. 15 GG: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

## Und was sagen die Verfassungen der Bundesländer?

Die zeigen nun allerdings Überraschendes! Untersucht werden hier die aktuell gültigen Verfassungen der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland (Stand: Mai 2020), und zwar zum einen im Hinblick auf den Zweck bzw. Sinn der Wirtschaft oder des Wirtschaftslebens und zum anderen auf ein verbürgtes Recht auf Arbeit.

Im Zuge des Föderalismus lässt sich dabei ein Flickenteppich beobachten. Aber er zeigt ein gewisses Muster.

Vier Gruppen lassen sich unterscheiden. Da es oft auf interessante Nuancen in den Formulierungen ankommt, werden die jeweiligen Stellen wörtlich zitiert. Wir wählen eine aufsteigende Reihenfolge – entsprechend der Bedeutung der beschriebenen Gruppe.

### 1. Gruppe: mit „Weder – noch“

Es sind die fünf Bundesländer **Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern** und die Freie und Hansestadt **Hamburg**, die in ihren Verfassungen weder einen Zweck des Wirtschaftslebens noch ein Recht auf Arbeit formulieren. Niedersachsen teilt in Art. 6a lediglich mit: „Das Land wirkt darauf hin, dass jeder Mensch Arbeit finden und dadurch seinen Lebensunterhalt bestreiten kann [...]“ Mecklenburg-Vorpommern versichert in Art. 17 (1): „Das Land trägt zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen

bei.“ Das ist nicht viel. Die Freie und Hansestadt **Hamburg**, die „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein“ will, nennt in ihrer Präambel immerhin eine besondere Aufgabe: „Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller.“ Und ergänzend gilt dann: „Jedermann hat die sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken.“

### 2. Gruppe: mit dem Recht auf Arbeit

Drei weitere Bundesländer geben zwar keinerlei Hinweise auf die Aufgaben der Wirtschaft, aber zwei davon formulieren explizit ein Recht auf Arbeit.

In der Verfassung von **Berlin** heißt es in Art. 18: „Alle haben das Recht auf Arbeit.“ In Art. 24 werden dann die Grenzen wirtschaftlicher Macht angeführt: „Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich. Insbesondere stellen alle auf Produktions- und Marktbeherrschung gerichteten privaten Monoporganisationen einen Missbrauch wirtschaftlicher Macht dar und sind verboten.“

In der Verfassung von **Sachsen** heißt es in Art. 7: „Das Land erkennt das Recht eines jeden Menschen [...] auf Arbeit [...] als Staatsziel an“, dies neben weiteren humanen Zielen.

**Sachsen-Anhalt** schließlich bietet in Art. 39 (1) seinen Bürgern lediglich an: „Allen die Möglichkeit zu geben, ihren Lebensunterhalt durch eine frei gewählte Arbeit zu verdienen, ist dauernde Aufgabe des Landes und der Kommunen.“ Ein Recht auf Arbeit ist dies allerdings nicht.

### 3. Gruppe: mit sozial-ökologischem Ansatz

Zwei Bundesländer äußern sich nun in ihren Verfassungen etwas deutlicher zu den Aufgaben des Wirtschaftslebens.

**Thüringen** fordert – nach der Aufgabe des Freistaats (Art. 36), „jedem die Möglichkeit zu schaffen, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit zu verdienen“ – in Art. 38: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens hat den Grundsätzen einer sozialen und der Ökologie verpflichteten Marktwirtschaft zu entsprechen.“ Eine soziale und ökologische Marktwirtschaft also soll es sein.

Und ähnlich wird es auch in **Brandenburg** verlangt in Art. 42 (2): „Das Wirtschaftsleben gestaltet sich nach den Grundsätzen einer sozial gerechten und dem Schutz der natürlichen Umwelt verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung.“ Und ergänzend: „Der Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist unzulässig und zu verhindern.“ Offen bleibt allerdings, welche Interpretation der genannten Begriffe Marktwirtschaft, Ökologie, natürliche Umwelt etc. jeweils gemeint ist.

Das Recht auf Arbeit taucht in beiden Verfassungen nicht auf.

Lamentieren. Wie die Betriebswirtschaftslehre zur Verrohung der Gesellschaft beiträgt. Europa Verlag, Berlin, München, Zürich, Wien 2019 oder Maja Göpel: Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Ullstein Verlag, Berlin 2000

#### 4. Gruppe: mit Gemeinwohl und Recht auf Arbeit

Wenig bekannt ist die Tatsache – und führt vielfach zu erstaunten Blicken –, dass in allen weiteren sechs Verfassungen der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland das Gemeinwohl als alleiniger Zweck des Wirtschaftslebens festgelegt ist und nicht etwa das Wachstum oder die oben erwähnte Gewinnmaximierung als Ausrichtung privatwirtschaftlicher Bestrebungen. Vier Bundesländer ergänzen das Gemeinwohl als Staatsziel sogar noch mit dem Recht auf Arbeit. Im Einzelnen sieht es folgendermaßen aus:

Die Verfassung der Freien Hansestadt **Bremen** verlangt in Art. 38 (1): „Die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.“ Zudem ist es nach Art. 39 (1) die Pflicht des Staates, „jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ertrag aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“ Zudem hat jeder gemäß Art. 8 (1) „die sittliche Pflicht zu arbeiten und ein Recht auf Arbeit“.

Auch **Hessen** bestimmt fast wortgleich in seiner Verfassung (Art. 38): „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.“ Und in Art. 39 heißt es ergänzend: „Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist untersagt.“ Ähnlich wie in Bremen verlangt zudem Art. 28: „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit und, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht zur Arbeit.“

Das **Saarland** klingt in seiner Verfassung (Art. 43) ebenfalls ähnlich: „Die Wirtschaft hat die Aufgabe, dem Wohl des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen.“ Auch muss der Gesetzgeber dafür sorgen, „jedermann einen gerechten Anteil am Wirtschaftsertrag zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen“. Der Art. 44 bestimmt: „Jeglicher Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellung ist unzulässig.“ Und in Art. 45 garantiert der Staat: „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit.“

Auch die Verfassung des Landes **Nordrhein-Westfalen** bestimmt die Ziele der Wirtschaft entsprechend in Art. 24 (1): „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. [...] Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“ Und in Absatz (2) wird ergänzt: „Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken.“

Interessant ist nun die Verfassung von **Bayern**. Ein Recht auf Arbeit findet man zwar nicht, aber eindeutige wirtschaftliche Zielpunkte. So heißt es in Art. 151 (1): „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ Etwas später wird in Art. 151 (2) noch ein moralischer Gesichtspunkt ausgeführt: „Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet

ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls.“ Das klingt gut! Doch Bayern ist Bayern, und da findet man in der gedruckten Ausgabe der Verfassung des Freistaates im Anschluss an diesen Artikel kursiv gesetzt den Zusatz: „Diese Verfassungsbestimmung enthält Programmsätze, also kein unmittelbar geltendes Recht.“ Es sind also nur „Programmsätze“, aber sie stehen immerhin in der Verfassung. Ähnlich ist es mit dem Artikel 157 (1): „Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.“ Und in Satz (2): „Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.“ Damit wären also reine Finanzprodukte und Kurswetten ausgeschlossen und verfassungswidrig. Doch auch dies ist lediglich ein „Programmsatz, weitgehend bundesrechtlich geregelt“, wie es anschließend kursiv heißt. Ein Recht auf Arbeit kennt die Bayerische Verfassung nicht.

Zuletzt folgt nun die Verfassung von **Rheinland-Pfalz**. Sie enthält die schwächsten Elemente im Hinblick auf das Gemeinwohl. So heißt es in Art. 51: „Die soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage der Wirtschaftsordnung. Sie trägt zur Sicherung und Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Menschen bei [...].“ In Artikel 52 (2) wird nun gefordert: „Die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenzen in der Rücksicht auf die Rechte des Nächsten und auf die Erfordernisse des Gemeinwohls. Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Freiheit oder Macht ist unzulässig.“

Die ausdrücklich genannten Erfordernisse des Gemeinwohls sind also hier die Zielmarke. Ein Recht auf Arbeit kennt auch diese Verfassung nicht.

Zusammengefasst ist somit in den Verfassungen von sechs deutschen Bundesländern das **Gemeinwohl als Zweck der Wirtschaft** verankert!

Überlassen wir es den Staatsrechtlern und juristischen Kommentatoren, wie sie diese Verfassungsartikel interpretieren. An dieser Stelle sollte nur der Hinweis darauf erfolgen, dass es durchaus Ansatzpunkte gibt, eine brüderlich kooperierende Wirtschaft, nachhaltig und gemeinwohlorientiert, zu etablieren, weil es die Verfassung – von sechs Bundesländern – nicht nur erlaubt, sondern vorschreibt.

Darauf können wir hinweisen.

Denn: „Es ist Zeit“!

#### Klaus Rohrbach,

geb. 1951, vier Jahrzehnte lang Oberstufenlehrer an der Freien Waldorfschule Würzburg; Mitbegründer und viele Jahre lang Leiter der Fachtagung Geographie des Bundes der Freien Waldorfschulen, Lehraufträge an der Universität Würzburg; in der Waldorflehrerbildung an verschiedenen Seminaren tätig. Jahrelange Beschäftigung mit den Grundlagen der Sozialen Dreigliederung und mit alternativen Geldmodellen. Zahlreiche Veröffentlichungen.



# Tausch-, Geld und Fähigkeitswirtschaft II

**Hans-Florian Hoyer**

Im ersten Teil dieser Betrachtung<sup>1</sup> habe ich versucht, die Entwicklung des Geldes im Zusammenhang mit dem Bankwesen zu schildern und endete mit Andeutungen, dass es neben dem gesetzlichen Zahlungsmittel weitere sinnvolle Arten von Geld geben könnte.

## Geld des Tauschens – Kaufgeld

**W**ir nutzen aktuell zwei unterschiedliche Ausprägungen des Tauschgeldes. Im Tausch gibt man das Eigentum einer Sache auf, um das einer anderen Sache zu erlangen. Do ut des – ich gebe, damit du gibst. Das Zahlungsmittel muss ich weggeben, damit ich etwas erhalte, das direkt zur Deckung eines Bedürfnisses dient, indem ich es verbrauche oder gebrauche. Konsumwaren kommen nur einmal auf den Markt, das Zahlungsmittel geht immer wieder zu Markte.<sup>2</sup>

Dieses Tauschgeld ist zu einem Substitut geworden, das den Eigentumsübergang eines Gutes mit Wert ermöglicht, ohne selbst noch einen anderen Wert zu haben als diese Ermöglichung.

- In Form des Bargelds haben wir es in der Hand und geben es weg. Die ursprüngliche Tausch-Geste ist durch die Übergabe noch zu ahnen. Die Ermöglichung des Eigentumsüberganges von Gütern ist gesichert durch seine Deklaration als gesetzliches Zahlungsmittel, d.h. durch den gesellschaftlichen Zwang, es als Tauschgut annehmen zu müssen.<sup>3</sup>
- Das Buchgeld ist eine Zahl, lange nicht mehr auf einem materiellen Kontoblatt eines Buches in einer Bank. Datenbanken haben die Bücher ersetzt, Informationsverarbeitung hält die Datenbanken auf neuestem Stand. Zahlen kann man nicht weggeben. Man kann aber das, was der Zahl unterliegt, ändern, austauschen.

Die Zahl im Buch oder in der Datenbank bedeutet, dass jemand eine Forderung auf gesetzliches Zahlungsmittel an die Bank hat, was für die Bank eine Verbindlichkeit darstellt. Die Höhe der Forderung wird mittels der Zahl auf der Passivseite der Bilanz festgehalten. Die Geschäftsbank hat solche Forderungen an die Zentralbank und an andere Banken, die wiederum in Zahlen, aber auf der Aktivseite, festgehalten sind. Diese beiden Zahlen beziehen

<sup>1</sup> Heft 2/2020

<sup>2</sup> Ja, es gibt Märkte für gebrauchte Güter, aber nicht für gegessene Brötchen und eine Banknote kann der Besitzer dazu gebrauchen, sich eine Cohibra anzuzünden.

<sup>3</sup> Ob die Barzahlung von Steuern und GEZ abgewiesen werden darf, steht derzeit vor Gericht. <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/highlights-eugh/>

sich zwar auf „Geld“, sind aber nicht sinnvoll addierbar. Was ist das Ergebnis von 15 Geldeinheiten Forderung an Zentralbank plus 11 Geldeinheiten Verbindlichkeit gegenüber Kunden? Forderungen und Verbindlichkeiten können zwar kompensiert werden, aber nur im bilateralen Verhältnis. Man kann allerdings feststellen, dass die Bank noch Forderungen an die Zentralbank (ZB) übrighat, wenn alle Verbindlichkeiten gegenüber den Kunden erfüllt wären. Der Rechenvorgang ist jedoch nicht „15 Ford. – 11 Verb.“, er umfasst zwei Schritte:

Ford. an ZB	Verbindl. ggü. Kunden	
15	11	Bestand alt
-11	-11	
Minderung des Bestands an Zentralbankgeld	Minderung der Verbindlichkeit Zentralbankgeld zurückzahlen	
4	0	Bestand neu

In der Kreditwirtschaft wird die Zahl-Schuld gegenüber einem Verkäufer durch Überweisung der Schuld, nicht von Geld (Delegation) erfüllt. Der Schuldner wird getauscht. Ich erlasse meiner Bank die Schuld von „x“ und weise sie an, dafür zu sorgen, dass die Bank meines Schuldners ihre Schuld gegenüber meinem Gläubiger um „x“ erhöht. Da die Schuld der Banken darin besteht, dem Gläubiger gesetzliche Zahlungsmittel bereitzustellen, muss meine Bank der anderen Bank diese „liefern“. Diese Wandlung der Verwahrung von Münzen in einer Bank zu einem Darlehen an die Bank wurde im vorigen Teil des Aufsatzes beschrieben.

Banken schulden durch die „Annahme fremder Gelder“ deren „unbedingte Rückzahlung“ gegenüber den Einlegern. Dies tragen sie ab am Geldautomaten oder in der Erledigung des Zahlungsverkehrs. Letzterer besteht in dem Umschreiben der Schuldverhältnisse in ihren Büchern. Parallel regeln sie die daraus resultierende Umverteilung der Forderungen auf gesetzliche Zahlungsmittel untereinander im Clearing. Mit dem alten Prinzip aus der Praxis, nur einen Bruchteil der theoretisch erforderlichen Münzen für den Alltagsverkehr vorhalten zu müssen (fractional reserve), ist den Banken ein Spielraum eröffnet, die Münzen der Kunden – heute die Ansprüche auf gesetzliche Zahlungsmittel – für eigene Geschäfte zu nutzen.

Ende April hatten deutsche Banken 3.399 Mrd. € Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Bestand. Die Bundesbank hatte Ende 2019 Einlagen von Banken in der Eurozone auf Girokonten<sup>4</sup> in Höhe von 480 Mrd. € – das ist etwa ein Bruchteil von 1/7 des Bestandes der Kundengelder bei den Geschäftsbanken.<sup>5</sup> Dieser Bruchteil ist jedoch nicht sonderlich

<sup>4</sup> Die Unterposition 2.1 „Einlagen auf Girokonten“ enthält die Einlagen der Kreditinstitute in Höhe von 480 230 Mio €, die auch der Erfüllung der Mindestreservepflicht und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienen.

<sup>5</sup> Die tägliche Überschussliquidität der Banken schwankt derzeit um den Wert von 2.000 Mrd. €, was Folge der Aufkaufprogramme der EZB ist.

aussagekräftig, da die Banken sich untereinander teilweise Geld leihen können.

Schaut man auf die Zahlungsmittel der Nichtbanken, so summieren sich die Stände der laufenden Konten von Privatpersonen, Unternehmen und Staat bei Geschäftsbanken zu 3.399 Mrd. €. Diese sind durch Kreditgeldschöpfung entstanden, was bedeutet, dass Banken die Verbindlichkeit eingegangen sind, ohne die Reserven dazu zu haben. An Stelle der Forderungen gegenüber der Zentralbank haben sie die Forderung gegenüber den Kreditnehmern in den Büchern. Der Bestand dieser in Zukunft zu tilgenden Buch-Forderungen an Kunden belief sich auf 3.737 Mrd. €. Die sofortige Tilgung aller Kredite aus allen laufenden Konten hätte eine Überziehung der Konten zur Folge.

Forderungen Mrd. €	Verbindlichkeiten Mrd. €	
480 an Zentralbank		
3.737 an Kreditnehmer auf Tilgung	3.399 aus Kreditschöpfung, aber auch aus Annahme fremder Gelder	
-3.399	-3.399	
338 Forderungsrest	0	

Das wirft ein Licht auf den Kreislauf des Kaufgeldes<sup>6</sup>, das aus dem Einkommen des Endverbrauchers in der Kasse der Händler und von dort zum Produzenten geht. Auf beiden Stationen wird es zu Einkommen der Angestellten, mit dem wiederum gekauft werden kann.

An einigen Stellen wird jedoch Geld aus dem Kreislauf abgezweigt.

- Anleger ziehen Summen heraus, die bei Fälligkeit wieder hineinkommen
- Unternehmer zahlen
  - Einkommen für die Mitarbeitenden
  - Dividenden für Kapitalgeber zu ihrem arbeitslosen Einkommen
  - Zinsen für die Darlehen von Banken
  - Steuern an den Staat
- Banken „schöpfen“ zwar das Geld per Kredit aus dem berühmten Nichts, „löffeln“ es aber nach Tilgungsplan wieder dort hinein, sodass diese beiden Positionen auf lange Sicht immer auf Null ausgehen. Banken schöpfen auch Zahlungsmittel, wenn sie Nichtbanken etwas gutschreiben und entschöpfen sie, wenn sie deren Konten belasten. Am Jahresende wird das abgerechnet und resultiert in einer Verringerung der Kauf-Geldmenge nach meiner Schätzung um ca. 1%. Leider ist dies aus den Statistiken der Bundesbank nicht exakt ableitbar.<sup>7</sup>

Bank-Krisen, Steuervermeidung, Abbau von Erwerbs-Arbeitsplätzen scheinen die Frage zu rechtfertigen, ob es nicht sinnvoll sein könnte, für das Grundauskommen der Bürger eine Geldart zu installieren, die entkoppelt ist von dem entgrenzten globalen Geld, dessen Eigentümer permanent auf der Suche nach Rendite sind, nach Geld, das seiner Art nach irgendwem weggenommen oder zu wenig gegeben wird. Da gibt es etwa

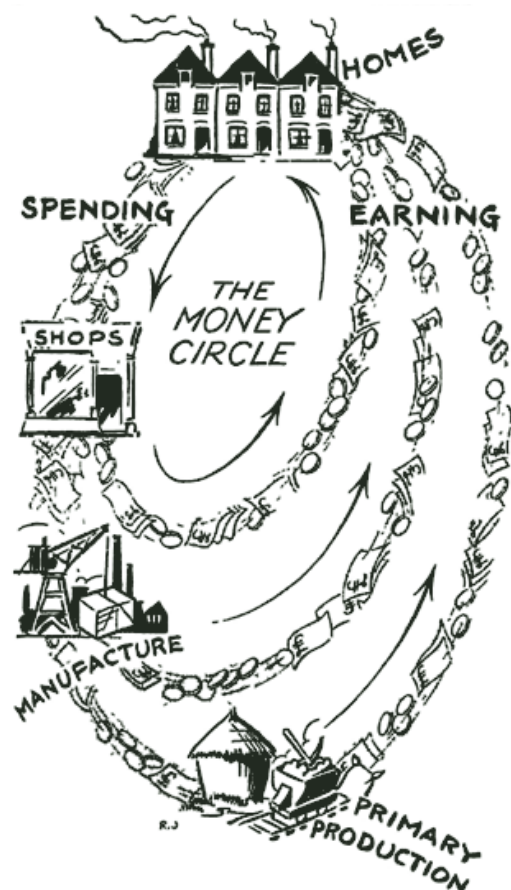
- Unternehmen wie Blackrock, die Renten in Amerika zahlen müssen,
- Hedgefonds, die geldreiche Menschen noch geldreicher machen,
- Unternehmen, die ihre Überschüsse lieber anlegen, als etwas damit für die Bedürfnisse der Bürger zu unternehmen,
- Banken, die ihre Überschussreserven anlegen müssen, um
- Kleinsparern eine Rendite für ihr Ersparnis zu bieten
- ...

**Kann mit diesem „Geld“ für ein stabiles Auskommen der Bürger gesorgt werden?**

Diese Frage beantwortet Alf Hornborg mit dem Vorschlag<sup>8</sup> einer nationalen Regionalwährung, in der den Bürgern ein Grundeinkommen ausgezahlt wird. Allerdings ist seinem Artikel nicht zu entnehmen, dass er auf etwas anderes als Tauschgeld hinauswill. Ich möchte seine Idee aufgreifen, schlage aber zusätzlich zur Verstärkung der Entkoppelung einen Wechsel der Geldart vor.

<sup>7</sup> Die Bundesbank war leider zu einem Kommentar zu meiner Aufstellung ihrer Zahlen nicht bereit. Sie legte lediglich Wert darauf, dass klar würde, dass es zwar ihre Zahlen sind, aber nicht ihre Auslegung derselben.

<sup>8</sup> <https://journals.uair.arizona.edu/index.php/JPE/article/view/20900>



<sup>6</sup> Michael Polanyi, Full Employment and Free Trade, 1948, <https://archive.org/details/in.ernet.dli.2015.228994/page/n14/>

## Geld der Teilhabe – Dividende

Wir leben in einer Situation, in der das Geldwesen und die Wirtschaft ein zunehmendes Eigenleben entwickelt haben. Sie haben sich immer weiter von dem ursprünglichen Ziel entfernt, durch Produktion und Handel die Bedürfnisse der wachsenden Zahl von Menschen zu decken. Nicht nur das Überleben aller soll gesichert sein, ein breiter Wohlstand soll ermöglicht sein und für einige auch extremer Luxus.

Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir im Wohlstand nicht nur

- auf Kosten unserer Lebensgrundlage leben,<sup>9</sup> sondern auch
- auf Kosten anderer Menschen in anderen Ländern.

Die Teilhabe an den Reichtümern des Planeten muss besser organisiert werden.<sup>10</sup> Beide Bilder hat Kate Raworth in ihrem Ansatz der Doughnut Ökonomie zusammengebracht.<sup>11</sup> Sie fordert: *„Das Verteilungskonzept des 21. Jahrhunderts besteht darin, unser wirtschaftliches Handeln so zu gestalten, dass keine nachgelagerte Umverteilung mehr stattfindet, sondern Werte von Anfang an geteilt werden.“*

## Welche Geld-Gestaltung verlangt das Teilen?

Man stelle sich einen Abendbrot-Tisch auf einem Bauernhof vor. Die Bewohner haben sich darum versammelt. Einige von ihnen haben den Tisch gedeckt. Sie wussten, wer dort sitzen wird und sie hatten eine Ahnung davon, welche Bedürfnisse die Personen haben. Wenn es einen Suppentopf gibt, wird von diesem in die Teller<sup>12</sup> ausgeteilt, das Brot wird geschnitten und kommt auf den Teller. Auf das, was auf dem Tisch ist, haben alle Anspruch, auch wenn nicht jede/r an der Produktion beteiligt war. Das ergibt sich aus dem Gesellschaftsvertrag eines Bauernhofes. Kost und Logis ist die Basis dafür, dass man im Zusammenhang des Hofes tätig sein kann, sei es auf dem Acker, der Weide, dem Stall, in der Hauswirtschaft, beim Hüten der Kinder oder bei der Pflege der Alten.

## Der Gesellschaftsvertrag

Ein Staat ist die Gesellschaft vieler Menschen, die sich nicht alle kennen und die auch nicht an einen Tisch passen. Worin besteht der organisatorisch notwendige Übergang des Teilens vom Bauernhof, bzw. der – um einmal alte Begriffe zu verwenden – „Haus“wirtschaft zur „Volks“wirtschaft?

*„Jede Oeconomia ist eine Monarchia, das ist/ ein solch Regiment, darinnen nur einer herrschet und regi-*

<sup>9</sup> Grenzen des Planeten: <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>

<sup>10</sup> Nachhaltige Entwicklungsziele: <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs>

<sup>11</sup> <https://www.kateraworth.com/doughnut/>

<sup>12</sup> Eine nachgelagerte Umverteilung zwischen den Tellern wird nicht die Regel sein..

*ret/ nemlich der Wirth im Hause/ der muss allein Herz im Hause seyn ... Darnach ist im Hause ein Weib/ ein hauffen Kinder/ ein hauffen Knechte und Mägde/ die müssen dem Wirth folgen und gehorsam sein.“<sup>13</sup>* In diesem Verständnis scheint durch, dass die Organisation des Überlebens und des guten Lebens einer Gemeinschaft in Zeiten der Knappheit straffer Führung bedurfte.

In kleinen Gruppen gab es die Aufgabenverteilung nach Kraft und Fähigkeit, in größeren Verbänden hatten sich Berufe herausdifferenziert. Die Versorgung der eigenen Bedürfnisse mit eigenen Fähigkeiten konnte auf immer weniger Güter und Dienste beschränkt werden. Ich habe noch ein Foto von meinen Großeltern – Opa war Bergmann –, wie sie einen Kartoffelacker bearbeiten.

## Rückgang der Selbstversorgung

In der Stadt war der Anteil an Selbstversorgung kleiner als auf dem Land. Im Zuge der Umwälzungen der landwirtschaftlichen Revolution wurden auf dem Lande immer weniger Arbeitskräfte benötigt. In den Städten bildete sich ein Heer von Arbeitskräften für die nachfolgende industrielle Revolution. Diese tiefen Veränderungen hatten weitere Begleiterscheinungen und traten in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten ein. Eine vorher in der Leibeigenschaft garantierte Selbstversorgung mit Gütern durch einen Bezug zu einem Stück Land, war für den überwiegenden Teil der Menschen nicht mehr möglich. Die Selbstversorgung mit Geld war der einzige Ausweg. Die Fähigkeiten, die von den Industriearbeitern abgerufen wurden, entfremdeten sie von ihrer Arbeit.

Die Unmöglichkeit, sich und seine Familie von einem Stück Land am Leben zu halten, hatte für die Massen nur den Ausweg, ein Selbstversorger in Geld zu werden, um das Lebensnotwendige zu bezahlen. Es soll hier nicht weiter in die Richtung gedacht werden, ob mit dem „Facio ut des – ich tue etwas, damit ich Geld bekomme“ – der Arbeitsvertrag sachgemäß zu einem Tausch gemacht wurde.

Die Lage der arbeitenden Klasse blieb nicht so schlecht, wie sie zunächst war. Gesellschaften modernisierten sich nicht nur in Hinsicht auf die verringerte Ausbeutung ganzer Schichten. In den Gesellschaftsvertrag wurden individuelle Rechte aufgenommen, denen Pflichten des Staates gegenüberstanden. Dazu gehörte nicht zuletzt die Sorge um den allgemeinen Wohlstand der Untertanen/ Bürger, der sich der Pater Familias bzw. ein wohlmeinender Fürst verpflichtet sah. Dieses gnädige Top-Down wurde zur demokratischen Selbstverpflichtung derer, die dann selbst die Gesellschaft demokratisch führten.

<sup>13</sup> Johann Coler: *Oeconomia Ruralis Et Domestica*: Darin das gantz Ampt aller trewer Hauß-Vätter, Hauß-Mütter, beständiges und allgemeines Hauß-Buch, vom Haußhalten, Wein- Acker- Gärten- Blumen und Feld-Baw, begriffen ... Mäyntz (1665)

## Rolle der Arbeitsteilung

Adam Smith<sup>14</sup> führte die „division of labour“ in seiner Untersuchung über Natur und Ursachen des Wohlstands der Nationen im ersten Absatz des ersten Kapitels als wahrscheinliche Ursache für die Zunahme der Ertragskraft der Arbeit an.

Gesellschaftlich bekommt die Teilung der Arbeit einen höheren Sinn, wenn in der Koordination unterschiedlicher Fähigkeiten ein Produkt entsteht, das es sonst nicht gegeben hätte, etwa ein Auto, zu dessen Produktion verschiedenste Berufe zusammengebracht und koordiniert werden mussten.

## Zwei Folgerungen der Arbeitsteilung

Damit jemand bei der arbeitsteiligen Kooperation der Herstellung von Gütern und Bereitstellung von Diensten mitmachen kann, muss er Zeit haben, die er nicht zu seiner und der Versorgung der Seinen aufwenden muss. Ein Grundauskommen – nennen wir es so zur Abgrenzung zum folgenden Einkommen – muss ihm gewiss sein. Dann kann er, selbständig oder in einer Unternehmung, seine Fähigkeiten zur Versorgung anderer einbringen.<sup>15</sup>

Das Grundauskommen stellt sich aus dieser Perspektive als ein gesellschaftlich zu sicherndes Gut dar, da es die Voraussetzung für alle darüber hinaus zu erbringenden Leistungen für die Gesellschaft ist. Darunter fallen die in der Familienarbeit (Kinder, Kranke, Alte) zu erbringenden Leistungen, die Freiwilligenarbeit, das Ehrenamt und Produktion sowie die Güter und Dienstleistungen, die in entlohnter Arbeit erbracht werden.

Die Erträge, die selbständige oder angestellte Arbeit in Güterproduktion oder Dienstleistung bringt, behält der Selbständige für sich als sein Einkommen. Angestellte sind darauf angewiesen, dass der „Hausherr“ im Unternehmen sie angemessen am Ertrag des gemeinsamen Arbeitsergebnisses beteiligt.<sup>16</sup>

## Was ist das Problem der aktuellen Regelung?

Gegenwärtig ist die Versorgung mit Geld für alle nicht Selbständigen an Unternehmen delegiert. Tarifpartner sollen gemeinsam zu einem angemessenen Modus der Entlohnung finden. Was auf dieser Ebene nicht ex ante gelöst werden kann, löst der Sozialstaat ex post. So ist die Versorgung mit den beiden oben genannten Komponenten Aus- und Einkommen an einen Arbeitsplatz in der Wirtschaft oder einer Behörde gekoppelt. Das hat zur Folge,

<sup>14</sup> Adam Smith: An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. London 1776

<sup>15</sup> Gustav Schmoller: „Hauptsächlich aber muss, wenn irgendwo volle Arbeitsteilung stattfinden soll, durch gesellschaftliche Einrichtungen für den Unterhalt, für die Ernährung, Bekleidung und Behausung derer gesorgt werden, welche ihre ganze Arbeitskraft andern widmen.“

<sup>16</sup> Johann Karl Rodbertus: „Die Theilung der Arbeit könnte ebenso gut Theilung des Erarbeiteten heissen, denn dieser Begriff ist erst die notwendige Ergänzung des ersteren.“

dass, um das Auskommen zu sichern, Erwerbsplätze auch in Unternehmen erhalten werden, deren Geschäftsmodell nicht nachhaltig ist, bzw. die Lebensgrundlagen sogar gefährdet. Unternehmen sind betriebswirtschaftlich ausgerichtet, der Wettbewerb geht vorwiegend über den Preis. Die Einkommen der Mitarbeitenden als Kostenfaktor zu reduzieren, stellt eine wesentliche Möglichkeit der Einsparung dar. Ankündigungen von Stellenstreichungen haben regelmäßig das Steigen von Börsenwerten zur Folge, was auf erhöhte Gewinnerwartungen der Shareholder zurückzuführen ist.

Die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Gesichtspunkten, wie sie eigentlich in der Verfassung gefordert sind,<sup>17</sup> kann Unternehmen offensichtlich nicht selbst überlassen werden. In den Nachkriegszeiten hat das Wachstum die Problematik der Regelung verdeckt.

Der Gesellschaftsvertrag, niedergelegt in der Verfassung, wird von Partikular-Interessen einseitig ausgelegt, was bis zur Plünderung des Staates gehen kann (Cum/Ex). Internationale Unternehmen nehmen sich das Recht heraus, Staaten zu verklagen, die ihre Ertragserwartungen mindern (TTIP). Zur Vermeidung von Steuerzahlungen gibt es Konstruktionen, die selbst von den geschädigten Staaten nur halbherzig bekämpft werden – es geht ja um Arbeitsplätze ...

## Was wäre mit einer Trennung des Grundauskommens und des Erwerbseinkommens gewonnen?

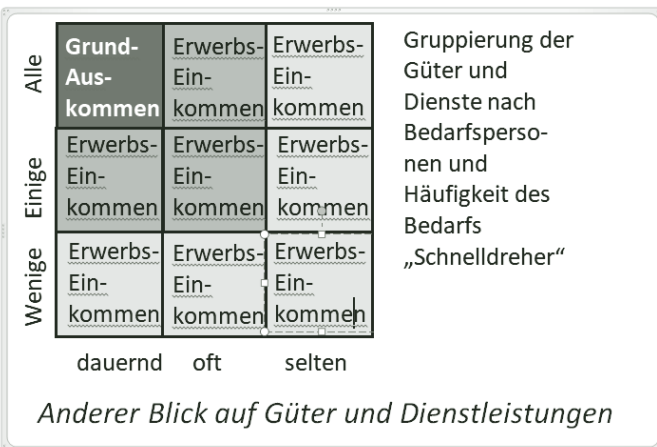
Das Grundauskommen sollte für die Bürger eine Teilhabe an Gütern und Diensten, sowie an kulturellen Aktivitäten ermöglichen. Dabei geht es im Prinzip darum, das, was alle immer wieder brauchen, als Grundausstattung im Voraus bereitzustellen. Dann kann jede Bürgerin, jeder Bürger auf dieser Basis tätig werden, sei es, um sich und die Seinen mit Geld zu versorgen oder für die

<sup>17</sup> Beispielhaft in der Verfassung des Freistaates Bayern:

Art. 151: Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.

Art. 157 Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.

Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.



Bedürfnisse anderer in Familienarbeit, Ehrenamt oder Freiwilligendiensten.

Diese Trennung hätte die Entkoppelung des Auskommens von der Existenz von Erwerbsarbeitsplätzen zur Folge, was angesichts der planetaren Probleme für mehr politische Freiheitsgrade sorgen könnte.

### Die Trennung sollte von weiteren Einrichtungen begleitet sein.

Das Prinzip des Wettbewerbs um Marktanteile führt unübersehbar zu einer Überproduktion für die Märkte.<sup>18</sup> Um eine Produktion vom Konsum her zu denken und einzurichten, braucht es eine Kooperation entlang der Wertschöpfungsketten, die man als „reverse Fair Trade“ bezeichnen könnte. Zur Verschwendung tragen alle bei: Hersteller, Landwirtschaft, Handel und Verbraucher. Eine „Assoziation der Verschwender“, könnte es mit gutem Willen in einer konzertierten Aktion erreichen, dass die Produktion sich dem Konsum annähert, ohne dass eine Planwirtschaft oder Lebensmittelmarken eingeführt werden müssen. Die „Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“ der Bundesregierung<sup>19</sup> will die Lebensmittelabfälle pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene um die Hälfte senken. Auch die Nahrungsmittelverluste entlang der Produktions- und Lieferkette sollen sich verringern. Dieses könnte – Silo übergreifend – im Zusammenhang mit einem Grundausskommen angegangen werden.

### Vom Konsum her wirtschaften

Wenn alle Verkäufer von Lebensmitteln, die ihre interne Verkaufsstatistik über Gütergruppen aggregieren, monatlich einer Institution meldeten, die daraus eine weiter aggregierte und damit anonymisierte Gesamtstatistik erstellt, so wäre bekannt, was die Bürger, ihren individuellen Lebensstilen entsprechend, aus den Regalen genommen haben.

Die Gütergruppen müssten einem Grundausskommen-Warenkorb zugeordnet sein. Die zur Wiedernahme erforderlichen Zahlungsmittel könnten dann jedem Bezugsberechtigten in Form von Pay-Ahead-Punkten (reverse PayBack) bereitgestellt werden. Diese Funktion der Statistik-Aggregation und Dividendenausschüttung sollte eine transparent geführte Agentur unter Leitung der Zentralbank ausüben.

Aus praktischen Erwägungen schlage ich vor, diesen Teilhabe-Punkten eine Gültigkeit von drei Monaten

<sup>18</sup> Rudolf Steiner: „Es wird also heute für den Markt ohne Rücksicht auf den Konsum produziert, nicht im Sinne dessen, was in meinem Aufsatz ‚Geisteswissenschaft und soziale Frage‘ ausgeführt worden ist, sondern man stapelt in den Lagerhäusern und durch die Geldmärkte alles zusammen, was produziert wird, und dann wartet man, wieviel gekauft wird. Diese Tendenz wird immer größer werden, bis sie sich – wenn ich jetzt das Folgende sagen werde, werden Sie finden, warum – in sich selber vernichten wird“. GA 184, Die Polarität von Dauer und Entwicklung im Menschenleben. 9. Vortrag, Dornach, 22. September 1918  
<sup>19</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lebensmittel-abfaelle-halbieren-1581854>

zu geben (use it or loose it). Die Konversion in Buchgeld über die Agentur ist Verkäufern vorbehalten. Bürger können die Punkte untereinander übertragen. Die technische Ausprägung ist als „CBDC“<sup>20</sup> denkbar – eine interessante Entwicklungsaufgabe für Programmierer. Soviel dazu hier in aller Kürze.

### Woher soll das Geld kommen?

Diese Standardfrage der Tauschgeldwirtschaft kann prinzipiell nicht innerhalb der Tauschgeldwirtschaft beantwortet werden. Um aus diesem Denk-Silo herauszukommen, braucht es mehr Klarheit darüber, dass wir keine Selbstversorger in Geld sind, sondern fremdversorgte Fremdversorger, die das Teilen der Arbeitsergebnisse durch den Schein der Selbstversorgung mit Geld kaschieren.

### Bedingungen des Wirtschaftens

Keine Person, kein Unternehmen erwirtschaftet Erträge bedingungslos, oder anders gesagt, niemand stellt alle Bedingungen seiner Tätigkeit selbst her. Auch die neuesten Errungenschaften der Technik bauen auf der Wissenschaft der Vergangenheit auf. Unternehmen arbeiten in einer Infrastruktur, die sie nur zum geringsten Teil selbst erstellt haben. Sie nutzen Ressourcen der Natur, verbrauchen sie. Die Menschen, die bei ihnen arbeiten, haben sie nicht großgezogen oder ihnen eine Allgemeinbildung beigebracht. Sie sorgen nicht selbst für Recht und Ordnung.

Aus diesem Grunde sind sie gehalten, einen Teil ihrer Erträge mit der Gesellschaft zu teilen, etwas zu deren Erhalt beizusteuern. Dem entziehen sich aber nicht wenige in großem Maßstab.

*„Die durch Steuerflucht verursachten jährlichen Einnahmeausfälle bewegen sich für Deutschland mindestens im zweistelligen Milliarden-Bereich. Nach einer Berechnung der EU-Kommission gehen den EU-Staaten durch Steuerbetrug im Durchschnitt jährlich 2 bis 2,5 % ihres BIP an Steuereinnahmen verloren, mithin 200 bis 250 Milliarden Euro.“*

*Das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen (IAW) hat in einer vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebenen Studie ein Volumen von knapp 350 Milliarden Euro jährlich errechnet.“<sup>21</sup>*

Dieser offensichtlich rein betriebswirtschaftlich motivierte Verstoß gegen den Gesellschaftsvertrag kann eigentlich von der Gesellschaft nicht hingenommen werden angesichts der dadurch verursachten Verzerrung der Verteilung des Geldes.

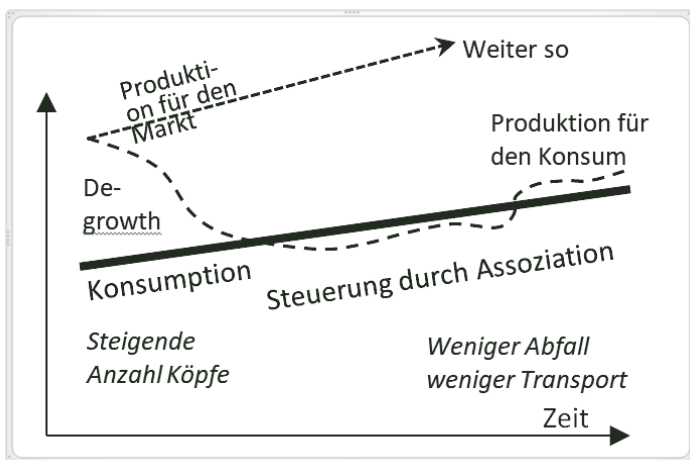
Die Gestaltung der Teilhabe an einem gesellschaftlich organisierten Grundausskommen, das in einem revolvingierenden Punktesystem mit begrenzter

<sup>20</sup> CentralBankDigitalCurrency - Digitales gesetzliches Zahlungsmittel, emittiert von der Zentralbank.

<sup>21</sup> Steuermoral und Steuerflucht (2008): <https://preview.tinyurl.com/ycoox5r4>

Geltungsdauer besteht, das sich in der Höhe am echten Verbrauch orientiert, muss sich nicht der Frage stellen, woher das Geld kommt, sondern wie die konsumierten Güter und Dienste wieder im rechten Maß und nachhaltig produziert „auf den Tisch“ kommen.

Im bedingungslosen Grundauskommen können sich Unternehmen und Selbständige an der Ermöglichung und der Erhaltung der Bedingungen beteiligen, auf deren Grundlage sie wirtschaften und die sie nicht selbst herstellen.



In der Assoziation der Produzenten, Händler und Konsumenten kann sich ein Instrument der Steuerung von Güterströmen entwickeln, das nur so weit wächst, bis es genug ist. Dieses „Wachstum“ heißt derzeit Degrowth.

### Hans-Florian Hoyer,

Jahrgang 1948, arbeitete ab 1994 in der GLS Gemeinschaftsbank in Bochum. Davor war er sieben Jahre als freier Mitarbeiter dort tätig und leitete das Freie Bildungswerk Bochum. Zuvor war sein Lebensmittelpunkt Stuttgart, wo er nach dem Architekturstudium als freier Mitarbeiter in einem Softwarehaus programmierte und als Assistent am Institut für Grundlagen der Planung bei Professor Horst Rittel (Planungstechniken, -logiken, -ethiken) in der Lehre arbeitete.

In einer Auszeit von einem Jahr konnte er sich 1982/83 dem Studium der Grundschriften Rudolf Steiners im Anthroposophischen Studienseminar widmen und ist seitdem inspiriert von der den Horizont erweiternden Kraft der Anthroposophie, insbesondere wenn es um die Frage geht, wie Menschen auf diesem Planeten ihr Zusammenleben gemeinsam sinnvoll gestalten können. Dabei hängt er der Theorie an, dass nur grundlegende Änderungen der gewachsenen Gesellschaftsformen in Zukunft Bestand haben werden. Dazu gehört auch die Motivation, über das Win-Win zweier Akteure hinaus, danach zu fragen, ob und wie die betreffende Gemeinschaft (Firma, Gesellschaft, ...) auch auf die Gewinnerseite kommt.

Quelle der Kurzbiografie: <http://www.3win-institut.de/3win/beirat>

## Drei Wege

Mein Beitrag zu Peter Wassmers Frage im letzten Heft: „Wie nutzen wir die Krise als Chance?“ Und: „Geht es überhaupt um einen gesellschaftlichen Durchbruch?“

**Michael Wilhelmi**

Zu dieser „Durchbruchsfrage“ findet Matthias Wiesmann im letzten Heft eine wichtige Unterscheidung: Sieht der „Dreigliederer“ Ansatzpunkte für Zukünftiges im Bestehenden, an die er anknüpfen kann oder kommt er von außen an die bestehende Realität heran? Will er einer anderen Realität zum „Durchbruch“ verhelfen, weil er nicht in die bestehende Realität eintaucht? Damit kommt er dann nicht in Kontakt mit den Menschen (und ihrem Kreativitätspotential), die bereits anders denken und assoziativ handeln. Er ist dann nur mit seiner eigenen Truppe unterwegs, also „sektiererisch“ würde ich sagen. Ganz in diesem Sinne möchte ich deshalb von drei Wegen sprechen, weil ich beobachte, dass ganz viele Menschen und NGO-Gruppen auf einem dieser drei Wege längst unterwegs sind, ohne die Dreiheit im Bewusstsein zu haben.

### Gleichheit im Rechtsleben

Am auffälligsten ist das bei der dreistufigen Volksgesetzgebung von Mehr Demokratie, einem praktischen Weg zur Gleichheit im Rechtsleben, der in den Bundesländern längst gegangen wird und nur noch die Bundesebene erreichen muss, gestärkt durch den 2019 gegründeten Bürgerrat! Der Omnibus für direkte Demokratie ist ständig unterwegs. Nur ganz wenige von all den Mitgliedern und Mitarbeitern wissen jedoch überhaupt noch, dass dies einer Dreigliederungsinitiative entsprungen ist! Wie viele Dreigliederer unterstützen diesen Weg? Darüber hinaus ist die Frage der Bürgerbeteiligung, die Genderfrage, ja sogar die Frage der Bürgerhaushalte in anderen Bereichen in Bewegung, weil das Selbstbewusstsein selbst in Diktaturen mit jeder neuen Generation zunimmt.

### Wie steht es mit dem freien Geistesleben?

Die Waldorfschulen sind in der ganzen Welt unterwegs und vermehren sich überall, wo Menschen sie wahrnehmen und wollen. Die „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“, aufgestellt vom Bund der Freien Waldorfschulen, werden von den meisten Eltern (auch der Staatsschulen!) unterstützt. Und die Waldorfschulen sind keineswegs alleine! Montessori-Schulen und andere freie Schulen, freie Universitäten und Bildungseinrichtungen stehen im Wettbewerb mit den alt gewordenen und viel kritisierten Staatsschulen und wachsen weiter. Viele NGOs gründen freie Bildungs- und Forschungsinstitute. Und selbst in den Staatsschulen wächst inzwischen die Forderung nach mehr Autonomie und Selbstverwaltung.

### Und die Wirtschaft?

Armin Steuernagel, Gerald Häfner u.a. arbeiten mit Unternehmer\*innen zusammen an einem unverkäuf-

lichen und damit der Spekulation entzogenen Verantwortungseigentum, d.h. ganz neuen Eigentumsformen, wie sie bereits von R. Steiner gefordert wurden. Mit dabei z.B. die Firma „Einhorn“, die die gesamte Hierarchie abgebaut hat: Jeder kommt ins Büro, wie er es für notwendig hält. In allen großen Städten entstanden Ernährungsräte, welche die Politik im Hinblick auf die Gesundheit und Klima so entscheidende beeinflussende Landwirtschaft zur Verantwortung rufen.

Viele Menschengruppen arbeiten an neuen Lebens- und Produktionsformen, weil sie den Zerfall des Kapitalismus vor Augen haben. J. Rifkin gibt dem Kapitalismus nur noch 30 Jahre. Ich wäre da eher noch optimistischer. Beispiel Forum Kreuzberg: 160 Genossen in sechs Häusern finanzieren mit 80.000 Euro Schenkungsgeld im Jahr ihre und andere Bildungseinrichtungen. Und wir sind winzig gegenüber Sekem, Monte Azul oder Mondragon in Spanien. In Berlin kann der Staat spekulative Hauskäufe im Milieuschutzgebiet an Genossenschaften weitergeben, wenn der Käufer nicht Sozial-Standards unterschreibt, was Steiner ja grundsätzlich im Zusammenhang mit Eigentum gefordert hat. In Brasilien wehrt sich inzwischen sogar die Industrie massiv gegen Bolzonaros Waldverbrennungen.

Die Dreigliederung ist also überall unterwegs, wo Menschen nach sachlichen Lösungen suchen, aber ganz leise! (Die Medien reden nur über vom Crash bedrohte Banken, während die GLS-Bank 35.000 Neukunden 2019 gewinnt und sich zur Hausbank von Zivilgesellschaftsinitiativen entwickelt.) Warum? Eine Dreigliederung liegt nicht nur im menschlichen Organismus vor, sondern in der Konstitution der ganzen Welt! Und was falsch ist wie der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form (!), erledigt sich irgendwann selbst. Nur Geduld! (Aristoteles: Geld ist ein Mittel! Als Selbstzweck wirkt es versklavend und zerstörerisch!)<sup>1</sup>

Ist es ein Zufall, dass genau 100 Jahre nach der Dreigliederungsbewegung von 1919 ein fünfzehnjähriges Mädchen eine Weltbewegung erzeugt, die ebenso wie die damalige Initiative auf das Ganze geht? Öffnet sich da nicht ein Fenster? Und kann es sein, dass die Corona-Krise eine Antwort der geschundenen Tierwelt auf die Ausbeutung der Natur ist? Noch ein Zeitphänomen: Viele NGOs, die bisher weitgehend allein gewirtschaftet haben, arbeiten heute immer mehr zusammen, um effektiver zu werden. Man vergleiche die im letzten Heft dokumentierte Initiative „Anders wirtschaften jetzt!“ Als ich die Frage derartiger Zusammenarbeit mit anderen auf früheren Netzwerktreffen stellte, gab es nach meinem Eindruck noch wenig Echo.

Uwe Burka hat ja in seinem „Brandbrief“ die Liste für die „Drei Wege“ schon aufgestellt. Jeder wählt den Weg oder die Wege, zu denen er die Fähigkeiten mitbringt. Viel Freude beim Wandern und Entdecken!

<sup>1</sup> Viele Phänomene der Dreigliederung finde ich in Matthias Horx' Buch „Die Zukunft nach Corona: Wie eine Krise die Gesellschaft, unser Denken und unser Handeln verändert“, ECON-Verlag 2020

# Initiativen und Termine

## Gesundheit aktiv

### **Gemeinsam für Gesundheitskompetenz, Patientenorientierung und Integrative Medizin**

**W**ir sind ein unabhängiger, gemeinnütziger Bürger- und Patientenverband und machen uns dafür stark, die Gesundheitskompetenz der Bürger\*innen zu erhöhen, eine ganzheitliche, integrative Medizin zu fördern und ein patientenorientiertes Gesundheitswesen zu gestalten. Ein wesentliches Anliegen ist uns, die in diesen Feldern tätigen Menschen, Initiativen und Organisationen zu vernetzen. Das heißt konkret:

#### Gesundheit aktiv

- Unterstützt Menschen darin, ihre Gesundheit positiv zu beeinflussen und im Fall einer (chronischen) Krankheit eine gute Lebensqualität möglichst lange zu erhalten. Dazu bieten wir Informationen und Services an und haben das U-Health Format entwickelt, das Betroffenen hilft, ein für sie sinnvolles und stimmiges Gesundheitskonzept zu finden und im Alltag zu verankern.

- Setzt sich für die Integrative Medizin, das heißt für die Gleichstellung von Schulmedizin und ganzheitlicher Naturmedizin ein. In diesen, von einer breiten Mehrheit der Patient\*innen gewünschten Ansatz bringen wir die Perspektive der Anthroposophischen Medizin ein und formulieren entsprechend Bedürfnisse und Forderungen von Patient\*innen. Ohne Scheuklappen und unabhängig davon, ob jemand privat oder gesetzlich versichert ist.

- Unterstützt Projekte und Initiativen, die Gesundheit in verschiedenen Lebenswelten fördern und ein patientenorientiertes Gesundheitswesen gestalten. Wir machen Bürger\*innen und Patient\*innen als Akteure in aktuellen gesundheitspolitischen Diskursen sichtbar und bringen Patienteninteressen in den Entscheidungsprozess ein.

Für diese Ziele organisieren wir Kampagnen, Veranstaltungen, Workshops und Kongresse, veröffentlichen einen monatlichen Newsletter, verlegen ein Magazin sowie themenorientierte Broschüren, Hörbücher und DVDs. Unseren Unterstützer\*innen bieten wir einen besonderen Service.

Quelle: <https://www.gesundheit-aktiv.de/>

# Netzwerktreffen 2020

## Freies Geistesleben?

**Umkämpftes Terrain: Die Selbsterweckung des Geisteslebens im Spannungsfeld zwischen staatlicher Vormundschaft und ökonomischer Usurpation**

**Fr. 27. bis So 29. November 2020**

**Ort: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart**

**L**iebe Freundinnen, liebe Freunde, sehr herzlich laden wir Sie/Euch zum Jahrestreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung ein. Es soll dieses Jahr in Stuttgart stattfinden – im Forum 3, das gerade im vergangenen Jahr seinen 50. Geburtstag gefeiert hat. Wir setzen darauf, dass Saalveranstaltungen im Oktober bei Wahrung von Abstandsregeln und dadurch bedingter Begrenzung der Teilnehmerzahl möglich sind. Wegen der Begrenzung empfehlen wir möglichst umgehende Anmeldung. Im Mittelpunkt steht diesmal das Freie Geistesleben und seine Zukunft. Den Ablaufplan findet man weiter unten (Änderungen vorbehalten).

Für die Vorbereitungsgruppe  
André Bleicher, Stefan Padberg, Christoph Strawe

### Anmeldungen über das Anmeldeformular

<https://www.sozialimpulse.de/studienangebot/anmeldeformular-netzwerk/Netzwerk>

## Ablauf des Netzwerktreffens 2020

### Freitag, 27. November 2020: Einführung

- 19:00 – 20:00  
Begrüßung (Christoph Strawe), Einführung ins Thema (Stefan Padberg), Vorstellungsrunde
- 20:00 – 21:30 Das doppelte Gesicht des Geisteslebens: Geistesleben als Produzent von Unfreiheit, Geistesleben als Bedingung der Freiheit (Vortrag André Bleicher, Aussprache)

### Samstag, 28. November 2020

#### Block I: Geistesleben und Staat (9:00 – 12.30)

- 09:00 – 10:30:
- Bestandsaufnahme in der neuen Unübersichtlichkeit: Staat auf dem Rückzug! Freies Geistesleben auf dem Vormarsch? (Albert Schmelzer) 45'
  - Diskussion 45'
- 10:30 Pause

11:00 – 12:30:

- FridaysForFuture: Kalkulierte Regelverletzung im Bildungssektor und die Blamage des Staates (Demokratische Stimme der Jugend) 30'
  - Rückzug des Staates aus dem Gesundheitswesen: Befreiung von staatlicher Bevormundung? (Stefan Padberg) 30'
  - Diskussion 30'
- 12:30 Mittagspause

#### Block II: Selbstbestimmung des Geisteslebens (15:00 – 18:30)

15:00 – 16:30:

- 50 Jahre Forum 3 Stuttgart, Wege und Irrwege (Ingrid Lotze, Ulrich Morgenthaler) 45'
- Fragen, Gespräch 15'
- Cusanus Hochschule – von der allzu schnellen Zersplitterung eines Impulses (Fabian Warislohner) 30'

17:00 – 18:30

- Probleme bei der Einrichtung eines selbstverwalteten Studiengangs ‚Philosophie und Weltgestaltung‘ (Gruppe selbstbestimmt Studieren, Fedelma Wiebelitz, Gina Witzig, Elisabeth Rybak) 35'
- Neue Wege in der Selbstverwaltung (Wolfgang Rau) 30'
- Diskussion (18:30 Abendpause) 25'

#### Block III: Geistesleben und Ökonomie (Sa, 20:00 – So, 10:30)

20:00 – 24:00h

- Finanzierung des Geisteslebens, Verhältnis Geistesleben und Wirtschaftsleben (Gerald Häfner) 45'
- Organische nicht-technokratische Ansätze der Finanzierung des Geisteslebens (Gespräch) 30'
- Filmnacht: Vincennes, l'université perdue, Dokumentarfilm (Einleitung A. Bleicher) 22'

### Sonntag, 29. November 2020

9:00 – 10:30h

- Berichte aus verschiedenen Initiativen (jeweils ca. 5 Minuten). Moderation: Moritz Christoph 90'
- 11:00 – 13:00:  
**Abschlussplenum und Schlusswort**  
(Gerald Häfner)



## 2021: 50 Jahre Achberg

**Save the Date: 2021 feiert das Internationale Kulturzentrum Achberg sein 50-jähriges Bestehen. Wir bitten darum, den Termin für die Jubiläumsveranstaltung vom 28.-30. Mai 2021 vorzumerken.**

**L**iebe Freundinnen und Freunde des Achberger Impulses, liebe Interessierte,

zum 50-jährigen Jubiläum des Internationale Kulturzentrum Achberg (INKA) informieren wir Dich/Sie, sowie all die anderen Menschen, die in den letzten Jahrzehnten in unterschiedlicher Weise am Leben des Internationalen Kulturzentrums Achberg und an dessen Arbeit teilgenommen haben und auch diejenigen, die bis heute in der Forschung, Kommunikation und den aktuellen Projekten weiter mitwirken – oder sich dafür interessieren.

Seien es Menschen, die ihrer freien Initiative entsprechend in eigenen Zusammenhängen wirken – in Projekten, Einrichtungen, wirtschaftlichen oder sozialen und kulturellen Unternehmen, die sich aus dem gemeinsamen Achberg Anfangsimpuls herausdifferenziert haben und die sie dann – unabhängig von den getrennt weiterlaufenden INKA-Aktivitäten im engeren Sinne – selbständig weitergeführt haben.

Oder sei es, dass sie in den diversen Arbeitsbereichen des Kulturzentrums in Achberg oder von Achberg ausgehend in ihrem jeweiligen Lebensbereich beteiligt waren an Projekten des von Wilfried Heidt geleiteten und verantworteten Teils der Arbeit, einer Arbeit, mit der versucht wurde, in die Gestaltung der Gesamtgesellschaft hineinzuwirken und für die mit dem INKA auch das Achberger Institut für Sozialforschung gegründet wurde.

Einladen wollen wir alle, die so in verschiedenster Weise ihren Beitrag zu den gesellschaftlichen Erneuerungsbestrebungen gaben und immer noch geben, im Ganzen sowie in einzelnen Funktionssystemen des gesellschaftlichen Lebens und dessen Organisationen und Unternehmen.

Hiermit informieren wir Euch/Sie alle, dass das Internationale Kulturzentrum Achberg im nächsten Jahr seinen 50. Jahrestag feiert und bitten darum, das Wochenende vom 28.-30. Mai 2021 für diesen „50-Jahre-INKA-Event“ vorzumerken.

Bisher haben Michael Bader, Gerald Häfner und Gerhard Schuster zugesagt, Jubiläums-Beiträge zu geben. Johannes Stütgen ist für einen Beitrag angefragt. Möglichst viele Kurzbeiträge von Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Achberg erlebt haben, werden angefragt.

Ingrid Feustel hat es übernommen, ein Zusammentreffen von Persönlichkeiten und Organisation aus den Regionen Dreiländereck Bodensee, Oberschwaben und Allgäu zu organisieren, sodass Interessierte sich über diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten um Achberg herum informieren können, die mit dieser von Ingrid repräsentierten Strömung des INKA

verbunden sind. Weitere Initiativen können ergriffen und in die Jubiläumsveranstaltung eingebracht werden, wenn sie mit dem koordinierenden Kreis vereinbart worden sind.

Ingrid Feustel, Christoph Klipstein und Franz Hansert, die von Anfang an mit dem INKA verbunden sind, werden am 28. Mai 2021 das „50-Jahre-INKA-Event“ mit kurzen Beiträgen eröffnen und zusammen mit dem Initiator der Veranstaltung die Anwesenden begrüßen.

Das Programm für die Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag dieses sozialen Lebewesens wird Blicke zurück auf die Wurzeln und den Anfang sowie auf seinen weiteren Lebensverlauf und die Aufgaben in der Gegenwart und Zukunft enthalten.

Herzliche Grüße

vom Vorstand des Internationalen Kulturzentrums Achberg e.V.

Christoph Klipstein, Gerhard Meister, Herbert Schliffka, Gerhard Schuster

und von weiteren Mitwirkenden in der Gründerzeit, in der Leitung der Humboldt-Haus Betriebsgesellschaft, in operativen Leitungsgremien von aktuellen INKA-Projekten, im kooperativen Mitgliederverein des INKA e.V. und beim INKA-Partner, der Stiftung Media.

Ingrid Feustel, Rainer Rappmann, Birgit Irmer, Loes Swart, Uwe Scheibelhut, Daniel Schily, Annette Rappmann, Michael W. Bader, Simone van Kempen

## Kolloquium

**zur Aufarbeitung der Corona-Krise  
16.-18. Oktober 2020, R. Steiner Haus Berlin**

**Thomas Brunner**

„Man ist eigentlich schon auf dem Wege zur Anerkennung des Geisteswesens der Welt, wenn man ernstlich Menschenverständnis sucht. Denn man wird in diesem Suchen gewahr, dass die Naturerkenntnis in bezug auf den Menschen keine Aufschlüsse gibt, sondern nur Fragen erzeugt.“  
(Rudolf Steiner)

**D**ie Corona-Krise zeigt schon jetzt eine weltweite, viele Lebensfelder verändernde historische Dimension. Das Kolloquium soll Raum bieten, diese Dimension insbesondere aus anthroposophischer Perspektive zu beleuchten. Weniger dem intellektuellen unverbindlichen Austausch, als vielmehr der Wahrnehmung und Würdigung ganz individueller Forschungsergebnisse soll ein Milieu der achtungsvollen Aufmerksamkeit gebildet werden.

In Vorträgen und Gesprächen sollen insbesondere folgende Schwerpunkte besprochen und vertieft werden:

1. Betrachtung der Virus-Problematik
2. Die Corona-Krise: Medizinische, psychologische, sozialwissenschaftliche Aspekte
3. Weltanschauliche und erkenntniswissenschaftliche Fragestellungen
4. Die Notwendigkeit einer interdisziplinären Wissenschaftskultur
5. Die sich aus der Anthroposophie ergebende Verantwortung
6. Konsequenzen und Perspektiven

Beitragende: Dr. Thomas Hardtmuth, Jens Göken, Corinna Gleide, Dr. Peter Guttenhöfer, Dr. Manfred Schulze, J. Christopher Kübler, Hubert Schmidleitner, Prof. Dr. Karen Swassjan, Andreas Laudert, Dr. Konrad Schily, Clara Steinkellner, Thomas Brunner u.a.

Ort: Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr. 90/92, 14195 Berlin, Termin: Fr., 16. Oktober 2020, 18.00 Uhr – So., 18. Oktober 2020, 13.00 Uhr

Tagungskarte: 50,- € / erm. 25,- €  
Einzelvortrag: 12,- € / erm. 8,- €.  
Veranstalter: Freie Bildungsstiftung

Anmeldung/Info: Thomas Brunner, 0355-4887480, kontakt@freiebildungsstiftung.de

André Bleicher – Die Präsidentschaftswahlen in der USA: Fortsetzung des Bonapartismus?  
Montag, 9. November / 19:30 - 21:30

Dr. Gregor Arzt: Erd- und Sternenklang  
Freitag, 13. November / 19:30 - 21:30

Johannes Greiner – Die Liebe und ihre Bedeutung in der Welt  
Montag, 16. November / 19:30 - 21:30

Christoph Kranich / Frank Hörtreiter – Transgender, Transsexualität, Queer  
Freitag, 20. November / 19:30 - 21:30

Dr. Christian Schopper:  
Lebensfreude – Lebenskraft  
Mittwoch, 25. November / 19:30 - 21:30

Hans-Bernd Neumann: Der vierfache Strahlenmantel der Erde  
Freitag, 18. Dezember / 19:30 - 22:00

Anna-Cecilia Grün: Teil des Wandels sein  
Freitag, 15. Januar 2021 / 19:30 - 21:00

#### **Ansprechperson:**

Ulrich Morgenthaler  
Telefon 0711/4400749-66  
Email: E-Mail an Aktuelle Themen

Vorbestellungen bis 1 Werktag vor der Veranstaltung unter: [aktuelle-themen@forum3.de](mailto:aktuelle-themen@forum3.de) oder Tel. 0711 4400749-77 Mo. bis Fr. 18 – 20 Uhr

Kasse: Öffnet eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn.

Bestellte Karten unbedingt bis 10 Minuten vor der Veranstaltung abholen.

Bitte sagen Sie ab, wenn Sie nicht kommen.

## **Vorträge im Forum 3**

**Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart**

Barbara Messmer – Die „Natur der Frau“?  
Montag, 28. September / 19:30 - 21:30

Carolin Hacker – Homöopathie  
Montag, 5. Oktober / 19:30 - 21:30

Häfner, Morgenthaler – Werkstattgespräch: Demokratie im Krisenmodus

Freitag, 9. Oktober / 19:00 - 21:30  
Wohlfeil, Morgenthaler – Schlange und Drache

Montag, 12. Oktober / 19:30 - 21:30  
Gabriela Reinwald – Willst Du recht haben oder Zukunft gestalten?

Freitag, 23. Oktober / 19:30 - 22:00  
Online-Vortrag: Celia Schönstedt – Kopf und Herz im Einklang

Montag, 2. November / 19:30 - 21:30  
Josef Ulrich – Selbstheilungskräfte: Quellen der Gesundheit und Lebensqualität  
Freitag, 6. November / 19:30 - 21:30

# Literatur

## Mit Vorsorgekapital anders umgehen – Die CoOpera setzt auf Realwirtschaft. Von Matthias Wiesmann

Mit einer Einleitung von Udo Herrmannstorfer und einem Nachwort von Daniel Maeder, Futurum Verlag Basel 2020, 224 S., EUR 19.80 CHF 23.80, ISBN 978-3-85636-264-5

*„Eine fesselnde Lektüre für alle, die dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus kritisch gegenüberstehen und nach praktischen Alternativen und Initiativen suchen.“ (Christoph Strawe)*

Die CoOpera Sammelstiftung PUK feiert dieses Jahr ihr 35jähriges Jubiläum. In ihrem Jubiläumsjahr ist sie der Beweis, dass Pensionskasse auch anders geht. Gründungsmitglied Matthias Wiesmann hat in seinem neuen Buch die Geschichte und die besonderen Qualitäten und Grundsätze der CoOpera beschrieben. Das Buch zeigt anhand von zahlreichen Beispielen, was die CoOpera Sammelstiftung PUK anders macht. Zentrales Credo: Investieren in der Realwirtschaft.

Der Verfasser über Inhalt und Intentionen des Buches:

Die Vorsorgeeinrichtung CoOpera Sammelstiftung PUK wurde 1984 von fünf Menschen gegründet, die alle im Bereich der nachhaltigen Wirtschaft tätig waren, mit der fatalen politischen Entscheidung für eine kapitalbasierte Altersvorsorge in der Schweiz konfrontiert waren und sich mit ihren Unternehmen nicht einer der großen Versicherungsgesellschaften, mit deren Anlagepolitik sie sich nicht identifizieren konnten, anschließen wollten. Etwa 30 Jahre lang waren die fünf Gründer in der Führung dieser Stiftung tätig, einige sind es bis heute. Kontinuität und Weitervermittlung von Zielen und Werten waren damit gewährleistet. Mit Wachstum und Erweiterung des ‚Werkraums CoOpera‘ kamen Menschen hinzu. Die Gründergeneration wird in absehbarer Zeit abgetreten sein. So war es denn naheliegend, in einer Monografie rechtzeitig sichtbar zu machen, wie sich die CoOpera entwickelt hatte und welches ihre Ziele sind.

Mit dem Kapital verhält es sich doch wie mit dem süßen Hirsebrei in Grimms Märchen. Der Brei quillt über und niemand vermag sich an den Befehl ‚Töpfchen, steh‘ zu erinnern, um den Überfluss zu stoppen. Und so werden (beispielsweise) weiterhin Wohnungen gebaut, obwohl bereits viele leer stehen. Werden sie deshalb billiger – nein teurer! Weil der

Kapitalüberfluss die Bodenpreise in die Höhe treibt. Und es wird immer noch mehr in Aktien investiert, obwohl eigentlich zu wenig davon vorhanden ist, was die Kurse trotz trüben Wirtschaftsaussichten zu Höhenflügen bringt. Gebäude, Straßen, Bahnen, Telekommunikationsanlagen, Fabriken, Sportanlagen und so weiter – ohne Kapital wäre unsere Umwelt, so wie sie uns umgibt, nicht entstanden. Kapital ist so notwendig wie der Erfindergeist. Die Pensionskassen gehören zu den ganz großen Sammlern von Kapital.

Dieses in der Wirkung ambivalente Kapital muss gepflegt und gehütet werden. Das kostet. Eine AHV-Monatsrente<sup>1</sup> von 2000 Franken kostet nicht ganz 10 Franken an Verwaltungsaufwand. Eine Pensionskassenrente von 2000 Franken kostet 275 Franken – fast 30mal mehr. Gibt es einen der Preisdifferenz entsprechenden Zusatznutzen der 2. Säule? So groß der Preisunterschied ist, so vernachlässigbar scheint er zu sein. Denn in den andauernden Vorsorgediskussionen taucht er als Problem überhaupt nicht auf.

In meinem soeben erschienenen Buch über die als Pensionskasse gegründete CoOpera werden solche grundsätzlichen Überlegungen angesprochen. Die kritische Haltung gegenüber den Finanzmärkten hatte dazu geführt, dass die CoOpera keine börsennotierten Aktien kauft, auch nicht sogenannte nachhaltige. Um trotzdem genügend anlegen zu können, musste sie eigene Gefäße entwickeln: eine Beteiligungsgesellschaft, eine Leasinggesellschaft, eine Immobiliengesellschaft. Und namentlich verband sie sich mit ihren Finanzierungen stark mit der Realwirtschaft. Ob in Berlin oder in der Schweiz: Bioprodukte außerhalb der großen Supermarktketten sind sehr oft von CoOpera-finanzierten Unternehmen beschafft worden. Recyclinggeschirr, Komposttoiletten, Rauchgasreinigung, Biobaumwolle, Stapferhaus Lenzburg, Hanro-Industriebranche in Liestal – mit vielen spannenden Projekten konnte sich die CoOpera in den 35 Jahren ihres Bestehens verbinden. Dargestellt werden u.a. Unternehmen, an denen sich die CoOpera beteiligt hat, so zum Beispiel die reCircle AG, die den Swiss Economic Award 2020 im Bereich Produktion / Gewerbe gewonnen hat.

Vielleicht scheint dieses Buch etwas weniger an deutsche LeserInnen gerichtet. Die volkswirtschaftlichen Implikationen der Vorsorge (1/3 bis 1/2 des Textes) ist allerdings von grundsätzlichem Interesse, die Beispiele realwirtschaftlicher Engagements, auch wenn sie mehrheitlich in der Schweiz eingegangen worden sind, wohl auch. Die Lektüre soll sich für alle lohnen, die ihre Vorsorgegelder Sinn stiftend in der Realwirtschaft angelegt wissen möchten. Und für alle andern auch.

Weitere Informationen zum Buch auf der Website des Autors [www.matthias-wiesmann.ch](http://www.matthias-wiesmann.ch).

<sup>1</sup> AHV: Grundversicherung der Altersvorsorge im Umlageverfahren. Im Gegensatz zur Pensionskasse (= 2. Säule) im Kapitaldeckungsverfahren.



# Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

## Demokratie im Krisenmodus Ursachen und Auswege

9./10. Oktober 2020

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, Stuttgart

Die Demokratie steckt in der Krise, autoritäre Tendenzen greifen weltweit um sich. Diskurs und Debatte – Essentials echter Partizipation – werden schwieriger, wie z.B. die Polarisierung bei Corona zeigt.

Es ist Zeit für eine neue Diskussion über Demokratieentwicklung: Ist die rein repräsentative Demokratie noch zeitgemäß und wie kann sie durch Bürgerentscheide und Bürgerräte ergänzt werden? Wie kann das Verhältnis von Demokratie und Menschenrechten so justiert werden, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität in die richtige Balance kommen?

Achtung: Die Veranstaltung findet unter Corona-Bedingungen statt. Wegen der Abstandsgebote bzw. der räumlichen Gegebenheiten im Forum 3 müssen wir die Teilnehmerzahl begrenzen. Deshalb ist eine schriftliche Anmeldung notwendig.

**Achtung: Die Veranstaltung  
ist ausgebucht!**

### Öffentliches Werkstattgespräch

Freitag, 9. Oktober 2020, Beginn 19 Uhr

#### Demokratie im Krisenmodus

Vortrag Gerald Häfner, anschließend Gespräch im Plenum: Moderation: Ulrich Morgenthaler. Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung (Richtsatz EUR 10)

### Forschungskolloquium

Samstag, 10. Oktober

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Zur Lage von  
Demokratie und Menschenrechten  
in der aktuellen Krise**

(Einleitung Gerald Häfner)

II. 11.00 – 12.30: **Rätegedanke,  
repräsentative und direkte Demokratie**

(Einleitung Prof. Dr. André Bleicher)

III. 14.00 – 15.30: **Neue Formen  
der Partizipation** (Einleitung:  
Ulrike von Wiesenau)

IV. 16.00 – 17.00 (!): **Öffentliche  
Meinung und Digitalisierung**  
(Dipl.-Ing. Stefan Padberg)

17.15 – 18.15 (!): **Abschlussplenum:  
Soziale Dreigliederung: Vollendung  
der Demokratie durch die  
Anerkennung des mündigen Menschen**

(!) = Zeitplan modifiziert

## Teilnahmebedingungen und Anmeldung

!!! Die Veranstaltung findet unter Corona-Bedingungen statt. Wegen des Abstandsgebotes müssen wir die Teilnehmerzahl begrenzen. Deshalb ist eine schriftliche Anmeldung über das Anmeldeformular auf unserer Website erforderlich:

[https://www.sozialimpulse.de/  
studienangebot/anmelden/](https://www.sozialimpulse.de/studienangebot/anmelden/)

Bei Verhinderung bitte unbedingt schriftlich abmelden, damit nicht der Platz für andere blockiert wird.

Wir erbitten zur Kostendeckung der Veranstaltung Spenden, die nach eigenem Vermögen und Ermessen angesetzt werden können.

Institut für soziale  
Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart  
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,  
Tel. (0711) 23 68 950  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de)